



Bundesministerium  
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

# Monatsbericht des BMF Januar 2003





Monatsbericht des BMF  
**Januar 2003**



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	23
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28
<b>Analysen und Berichte</b>	<b>31</b>
Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Finanz- politische Stabilität in weiterhin schwierigem Umfeld	33
Die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat	39
„Kapital für Arbeit“ – Programm zur Förderung des Mittelstands und des Arbeitsmarktes	49
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	55
Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen	69
<b>Statistiken und Dokumentationen</b>	<b>77</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts  
sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die gegenwärtige wirtschafts- und weltpolitische Lage ist von Unsicherheiten geprägt, insbesondere aufgrund der weiterhin anhaltenden Irak-Krise. In diesem Umfeld, das sich in einer verzögerten wirtschaftlichen Erholung in Europa und Deutschland niederschlägt, steht die Finanzpolitik vor großen Herausforderungen.

Auch unter den erschwerten Bedingungen bleibt es das gemeinsame Ziel von Bund, Ländern und Gemeinden, den Staatshaushalt im Jahr 2006 auszugleichen. Deutschland hält am europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt fest. Mit ihm werden die Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu einer soliden Finanzpolitik angehalten. Zusammen mit der auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik der Europäischen Zentralbank schafft der Stabilitäts- und Wachstumspakt die Grundlage für starkes und nachhaltiges Wachstum.

Um das ehrgeizige Ziel eines ausgeglichenen Staatshaushaltes im Jahr 2006 zu erreichen, bedarf es in unserem föderalen Bundesstaat der gemeinsamen Anstrengung aller staatlichen Ebenen. Bereits am 21. März des vergangenen Jahres hat die Bundesregierung im Finanzplanungsrat im Einvernehmen mit den Ländern einen nationalen Stabilitätspakt zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin durch Bund, Länder und Gemeinden beschlossen. In seiner Herbstsitzung am 27. November 2002 hat der Finanzplanungsrat weitere Beschlüsse gefasst und damit eine konkrete Strategie zur Erreichung der Ziele des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes vereinbart. Aus diesem Anlass stellen wir im vorliegenden Monatsbericht die Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat sowie seine neue Aufgabenstellung dar.

Das aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm der Bundesregierung zeigt den Weg zur



Erreichung eines ausgeglichenen Staatshaushalts. Bereits in diesem Jahr wollen wir die Maastricht-Defizitgrenze wieder einhalten. Vor dem Hintergrund einer auf 1 % korrigierten Wachstumserwartung gilt es, alle Einsparpotenziale zu nutzen und weitere strukturelle Reformen vor allem auf dem Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen zügig umzusetzen.

Aufgrund der gegenüber den ursprünglichen Prognosen verzögerten wirtschaftlichen Erholung hat Deutschland im vergangenen Jahr mit 3,7 % des BIP die Defizitgrenze des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes überschritten. Am 21. Januar 2002 hat der Rat der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister Deutschland Empfehlungen gegeben, wie dieses übermäßige Defizit abzubauen ist. Der Rat hat deutlich gemacht, dass es in Deutschland weitreichender Strukturreformen bedarf, um so das Wachstumspotenzial unserer Wirtschaft zu erhöhen. Die Bundesregierung teilt diese Auffassung. Mehr Wachstum kommt sowohl der Einnahme- als auch der Ausgabeseite der öffentlichen Haushalte zugute. Die Systeme der sozialen Sicherung, die in der Vergangenheit erfolgreich funktioniert haben, stehen nicht zuletzt wegen des demographischen Wandels vor schwierigen Herausforderungen. Deshalb stehen tief greifende Struktur-reformen, insbesondere im Gesundheitswesen, auf der Agenda dieser Legislaturperiode.

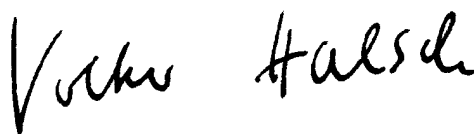
Einen wichtigen Schritt zur Modernisierung der deutschen Arbeitsmarktpolitik sind wir schon mit der Umsetzung des Hartz-Konzeptes gegangen. In diesem Monatsbericht unterrichten wir Sie über das Förderprogramm „Kapital für Arbeit“. Dieses Programm ist ein innovatives Finanzierungsinstrument zur Aktivierung des Beschäftigungspotenzials mittelständischer Unternehmen unter Berücksichtigung ihrer besonderen Finanzierungssituation. Mit der Förderung des Mittelstandes zielen wir auf den Motor des Arbeitsmarkts. Hier wird rund die Hälfte unserer Wirtschaftsleistung erbracht, 20 Millionen Menschen sind in mittelständischen Unternehmen beschäftigt. Dieses erhebliche Potenzial für Wirtschaft und Beschäftigung wollen wir durch klare, möglichst unbürokratisch zu handhabende Rahmenbedingungen stärken. Die Offensive für den Mittelstand flankiert unsere Steuer- und Arbeitsmarktreformen, weil sie Beschäftigung sichert und schafft.

Zwei Beiträge in diesem Heft widmen sich dem Vergleich wichtiger Steuern im internationalen Rahmen. Wir informieren Sie über Steuersysteme und Steuertarife in den EU-Staaten und in einigen wichtigen Mitgliedstaaten der OECD. Insbesondere werden die Körperschaft-, Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuer betrachtet. Dar-

stellungen zu weiteren Steuerarten enthält der gleichzeitig erscheinende Fachblick des Bundesministeriums der Finanzen „Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich“.

Der Beitrag zu den kraftfahrzeugbezogenen Steuern basiert auf einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. Der Überblick über die Abgaben auf Kraftfahrzeuge verdeutlicht, wie unterschiedlich sich die Besteuerungssysteme in den europäischen Ländern darstellen. Der Vergleich der Systeme und die Prüfung der Möglichkeiten, sie einander anzunähern, sind eine wichtige Grundlage für viele verkehrs- und wettbewerbspolitische Entscheidungen.

Es ist also bereits jetzt erkennbar, dass 2003 nicht nur ein politisch spannendes Jahr werden wird.



Volker Halsch  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes	23
Entwicklung der Länderhaushalte	26
Termine	28



## Finanzwirtschaftliche Lage

Der Abschluss des Bundeshaushalts 2002 fällt positiver aus als bei Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2002 erwartet. Die Neuverschuldung des Bundes liegt mit 31,8 Mrd. € um 2,8 Mrd. € unter der im Nachtragshaushalt ausgewiesenen Nettokreditaufnahme. Die Ausgaben unterschreiten mit 249,3 Mrd. € das Haushaltssoll

im Nachtragshaushalt um 3,2 Mrd. €. Dennoch liegen sie um 2<sup>1</sup>/<sub>2</sub>% und damit um rund 6 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (243,2 Mrd. €). Der Ausgabenanstieg ist im Wesentlichen durch konjunkturbedingte Mehrausgaben, insbesondere beim Arbeitsmarkt, begründet.

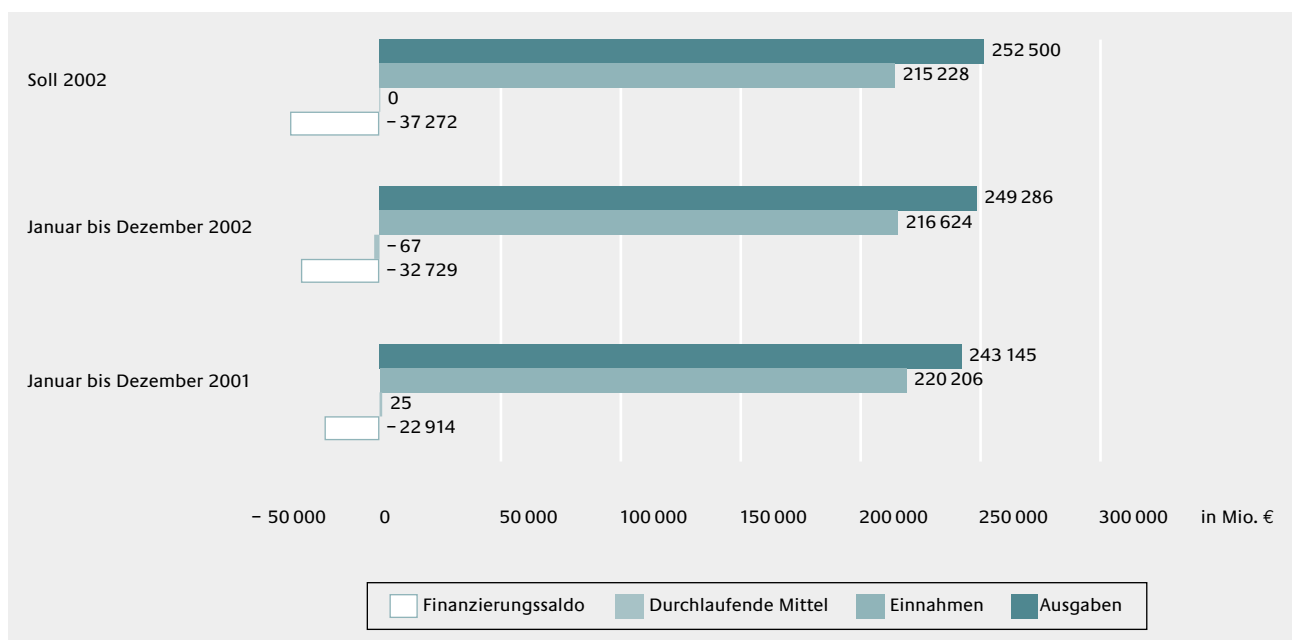
Das Steueraufkommen liegt um 1,3 Mrd. € über dem mit dem Nachtragshaushalt 2002

## Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2002	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Dezember 2002
Ausgaben (Mrd. €)	252,5	249,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,8	2,5
Einnahmen (Mrd. €)	215,2	216,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 2,3	- 1,6
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,7	192,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	- 1,6	- 0,9
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 37,3	- 32,7
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	0,0
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 2,7	- 0,9
Nettokreditaufnahme (Mrd. €)	- 34,6	- 31,9

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

## Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



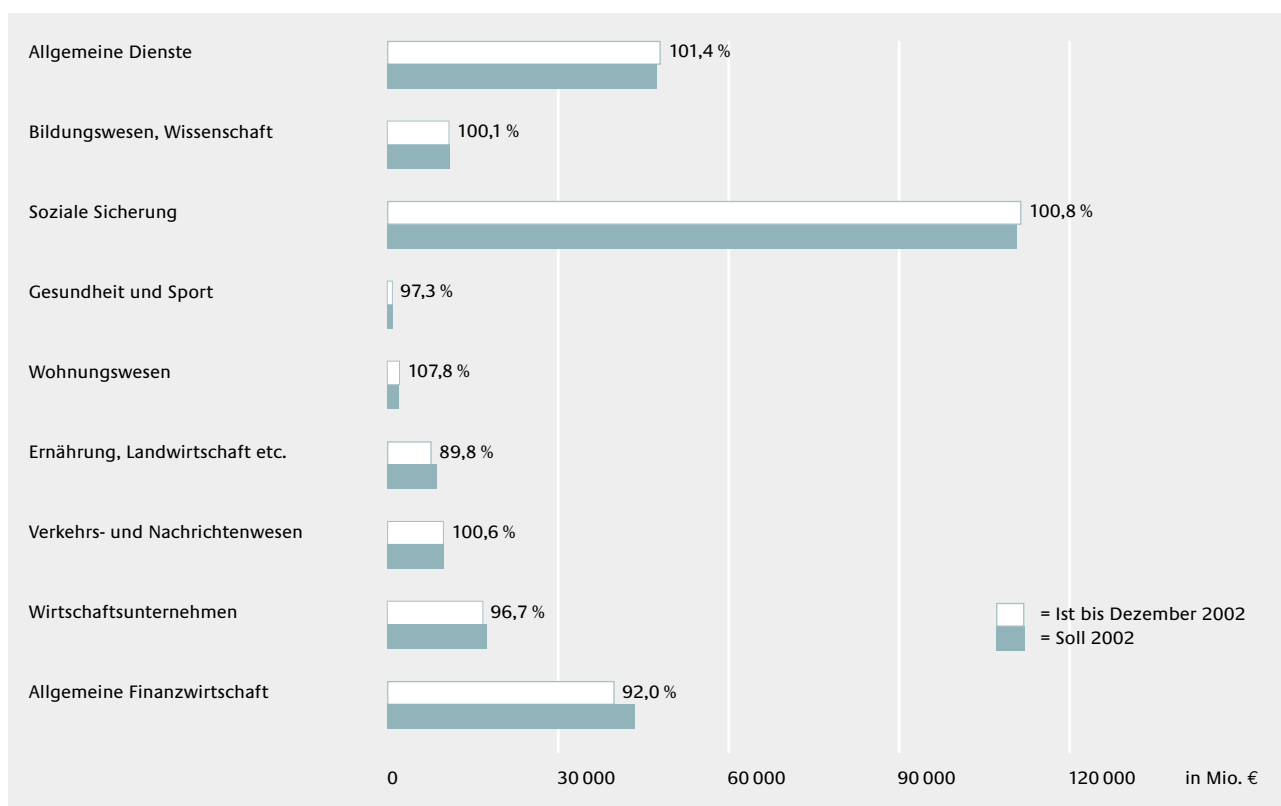
veranschlagten Aufkommen von 190,7 Mrd. €. Zurückzuführen sind die Mehreinnahmen auf ein höheres Steueraufkommen bei den Körperschaft-, Tabak- und Mineralölsteuern. Zu berücksichtigen ist, dass hierbei bereits das Ergebnis der Steuer-schätzung vom November 2002 eingeflossen ist. Gegenüber den ursprünglich veranschlagten Ein-nahmen hat der Bundeshaushalt 2002 einen Rückgang in Höhe von 7,2 Mrd. € zu verkraften.

Die Verwaltungseinnahmen verzeichnen mit 24,6 Mrd. € ein leichtes Plus gegenüber den geplanten Einnahmen (24,5 Mrd. €). Dagegen zeichnen sich bei den Münzeinnahmen aufgrund der deutlich niedrigeren Zahl von Euro-Münzen als geschätzt Mindereinnahmen in Höhe von 1,8 Mrd. € gegenüber dem Nachtragshaushalt ab. Diese Belastung wurde in vollem Umfang durch Minderausgaben kompensiert.

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

Aufgabenbereiche	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001		Verän- derungen ggü. Vorjahr in %	
	Mio. €	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %		
<b>Allgemeine Dienste</b>	47 634	48 302	19,4	47 756	19,6	+	1,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 621	3 672	1,5	3 697	1,5	-	0,7
Verteidigung	27 485	28 391	11,4	27 958	11,5	+	1,5
Politische Führung, zentrale Verwaltung	8 898	8 400	3,4	8 558	3,5	-	1,8
Finanzverwaltung	2 970	3 112	1,2	-	-	-	-
<b>Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten</b>	10 944	10 956	4,4	10 633	4,4	+	3,0
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	1 100	1 100	0,4	1 132	0,5	-	2,8
BAföG	810	867	0,3	706	0,3	+	22,8
Forschung und Entwicklung	6 778	6 767	2,7	6 696	2,8	+	1,1
<b>Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen</b>	110 997	111 855	44,9	102 034	42,0	+	9,6
Sozialversicherung	70 187	70 090	28,1	66 824	27,5	+	4,9
Arbeitslosenversicherung	5 200	5 623	2,3	1 931	0,8	+	191,2
Arbeitslosenhilfe	14 800	14 756	5,9	12 777	5,3	+	15,5
Wohngeld	2 100	2 259	0,9	2 021	0,8	+	11,8
Erziehungsgeld	3 458	3 311	1,3	3 322	1,4	-	0,3
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 764	3 823	1,5	4 121	1,7	-	7,2
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung</b>	1 012	985	0,4	1 003	0,4	-	1,8
<b>Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	2 075	2 237	0,9	2 200	0,9	+	1,7
Wohnungswesen	1 611	1 631	0,7	1 786	0,7	-	8,7
<b>Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	8 775	7 880	3,2	12 344	5,1	-	36,2
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 181	1 587	0,6	4 790	2,0	-	66,9
Kohlenbergbau	2 929	2 899	1,2	3 586	1,5	-	19,2
Gewährleistungen	2 200	1 208	0,5	1 470	0,6	-	17,8
<b>Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	9 965	10 021	4,0	9 775	4,0	+	2,5
Straßen (ohne GVFG)	5 540	5 652	2,3	5 600	2,3	+	0,9
<b>Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen</b>	17 510	16 932	6,8	13 869	5,7	+	22,1
Postbeamtenversorgungskasse	5 423	5 073	2,0	4 438	1,8	+	0,0
Bundeseisenbahnvermögen	6 211	6 126	2,5	3 973	1,6	+	54,2
Deutsche Bahn AG	4 682	4 555	1,8	4 265	1,8	+	6,8
<b>Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	43 589	40 119	16,1	43 530	17,9	-	7,8
Fonds „Deutsche Einheit“	2 462	2 462	1,0	3 305	1,4	-	25,5
Zinsausgaben	38 887	37 063	14,9	37 627	15,5	-	1,5
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>252 500</b>	<b>249 286</b>	<b>100,0</b>	<b>243 145</b>	<b>100,0</b>	<b>+</b>	<b>2,5</b>

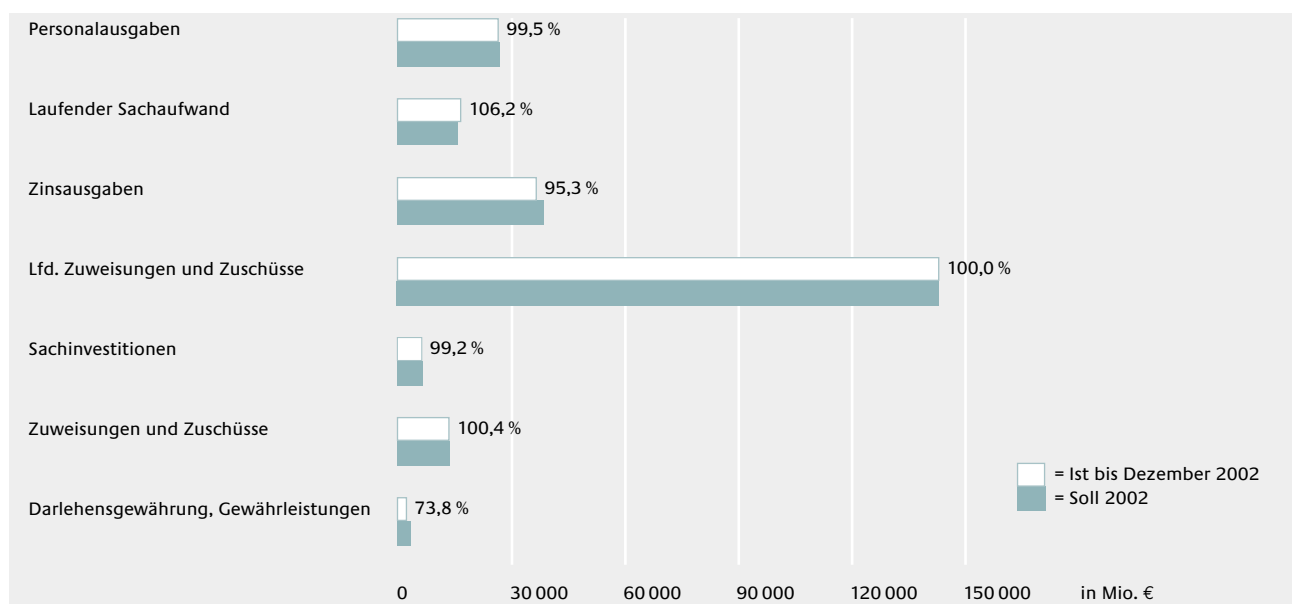
## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis Dezember 2002



## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001		Veränderungen gegenüber Vorjahr	
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %		in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>225 978</b>	<b>225 213</b>	<b>90,3</b>	<b>215 872</b>	<b>88,8</b>	<b>+</b>	<b>4,3</b>
Personalausgaben	27 132	26 986	10,8	26 807	11,0	+	0,7
Aktivbezüge	20 620	20 498	8,2	20 440	8,4	+	0,3
Versorgung	6 513	6 488	2,6	6 367	2,6	+	1,9
Laufender Sachaufwand	16 069	17 058	6,8	18 503	7,6	-	7,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 592	1 643	0,7	1 619	0,7	+	1,5
Militärische Beschaffungen	7 331	8 155	3,3	7 985	3,3	+	2,1
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 147	7 260	2,9	8 899	3,7	-	18,4
Zinsausgaben	38 887	37 063	14,9	37 627	15,5	-	1,5
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	143 443	143 514	57,6	132 359	54,4	+	8,4
an Verwaltungen	14 859	14 936	6,0	13 257	5,5	+	12,7
an andere Bereiche	128 584	128 578	51,6	119 102	49,0	+	8,0
darunter							
Unternehmen	16 865	16 253	6,5	16 674	6,9	-	2,5
Renten, Unterstützungen u. a.	22 451	22 319	9,0	20 668	8,5	+	8,0
Sozialversicherungen	85 511	86 276	34,6	78 143	32,1	+	10,4
Sonstige Vermögensübertragungen	446	592	0,2	577	0,2	+	2,6
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>25 041</b>	<b>24 073</b>	<b>9,7</b>	<b>27 273</b>	<b>11,2</b>	<b>-</b>	<b>11,7</b>
Finanzierungshilfen	18 238	17 327	7	20 368	8,4	-	14,9
Zuweisungen und Zuschüsse	13 905	13 959	5,6	16 509	6,8	-	15,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	3 699	2 729	1,1	3 185	1,3	-	14,3
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	634	640	0,3	674	0,3	-	5,0
Sachinvestitionen	6 803	6 746	2,7	6 905	3	-	2,3
Baumaßnahmen	5 586	5 358	2,1	5 551	2,3	-	3,5
Erwerb von beweglichen Sachen	787	960	0,4	882	0,4	+	8,8
Grunderwerb	430	427	0,2	473	0,2	-	9,7
<b>Globalansätze</b>	<b>1 481</b>	<b>0</b>		<b>0</b>			
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>252 500</b>	<b>249 286</b>	<b>100,0</b>	<b>243 145</b>	<b>100,0</b>	<b>+</b>	<b>2,5</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis Dezember 2002



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Soll 2002	Ist 2002		Ist 2001		Veränderungen gegenüber Vorjahr in %	
	Mio. €	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %	Januar bis Dezember Mio. €	Anteil in %		
<b>I. Steuern</b>	<b>190 694</b>	<b>192 046</b>	<b>88,7</b>	<b>193 765</b>	<b>88,0</b>	-	<b>0,9</b>
Bundesanteile an:	140 714	141 392	65,3	142 104	64,5	-	0,5
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	70 725	71 555	33,0	74 274	33,7	-	3,7
davon:							
Lohnsteuer	56 397	56 176	25,9	56 373	25,6	-	0,3
veranlagte Einkommensteuer	3 222	3 205	1,5	3 728	1,7	-	14,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 945	7 012	3,2	10 442	4,7	-	32,8
Zinsabschlag	3 736	3 730	1,7	3 943	1,8	-	5,4
Körperschaftsteuer	425	1 432	0,7	- 213	- 0,1	-	772,3
Umsatzsteuer	49 238	49 071	22,7	45 820	20,8	+	7,1
Einfuhrumsatzsteuer	18 995	19 012	8,8	20 498	9,3	-	7,2
Gewerbesteuerumlage	1 756	1 754	0,8	1 513	0,7	+	15,9
Versicherungsteuer	8 250	8 327	3,8	7 427	3,4	+	12,1
Solidaritätszuschlag	10 900	10 403	4,8	11 069	5,0	-	6,0
Tabaksteuer	13 350	13 778	6,4	12 072	5,5	+	14,1
Kaffeesteuer	1 050	1 091	0,5	1 039	0,5	+	5,0
Branntweinsteuer	2 140	2 149	1,0	2 143	1,0	+	0,3
Mineralölsteuer	42 100	42 192	19,5	40 690	18,5	+	3,7
Stromsteuer	5 100	5 097	2,4	4 322	2,0	+	17,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 15 706	- 15 576	- 7,2	- 12 753	- 5,8	+	22,1
BSP-Eigenmittel der EU	- 10 600	- 10 518	- 4,9	- 8 031	- 3,6	+	31,0
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 089	- 6 745	- 3,1	- 6 831	- 3,1	-	1,3
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>24 534</b>	<b>24 578</b>	<b>11,3</b>	<b>26 441</b>	<b>12,0</b>	-	<b>7,0</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 095	4 193	1,9	4 798	2,2	-	12,6
Zinseinnahmen	1 055	1 155	0,5	2 008	0,9	-	42,5
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen	11 296	9 642	4,5	11 560	5,2	-	16,6
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>215 228</b>	<b>216 624</b>	<b>100,0</b>	<b>220 206</b>	<b>100,0</b>	-	<b>1,6</b>

## Steuereinnahmen im Dezember 2002 und im Gesamtjahr 2002

### Steuereinnahmen im Dezember 2002

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) lagen im Dezember 2002 um +8,2 % über dem Ergebnis vom Dezember 2001. Ursächlich für diese kräftige Zunahme war die dynamische Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern (+6,8 %) und bei den reinen Bundessteuern (+13,6 %). Aber auch die reinen Ländersteuern verzeichneten einen leichten Anstieg um +2,3 %.

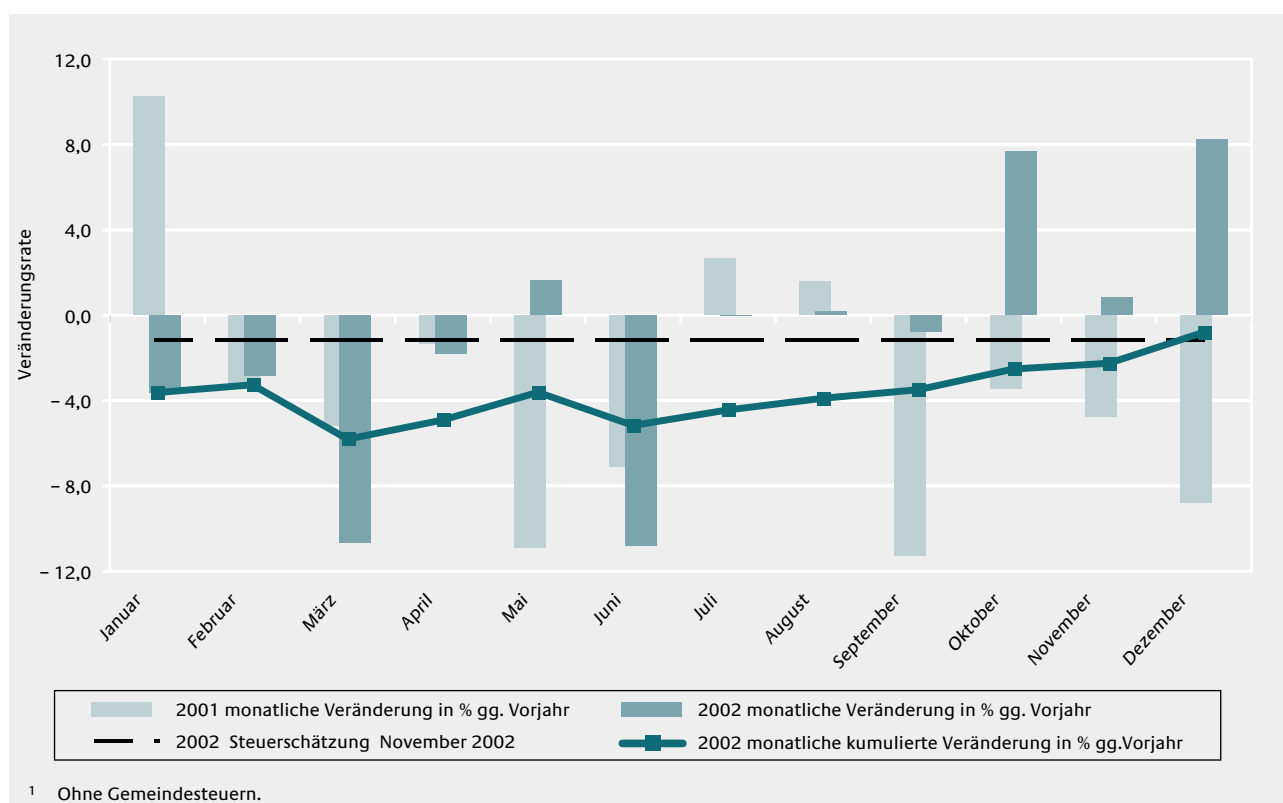
Aufgrund des seit Jahresbeginn erhöhten Kindergeldes gingen die Kasseneinnahmen aus der Lohnsteuer im Dezember 2002 um -0,1 % zurück. Brutto betrachtet, also vor Abzug des Kindergeldes, entspricht dies einer Zunahme um +1,2 %.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer stieg im Vorauszahlungsmonat Dezember um +2,6 %. Vor Abzug der Auszahlungen von Investitions-, Eigenheimzulage und Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer betrug der Zuwachs +4,3 %.

Die Einnahmen aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag waren im Dezember 2002 mit -2,1 % rückläufig. Dieser Rückgang war jedoch weitaus geringer als erwartet und zeigt, dass die Ausschüttungen sich immer noch auf einem vergleichsweise hohen Niveau bewegen.

Die Körperschaftssteuer verzeichnete im letzten Vorrauszahlungstermin des Jahres einen Anstieg auf +4,1 Mrd. € (gegenüber 1,4 Mrd. € im Dezember 2001). Damit scheint sich das Körperschaftsteueraufkommen, das bei den drei vorangegangenen Vorauszahlungsterminen durch Son-

## Steuereinnahmen 2002<sup>1</sup> Veränderung gegenüber dem Vorjahr





dereffekte (hohe Rückzahlungen für Veranlagungen früherer Jahre und Herabsetzen der laufenden Vorauszahlungen) stark gemindert war, allmählich wieder zu stabilisieren.

Die Entwicklung der Steuern vom Umsatz war mit +0,3 % sehr verhalten. Während die Einnahmen aus der Umsatzsteuer um -2,4 % zurückgingen, stieg die Einfuhrumsatzsteuer um +8,5 %.

Die reinen Bundessteuern nahmen im Dezember 2002 mit +13,6 % kräftig zu. Allerdings sind bei Mineralölsteuer (+10,6 %) und Tabaksteuer (+30,5 %) Sondereffekte zu vermuten, die das Aufkommen einmalig erhöht haben und geringere Einnahmen im kommenden Monat zur Folge haben könnten. Der starke Zuwachs bei der Versicherungsteuer (+51,4 %) und der Stromsteuer (+24,0 %) relativiert sich angesichts einer jeweils sehr schwachen Vorjahresbasis und der Steuersatzerhöhung. Der Solidaritätszuschlag nahm infolge der günstigen Entwicklung seiner Bemessungsgrundlagen um +6,0 % zu.

Die reinen Ländersteuern verzeichneten eine Zunahme um +2,3 %. Hierfür ist ausschließlich die Grunderwerbsteuer verantwortlich, die – bedingt durch Grundstücks- und Eigenheimkäufe im Vorfeld der geplanten Änderungen der Eigenheimzulage – um +12,9 % zulegte. Dagegen waren die Einnahmen aus Rennwett- und Lotteriesteuer (-2,0 %), Kraftfahrzeugsteuer (-0,9 %), Erb-

schaftsteuer (-2,3 %) und Biersteuer (-11,8 %) rückläufig.

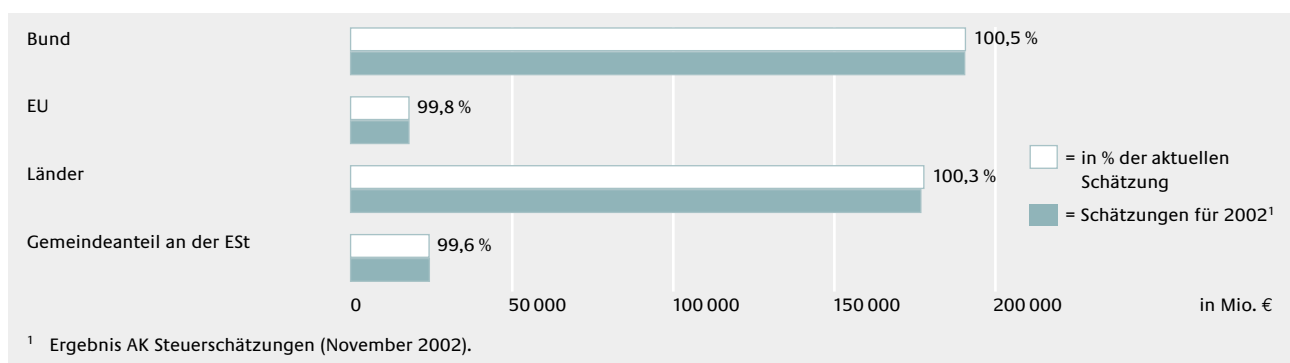
### Bemerkungen zum Gesamtjahr 2002

Einschließlich der gegenwärtig noch geschätzten reinen Gemeindesteuern ergibt sich ein vorläufiges Ist-Ergebnis der gesamten Steuereinnahmen im Jahr 2002 von 440,9 Mrd. €. Dieses Ergebnis liegt um +1,5 Mrd. € über dem Schätzansatz des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom November 2002.

Die Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2002 war von zwei Faktoren geprägt: der konjunkturellen Abschwächung und der von Sondereffekten beeinflussten Entwicklung der Körperschaftsteuer.

Bei der Steuerschätzung im Mai 2002 mussten – trotz eines zum damaligen Zeitpunkt insgesamt positiven gesamtwirtschaftlichen Erwartungshorizontes – die Ansätze für die Steuereinnahmen im Vergleich zur Novemberschätzung 2001 aufgrund der schlechteren konjunkturellen Ausgangssituation abgesenkt werden (Anstieg der Gesamteinnahmen um +1,9 % statt +3,0 %). Hinzu kamen veranlagungstechnisch bedingte Sondereffekte bei der Körperschaftsteuer. So minderten milliardenhoe Rückzahlungen von in den Jahren 2000 und 2001 geleisteten Körperschaftsteuer-Vorauszahlungen, die sich angesichts der damaligen

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis Dezember 2002



schlechten Gewinnentwicklung als zu hoch erwiesen, das Kassenaufkommen. Gleichzeitig wurden vielfach die Vorauszahlungen für das laufende Jahr herabgesetzt.

Im Herbst zeigte sich, dass sich der für die zweite Jahreshälfte prognostizierte Wirtschaftsaufschwung verzögern und auch nicht so schnell an Fahrt gewinnen würde, wie im Frühjahr 2002 noch unterstellt. Bei nahezu allen aufkommensstarken Steuern waren bis zum Oktober 2002 Einnahmeeinbußen zu verzeichnen und es wurde offensichtlich, dass die Schätzansätze vom Mai 2002 bei den wichtigsten Einzelsteuern nicht mehr zu erreichen waren.

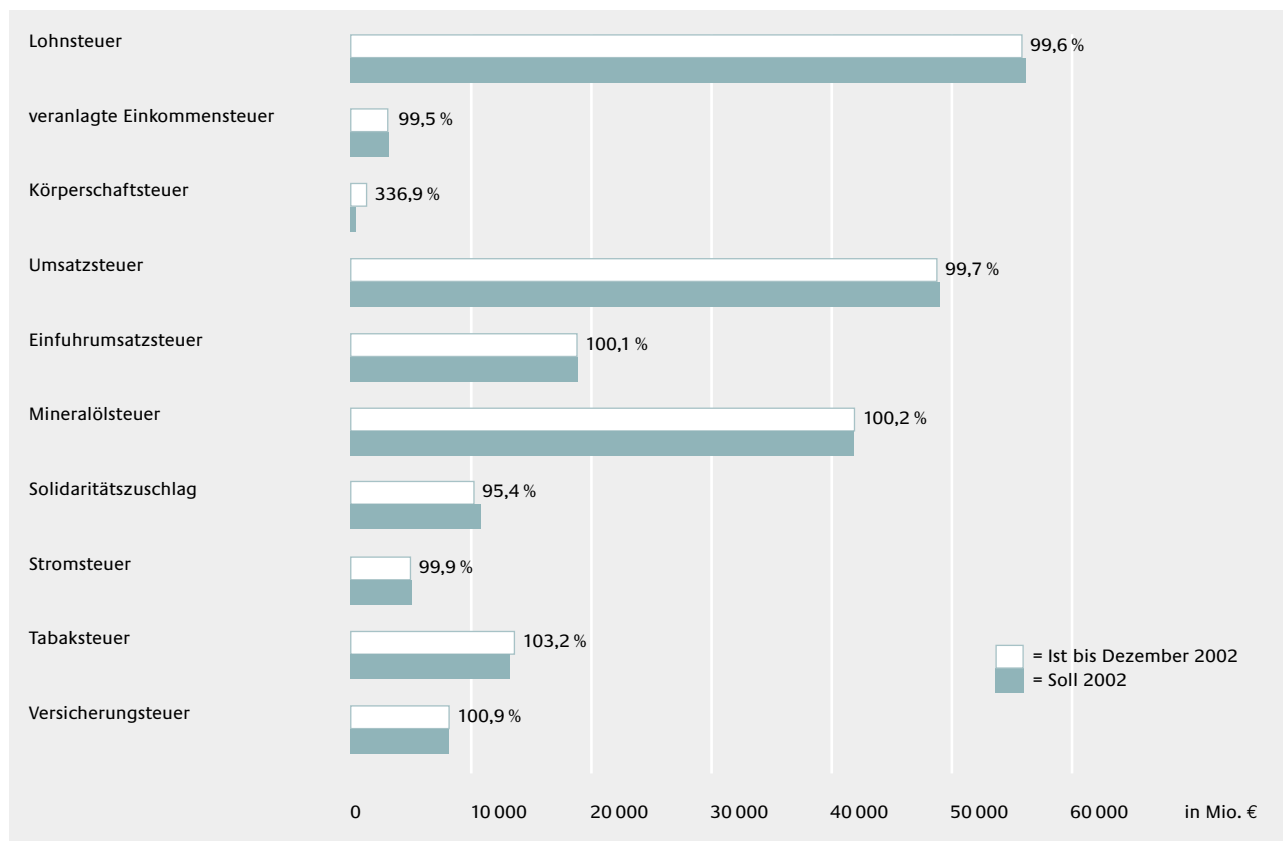
Die Steuerschätzung im November 2002 trug diesen Entwicklungen Rechnung (Rückgang der Gesamteinnahmen [einschließlich reine Gemeindesteuern] um – 1,5 %). Die unbefriedigende Be-

schäftigungsentwicklung und die anhaltende Konsumzurückhaltung erforderten Abstriche bei der Lohnsteuer bzw. den Steuern vom Umsatz. Die bereits erwähnten Sondereffekte bei der Körperschaftsteuer hatten sich im Jahresverlauf teilweise verstärkt, sodass hier deutliche Korrekturen notwendig waren.

Tatsächlich sind die Steuereinnahmen im Jahre 2002 nach dem nun vorliegenden vorläufigen Jahresergebnis im Vorjahresvergleich nur um – 1,2 % zurückgegangen. Ursächlich hierfür war das positive Aufkommensergebnis im Dezember, insbesondere bei der Körperschaftsteuer.

Aus vorläufigen Zahlen für das nominale Bruttoinlandsprodukt und dem vorläufigen Ist-Ergebnis der Steuereinnahmen ergibt sich für das Jahr 2002 eine Steuerquote von 20,87 % (2001: 21,55 %).

## Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis Dezember 2002



## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2002	Dezember	Veränderung gegenüber Vorjahr	Januar bis Dezember	Veränderung gegenüber Vorjahr	Schätzungen für 2002	Veränderung gegenüber Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	19 776	- 0,1	132 190	- 0,3	132 700	0,1
veranlagte Einkommensteuer	6 783	2,6	7 541	- 14,0	7 580	- 13,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	728	- 2,1	14 024	- 32,9	13 890	- 33,5
Zinsabschlag	695	2,3	8 478	- 5,4	8 490	- 5,3
Körperschaftsteuer	4 060	.	2 864	.	850	.
Steuern vom Umsatz	12 169	0,3	138 195	- 0,5	138 400	- 0,4
Gewerbesteuerumlage	898	14,5	3 860	13,3	3 863	13,4
erhöhte Gewerbesteuerumlage	450	- 8,4	1 891	- 10,1	1 869	- 11,1
<b>gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>45 559</b>	<b>6,8</b>	<b>309 042</b>	<b>- 2,0</b>	<b>307 642</b>	<b>- 2,4</b>
<b>Bundessteuern</b>						
Mineralölsteuer	9 398	10,6	42 192	3,7	42 100	3,5
Tabaksteuer	2 631	30,5	13 778	14,1	13 350	10,6
Branntweinsteuer	467	- 1,8	2 149	0,3	2 140	- 0,1
Versicherungsteuer	337	51,4	8 327	12,1	8 250	11,1
Stromsteuer	685	24,0	5 097	17,9	5 100	18,0
Solidaritätszuschlag	1 771	6,0	10 403	- 6,0	10 900	- 1,5
übrige Bundessteuern	247	1,0	1 549	- 0,3	1 537	- 1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>15 536</b>	<b>13,6</b>	<b>83 495</b>	<b>5,3</b>	<b>83 378</b>	<b>5,2</b>
<b>Ländersteuern</b>						
Vermögensteuer	19	8,1	239	- 17,8	230	- 20,8
Erbschaftsteuer	255	- 2,3	3 021	- 1,6	3 040	- 0,9
Grunderwerbsteuer	383	12,9	4 763	- 1,9	4 780	- 1,5
Kraftfahrzeugsteuer	462	- 0,9	7 592	- 9,4	7 590	- 9,4
Biersteuer	118	- 2,0	1 847	- 3,7	815	- 1,6
Rennwett- und Lotteriesteuer	57	- 11,8	784	- 4,5	1 870	- 2,5
übrige Ländersteuern	12	63,7	333	10,5	296	0,9
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>1 306</b>	<b>2,3</b>	<b>18 578</b>	<b>- 5,4</b>	<b>18 620</b>	<b>- 5,1</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>						
Zölle	249	- 3,4	2 897	- 9,2	2 900	- 9,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	- 15	.	5 145	- 39,5	5 100	- 40,1
BSP-Eigenmittel	799	57,4	10 518	31,0	10 600	32,0
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 033</b>	<b>- 2,3</b>	<b>18 561</b>	<b>- 5,9</b>	<b>18 600</b>	<b>- 5,7</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>33 701</b>	<b>9,6</b>	<b>192 052</b>	<b>- 1,1</b>	<b>190 689</b>	<b>- 1,6</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>23 596</b>	<b>8,3</b>	<b>178 554</b>	<b>0,1</b>	<b>178 317</b>	<b>- 0,2</b>
<b>EU</b>	<b>1 033</b>	<b>- 2,3</b>	<b>18 561</b>	<b>- 5,9</b>	<b>18 600</b>	<b>- 5,7</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>4 320</b>	<b>0,6</b>	<b>24 846</b>	<b>- 1,3</b>	<b>24 934</b>	<b>- 0,9</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>62 650</b>	<b>8,2</b>	<b>414 013</b>	<b>- 0,8</b>	<b>412 540</b>	<b>- 1,2</b>

<sup>1</sup> Methodik: kassenmäßige Buchung der Einzelsteuern; rechnerische Aufteilung auf die Ebenen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle Entwicklung der Einnahmen des Bundes ist methodisch bedingt.

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2002.

## Struktur der Steuereinnahmen und deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften – langfristige Betrachtung, insbesondere von direkten und indirekten Steuern –

Nach Vorlage der letzten Steuerschätzung (vgl. Monatsbericht des BMF Dezember 2002: Ergebnisse der Steuerschätzung vom 12. bis 13. November 2002) wurden die Tabellen zur längerfristigen Struktur und Aufteilung der Steuereinnahmen aktualisiert (vgl. dazu auch Monatsbericht des BMF Juni 2002: Entwicklungstendenzen nationaler Steuersysteme). Folgende Entwicklungen sind zu beobachten:

Die **Steuerquote**, d.h. das Verhältnis von Steuereinnahmen zum Bruttoinlandsprodukt (in der Abgrenzung der Finanzstatistik) verläuft in der längerfristigen Entwicklung relativ stabil: Der Durchschnittswert der Steuerquote ist 23 %, und in den letzten zehn Jahren betrug sie durchschnittlich 22,6 % (vgl. Grafik 1).

Nach einem deutlichen Anstieg in den Jahren 1998 bis 2000 (23 %) betrug die Steuerquote im Jahre 2001 nur noch 21,5 %. Für das Jahr **2002** ergibt sich mit einem Wert von **20,8 %** die bisher niedrigste Steuerquote; im Jahre 2003 wird sie bei 21 % liegen. Insbesondere die Steuerreform 2000 hat zu einer Verringerung der Steuerquote geführt; die noch ausstehenden Stufen 2004 und 2005 gewährleisten auch mittelfristig ein niedriges Niveau. Der aktuelle deutliche Rückgang der Steuerquote ist jedoch primär bedingt durch die anhaltende Konjunkturschwäche und die dadurch verursachten Steuermindereinnahmen, wodurch auch die Konsolidierung des Bundeshaushaltes erschwert wird.

Für eine Betrachtung des Steueraufkommens und seiner Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung wird das Aufkommen in **direkte und indirekte Steuern** aufgeteilt (vgl. Grafik 1). Indirekte Steuern beeinträchtigen den volkswirtschaftlichen Wertschöpfungsprozess weniger als

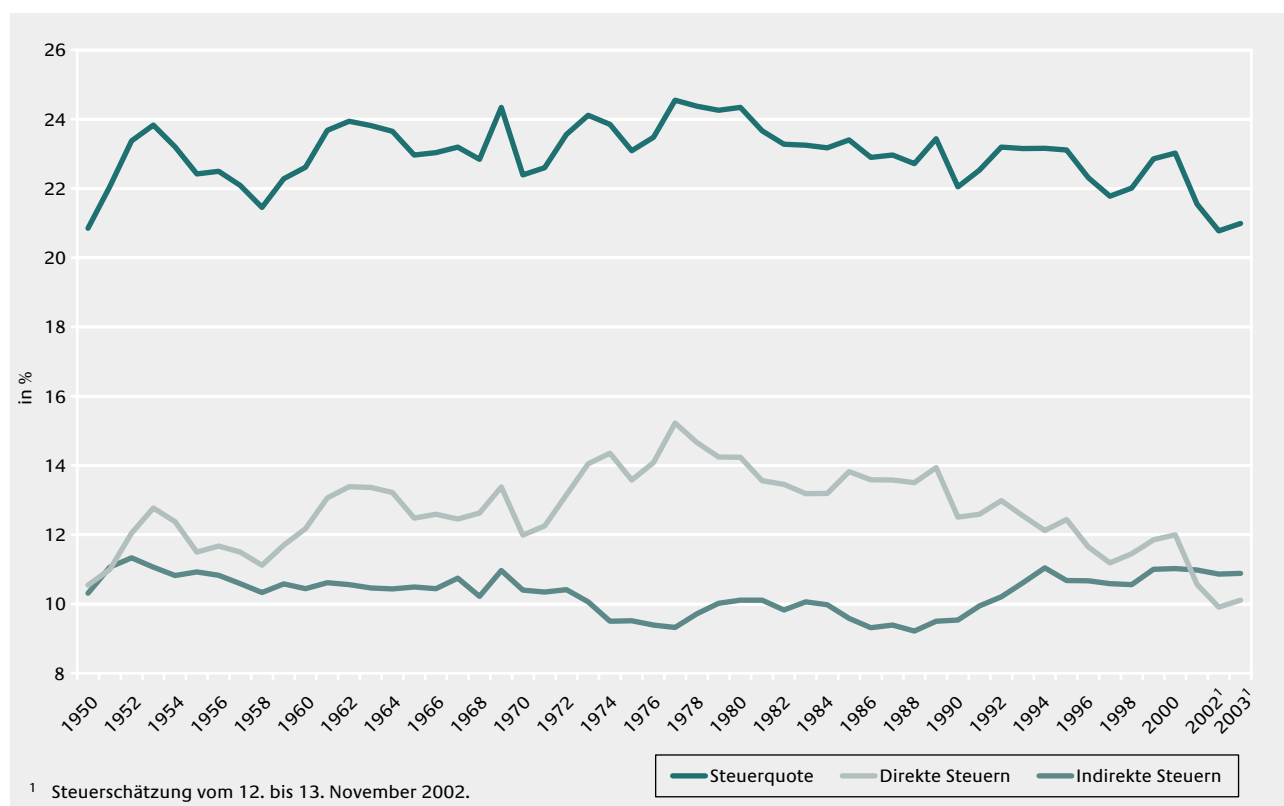
direkte Steuern. Eine direkte Besteuerung des Einkommens wirkt eher investitions- und leistungshemmend, während indirekte Steuern auf Güter und Dienstleistungen nur den Konsum belasten. Verteilungspolitisch sind direkte Steuer überlegen, da sie eine Besteuerung nach der individuellen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ermöglichen.

Die Entwicklung der direkten Steuern wird von den Steuern vom Einkommen und insoweit insbesondere von der Einkommensteuer dominiert; bei den indirekten Steuern steht besonders die Umsatzsteuer im Vordergrund. Der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen liegt seit 2001 – nach zuletzt 1951 – über dem Anteil der direkten Steuern. Wesentliche Gründe hierfür sind die Umsatzsteuererhöhungen in den 90er-Jahren, die Mineralölsteuererhöhungen sowie die Einführung der Stromsteuer. Im Gegenzug wurde durch die Steuerreform 2000 der Grundfreibetrag erheblich erhöht und der Steuertarif bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer abgesenkt.

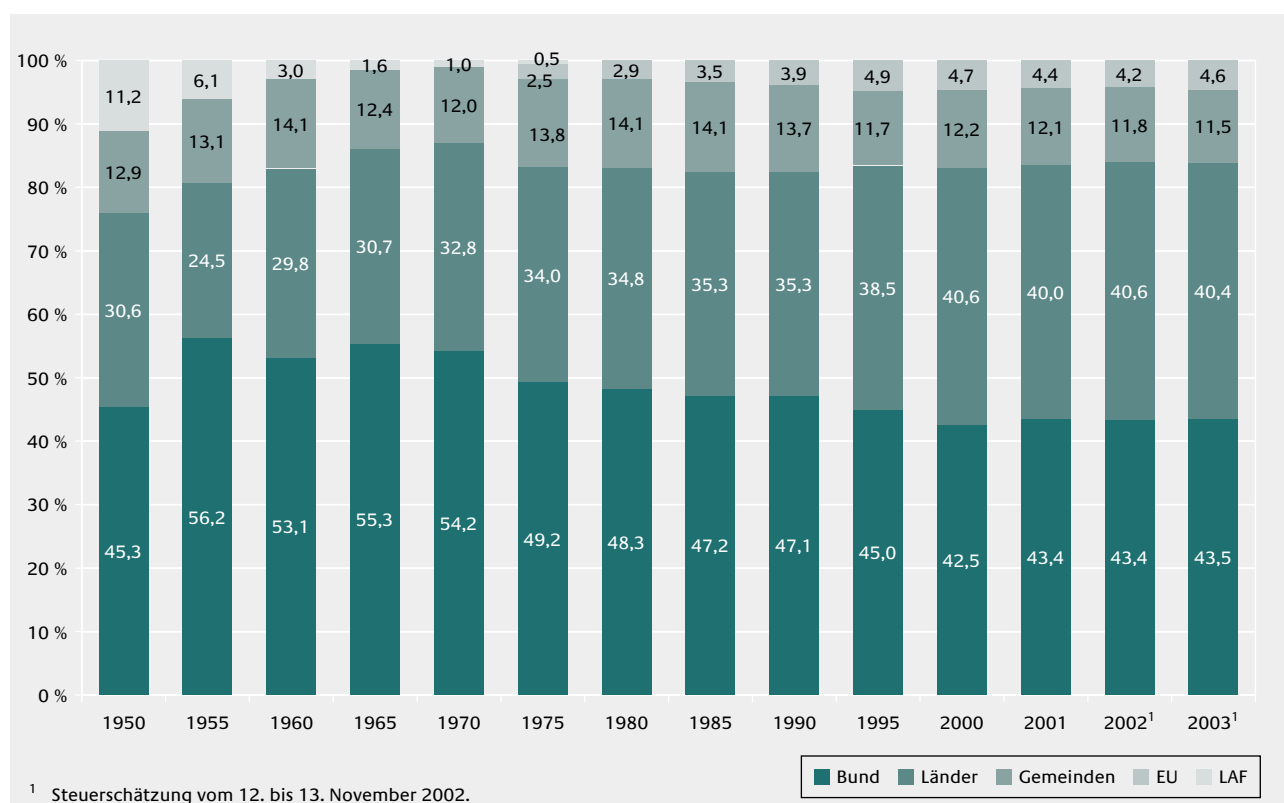
Der **Anteil der indirekten Steuern** am Steueraufkommen wird sich von **52,3 %** im Jahre **2002** auf 51,8 % im Jahre 2003 verringern. Der **Anteil der direkten Steuern** am Steueraufkommen wird sich entsprechend von **47,7** auf 48,2 % erhöhen.

Die **Verteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften** ist in der Grafik 2 dargestellt. Im Jahre **2002** beträgt der **Anteil des Bundes** am Steueraufkommen **43,4 %**; im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren, in denen er zwischen 53 und 56 % lag, ist dieser Anteil kontinuierlich gesunken. Die **Länder** partizipieren 2002 in Höhe von **40,6 %** am Steueraufkommen. Hier ist ein Anstieg im Vergleich zu den 50er- und 60er-Jahren zu beobachten, in denen die Länder lediglich zwischen 25 und 32 % am Steueraufkommen beteiligt waren. Der Anteil der **Gemeinden** am Steueraufkommen beträgt 2002 **11,8 %**. Diese Zahl war in den vergangenen Jahren relativ konstant. Die **EU** erhält im Jahre 2002 **4,2 %** des Steueraufkommens.

## Entwicklung der Steuerquote und des Anteils der direkten und indirekten Steuern am Bruttoinlandsprodukt



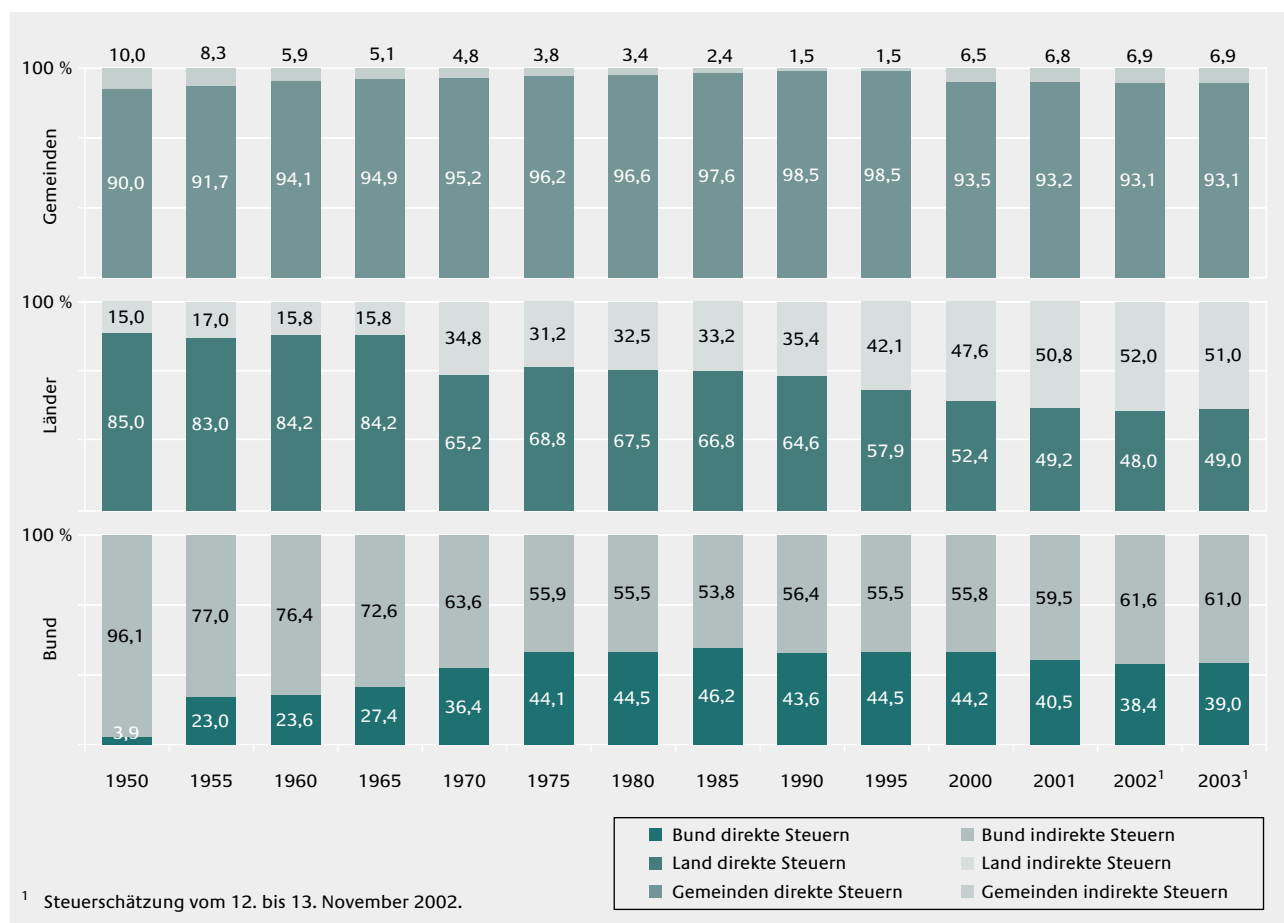
## Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften



Die **Struktur der Steueranteile** (ohne Umverteilung der Bundesergänzungszuweisungen an die Länder und der EU/BSP-Eigenmittel vom Bund) bei Bund und Ländern hat sich im Laufe der Jahrzehnte erheblich verändert (vgl. Grafik 3). Während der **Bund** sein Steueraufkommen in den 50er- und 60er-Jahren weitgehend aus **indirekten Steuern** bestritt (rund 75 %), sank dieser Anteil in den 70er- und 80er-Jahren (rund 55 %) und beträgt im Jahr **2002 61,6 %**. Bei den **Ländern** ist dagegen der Anteil der **direkten Steuern**, der in

den 50er- und 60er-Jahren bei rund 84 % lag, auf nunmehr **48 %** im Jahr 2002 gesunken; im Gegenzug stieg der Anteil der indirekten Steuern am Steueraufkommen von rund 16 auf 52 %. Diese Entwicklung der Steuerstruktur geht auf die Einführung der gemeinschaftlichen Verteilung der Einkommensteuer und Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern zurück. Die Gemeinden erhalten ihren Anteil am Steueraufkommen zum Großteil aus direkten Steuern, im Jahre 2002 sind es 93,1 %.

## Struktur der Steueranteile der Gebietskörperschaften



## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

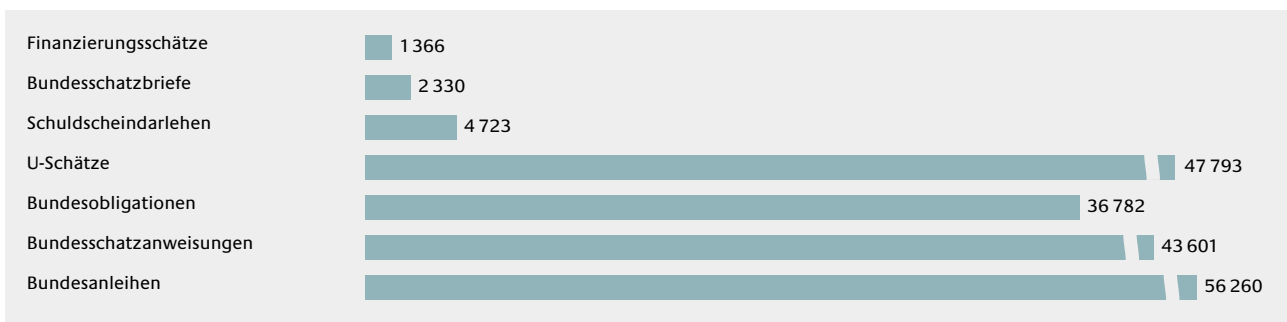
Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug bis 31. Dezember dieses Jahres 179,1 Mrd. €. Unter Einbeziehung der Anteile der Sondervermögen an der Gemeinsamen Wertpapierbegebung betrugen die am Kapitalmarkt beschafften Beträge insgesamt 192,9 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2001 haben sich die Schulden des Bundes ein-

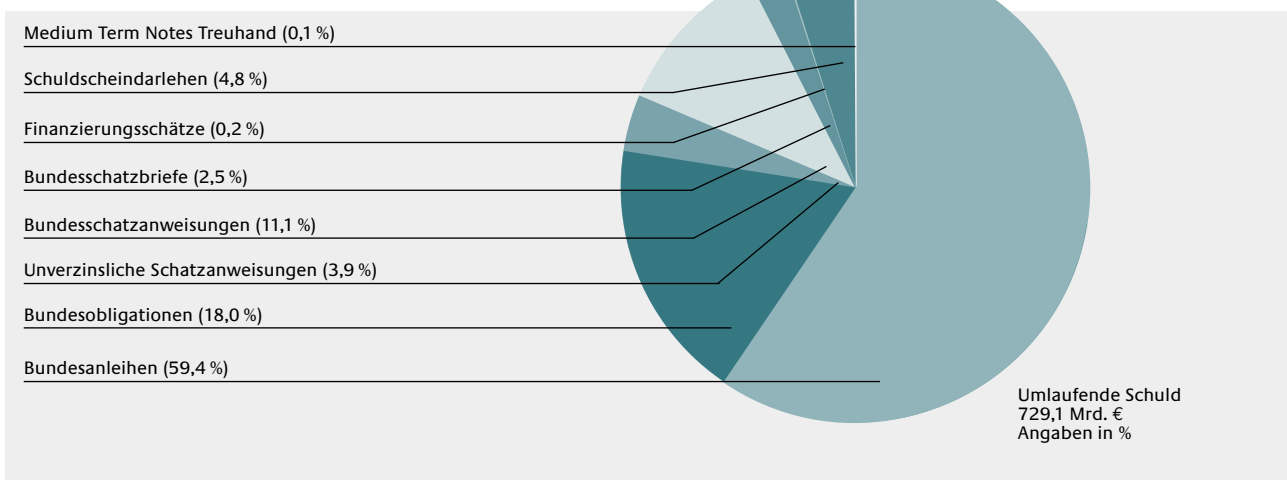
schließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Dezember 2002 um ca. 3,8 % auf 729,1 Mrd. € erhöht. Dieser Betrag umfasst auch die seit 1. Juli 1999 in die Bundesschuld eingegliederten Sondervermögen Erblastentilgungsfonds (darunter auch die Inhaberschuldverschreibungen des Ausgleichsfonds Währungsumstellung), Bundesbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes.

Der Bund beabsichtigt, im ersten Quartal 2003 zur Finanzierung des Bundeshaushalts und seiner Sondervermögen die in der Tabelle dargestellten Emissionen zu begeben.

### Kreditaufnahme des Bundes von Januar bis Dezember 2002 in Mio. €



### Gesamte umlaufende Schuld des Bundes per 31. Dezember 2002



Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben. Der detaillierte Emissionskalender für das zweite Quartal 2003 wird in der dritten Dekade März 2003 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sonder-

vermögen Fonds „Deutsche Einheit“ (FDE) und ERP (European Recovery Program) (belaufen sich im Jahr 2003 auf insgesamt rund 194,1 Mrd. € (darunter 5,6 Mrd. € für die Sondervermögen). Die Zinszahlungen des Bundes<sup>2</sup> und seiner Sondervermögen FDE und ERP belaufen sich im Jahr 2003 auf insgesamt rund 41,3 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im ersten Quartal 2003

Wertpapier	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 451	Neuemission	6. Januar 2003	6 Monate fällig 16. Juli 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bund“) WKN 113 521	Neuemission	8. Januar 2003	10 Jahre fällig 4. Januar 2013 Zinslaufbeginn 4. Januar 2003 erster Zinstermin 4. Januar 2004	ca. 8 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung („Schatz“) WKN 113 700	Aufstockung	15. Januar 2003	2 Jahre fällig 10. Dezember 2004 Zinslaufbeginn 10. Dezember 2002 erster Zinstermin 10. Dezember 2003	ca. 5 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesanleihe („Bund“) WKN 113 522	Neuemission	29. Januar 2003	30 Jahre fällig 4. Juli 2034 Zinslaufbeginn 31. Januar 2003 erster Zinstermin 4. Juli 2004	ca. 6 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesobligation („Bobl“) WKN 114 141	Anschlusstender	5. Februar 2003	5 Jahre fällig 15. Februar 2008 Zinslaufbeginn 14. August 2002 erster Zinstermin 15. Februar 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 452	Neuemission	10. Februar 2003	6 Monate fällig 13. August 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe („Bund“) WKN 113 521	Aufstockung	5. März 2003	10 Jahre fällig 4. Januar 2013 Zinslaufbeginn 4. Januar 2003 erster Zinstermin 4. Januar 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung („Bubill“) WKN 111 453	Neuemission	10. März 2003	6 Monate fällig 17. September 2003	ca. 5 Mrd. €
Bundesobligation („Bobl“) WKN 114 141	Aufstockung	12. März 2003	5 Jahre fällig 15. Februar 2008 Zinslaufbeginn 14. August 2002 erster Zinstermin 15. Februar 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
Bundesschatzanweisung („Schatz“) WKN 113 701	Neuemission	26. März 2003	2 Jahre fällig 18. März 2005 Zinslaufbeginn 18. März 2003 erster Zinstermin 18. März 2004	ca. 7 Mrd. € <sup>1</sup>
<b>Erstes Quartal 2003 insgesamt</b>				<b>ca. 62 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Einschließlich Marktpflegequote, bei Bundesobligationen zusätzlich einschließlich Absatz aus der Daueremission.

<sup>1</sup> Einschließlich der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundes-eisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschließlich Ausgleichsfonds Währungs-umstellung sowie einschließlich Tilgungszahlungen aus der gemeinsamen Kreditaufnahme mit den Sondervermögen.

<sup>2</sup> Einschließlich der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundes-eisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschließlich Ausgleichsfonds Währungsumstellung.



## Tilgungen und Zinszahlungen in 2003 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamtsumme Geschäftsjahr
Anleihen des Bundes	–	5,1	14,3	–	19,4
Bundesobligationen	6,6	7,7	6,6	6,0	26,9
Bundesschatzanweisungen	10,0	10,0	10,0	10,0	40,0
U-Schätze des Bundes	14,6	13,8	15,2	15,0	58,6
Bundesschatzbriefe	3,2	1,5	0,8	1,3	6,8
Finanzierungsschätze	0,5	0,3	0,2	0,3	1,3
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0,0	0,0
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	0,0	0,0
Anleihen der Treuhandanstalt	7,2	10,2	5,1	5,1	27,6
Anleihen der Bundesbahn	–	–	–	2,6	2,6
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	1,1	–	1,1
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	3,9	1,2	0,7	0,9	6,7
Anleihen ERP-Sondervermögen	–	3,1	–	–	3,1
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>46,0</b>	<b>52,9</b>	<b>54,0</b>	<b>41,2</b>	<b>194,1</b>

### Zinszahlungen

	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	Gesamtsumme Geschäftsjahr
Gesamte Zinszahlungen Bund und Sondervermögen FDE und ERP	16,3	5,7	15,0	4,3	41,3

## Entwicklung der Länderhaushalte

Die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich November 2002 stellt sich wie folgt dar:

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die bereinigten Ausgaben der Länder insgesamt um 0,3 %. Die bereinigten Einnahmen blieben um 2,1 % unter dem Vorjahresniveau. Insbesondere die Personalausgaben in den Flächenländern West haben überproportional zugenommen, während die Bauausgaben insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern und den Stadtstaaten erheblich zurückgeführt wurden. Der Einnahmerückgang resultiert überwiegend aus den – vor allem in den Flächenländern Ost – stark rückläufigen Steuereinnahmen.

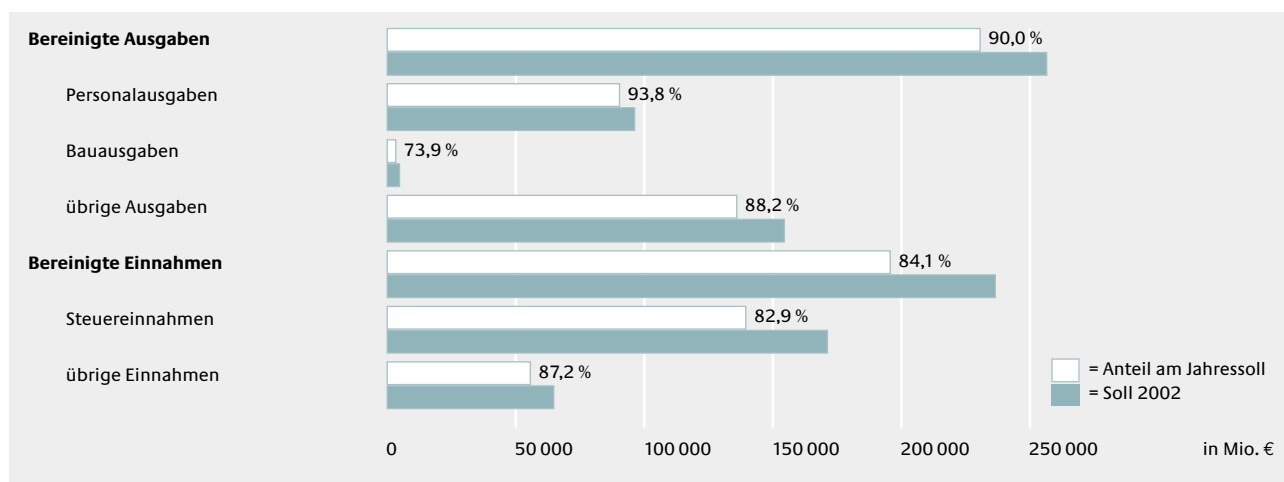
Das Defizit der Länder insgesamt betrug rund –35,0 Mrd. €, 4,9 Mrd. € über dem Defizit im

entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die Haushaltspläne der Länder gehen für das Jahr 2002 von einem Gesamtdefizit in Höhe von rund –23,6 Mrd. € aus.

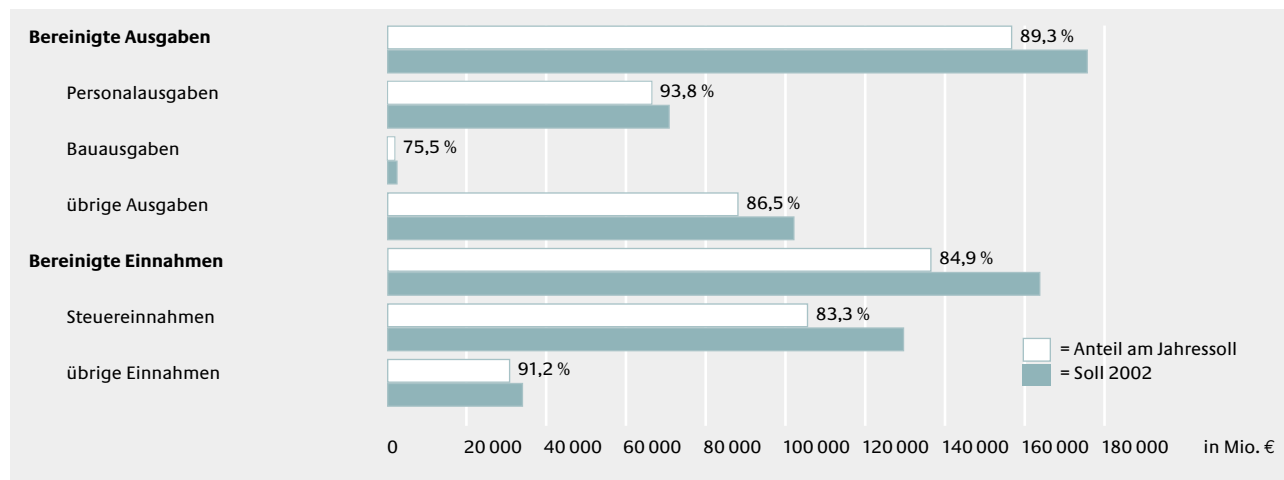
Das Defizit belief sich in den westdeutschen Flächenländern auf –20,3 Mrd. € (Soll 2002 –14,8 Mrd. €), in den ostdeutschen Flächenländern auf –7,1 Mrd. € (Soll 2002 –3,4 Mrd. €) und in den Stadtstaaten auf –7,7 Mrd. € (Soll 2002 –5,4 Mrd. €).

Insgesamt haben sich die Finanzierungsdefizite der Länderhaushalte im November des Haushaltsjahrs 2002 im Vergleich zum Vormonat deutlich erhöht. Da im November des Jahres üblicherweise überproportional hohe Ausgaben relativ geringen Einnahmen gegenüber stehen, kann eine gesicherte Prognose für den vorläufigen Haushaltsabschluss 2002 noch nicht gegeben werden. Allerdings ist abzusehen, dass aufgrund der Einnahmerückgänge das ursprünglich geplante Finanzierungsdefizit deutlich überschritten wird.

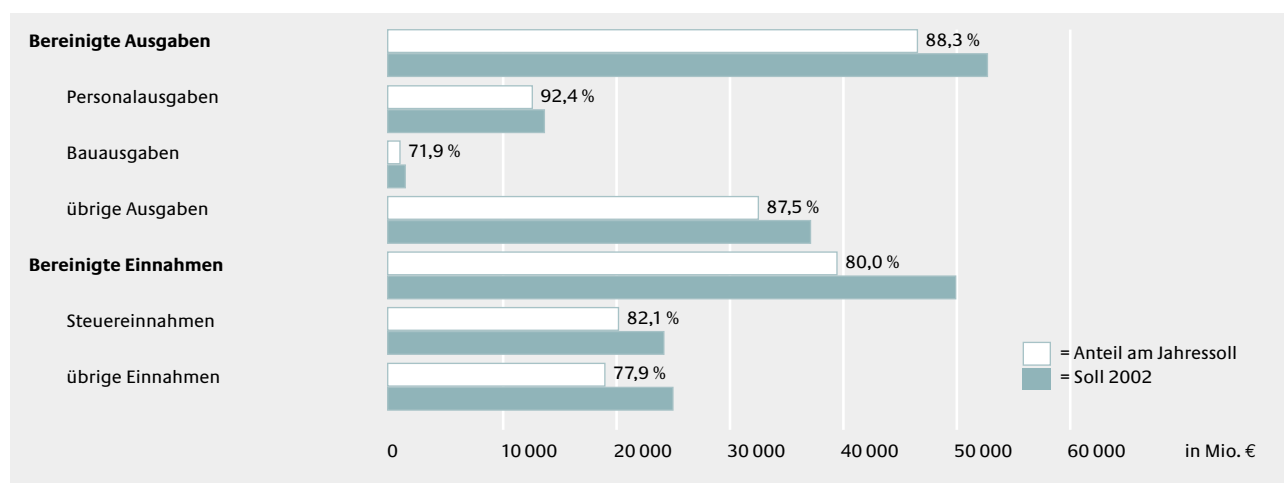
### Länder insgesamt



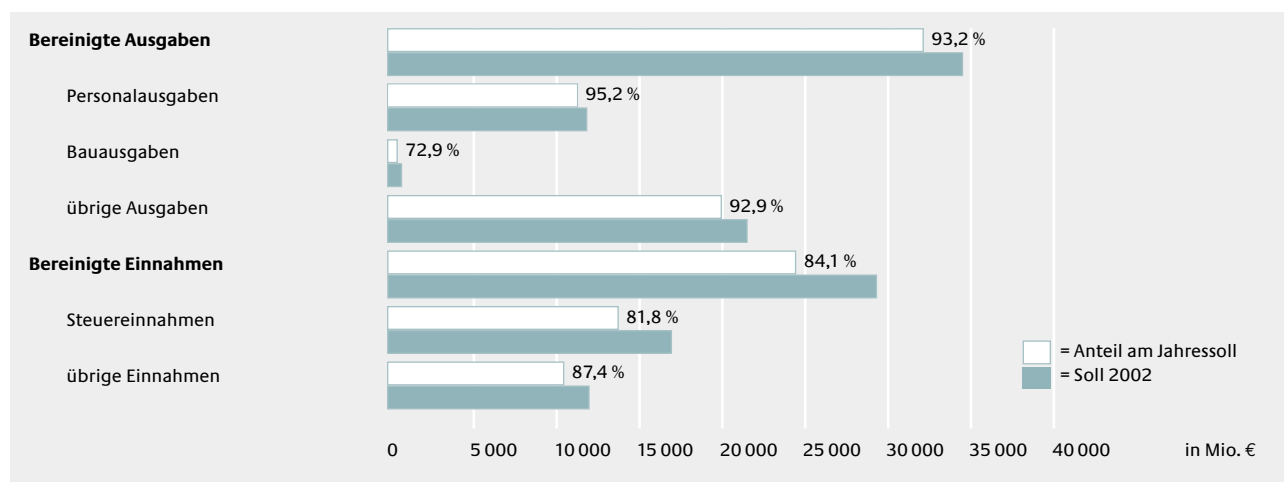
## Flächenländer West



## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 17./18. Februar 2003 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 21./22. Februar 2003 – G-7-Finanzministertreffen in Paris (voraussichtlich)
- 10./11. März 2003 – EURO-Gruppe und ECOFIN in Brüssel
- 21./22. März 2003 – Europäischer Rat in Brüssel

### Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

- Innenansichten – **Die Bundesfinanzverwaltung**
- Klarsicht – **Artenschutz – Der Zoll im Einsatz für die Tier- und Pflanzenwelt**
- Fachblick – **Das Deutsche Stabilitätsprogramm**  
                    **(Aktualisierung Dezember 2002)**
- procent – **Das Magazin aus dem Bundesministerium der Finanzen**

Die Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim  
Bundesministerium der Finanzen  
– Referat Bürgerangelegenheiten –  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
Telefon 0 18 88 6 82 – 17 96  
Telefax 0 18 88 6 82 – 46 29  
Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten nach IWF-Standard SDDS

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2003	Februar	Januar 2003	26. Februar 2003
	März	Februar 2003	26. März 2003
	April	März 2003	25. April 2003
	Mai	April 2003	26. Mai 2003
	Juni	Mai 2003	26. Juni 2003
	Juli	Juni 2003	25. Juli 2003
	August	Juli 2003	25. August 2003
	September	August 2003	26. September 2003
	Oktober	September 2003	27. Oktober 2003
	November	Oktober 2003	26. November 2003
	Dezember	November 2003	22. Dezember 2003

## Terminplanung für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2003

- 16. Januar bis 20. Februar 2003 – Beratung im Haushaltsausschuss
- 18. bis 21. März 2003 – 2./3. Lesung im Bundestag
- 11. April 2003 – 2. Beratung im Bundesrat
- Ende April 2003 – Verkündung im Bundesgesetzblatt





## Analysen und Berichte

Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Finanzpolitische Stabilität in weiterhin schwierigem Umfeld	33
Die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat	39
„Kapital für Arbeit“ – Programm zur Förderung des Mittelstands und des Arbeitsmarktes	49
Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich	55
Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen	69





# Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms – Finanzpolitische Stabilität in weiterhin schwierigem Umfeld

1	Weltwirtschaftliches Umfeld	33
2	Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland	33
3	Entwicklung des Staatsdefizits im Jahr 2002	34
4	Gesamtstaatliche Finanzpolitik zur Einhaltung der europäischen Verpflichtungen	36
5	Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen	36
6	Zum Stand des Defizitverfahrens gegen Deutschland	38

Nach den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes über den Ausbau der haushaltspolitischen Überwachung und der Überwachung und Koordinierung der Wirtschaftspolitiken sind die Euro-Teilnehmerstaaten verpflichtet, dem ECOFIN-Rat jährlich aktualisierte Stabilitätsprogramme vorzulegen. Die nun vorliegende Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms, das auf den Ende November 2002 verfügbaren Daten basiert, wurde am 18. Dezember 2002 durch das Bundeskabinett gebilligt.

Die Aktualisierung des deutschen Stabilitätsprogramms stand wie bereits im Jahr 2001 unter schwierigen Vorzeichen. Dazu tragen die von Unsicherheit und Wachstumsschwäche geprägte weltwirtschaftliche Lage und die damit zusammenhängende verzögerte wirtschaftliche Erholung in Europa sowie Sonderfaktoren wie das Jahrhunderthochwasser im Herbst 2002 entscheidend bei.

Weiterhin wirkende Sonderfaktoren wie die notwendige Fortsetzung der Aufbauleistungen für die neuen Länder, die erheblichen Nettoleistungen Deutschlands an den EU-Haushalt und die hohen und weiter steigenden Unterstützungsleistungen im Rahmen internationaler Verpflichtungen begrenzen den finanzpolitischen Spielraum Deutschlands.

## 1 Weltwirtschaftliches Umfeld

Nach der weltwirtschaftlichen Belebung in der ersten Jahreshälfte 2002 hat sich die Dynamik ab der Jahresmitte wieder spürbar abgeschwächt. Zwar konnten die USA die Rezession rasch überwinden. Infolge der Aktienkursrückgänge an den internationalen Finanzmärkten, der gestiegenen Unsicherheiten bezüglich einer militärischen Intervention im Irak und der daraus resultierenden höheren Rohölnotierung wurde jedoch das Konsumenten- und Investorenvertrauen deutlich gedämpft und die konjunkturelle Belebung schwächte sich ab.

Unter der Voraussetzung, dass von den politischen Entwicklungen in der Irak-Krise keine negativen Effekte auf die internationalen Finanzmärkte, die Ölpreise und das Konsumenten- und Investorenvertrauen ausgehen, dürfte die Weltwirtschaft im Jahr 2003 etwas stärker wachsen als im Vorjahr. Die weltwirtschaftliche Dynamik sollte von einem Aufschwung in den USA, in den EU-Mitgliedstaaten und in Mittel- und Osteuropa Impulse bekommen. Entsprechend sollte sich auch der Welthandel im Vergleich zu 2002 wieder beschleunigen.

## 2 Wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

Nach der deutlichen Konjunkturabschwächung im Jahr 2001 war die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland im Jahr 2002 wieder auf leichtem Erholungskurs, die wirtschaftliche Entwicklung war aber insgesamt noch sehr verhalten. Die für das zweite Halbjahr 2002 allgemein erwartete

kräftige Zunahme der wirtschaftlichen Dynamik ist den bislang vorliegenden Daten zufolge nicht eingetreten. Nach den ersten vorläufigen Inlandsproduktsergebnissen des Statistischen Bundesamtes betrug das reale Wirtschaftswachstum im abgelaufenen Jahr 0,2 %.

Die zu Jahresanfang 2002 vor allem durch witterungsbedingte Nahrungsmittelpreissteigerungen induzierte Beschleunigung der Inflation hat sich im weiteren Jahresverlauf – auch aufgrund von Basiseffekten aus dem Jahr 2001 – merklich zurückgebildet. Zwischenzeitliche Rohölpreissteigerungen führten in der zweiten Jahreshälfte wieder zu einer leichten Beschleunigung der Inflation, die durch die moderate binnenwirtschaftliche Preisentwicklung jedoch gedämpft wurde. Mit einer Preissteigerungsrate von 1,1 % ist Deutschland einer der Stabilitätsanker in Europa.

Für das Jahr 2003 geht die Bundesregierung von einer Verstärkung der konjunkturellen Belebung aus. Das Wirtschaftswachstum dürfte aber in Anbetracht der veränderten Datenlage etwas geringer ausfallen, als noch in der für das Stabilitätsprogramm maßgeblichen Herbstprojektion unterstellt. In der Jahresprojektion im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung wird deshalb ein realer Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von rund 1 % angenommen. Ausgehend von der allgemein erwarteten weltwirtschaftlichen Belebung dürften die deutschen Exporte voraussichtlich wieder deutlich zunehmen und insbesondere auch von ihrer sektoralen Struktur (hoher Anteil an Investitionsgütern) profitieren. Dies und die verbesserten binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – wie niedrige Nominalzinsen, stabile Preise, moderate Lohnstückkosten, verbesserte Gewinnaussichten – tragen zur Stärkung der wirtschaftlichen Auftriebskräfte bei.

### 3 Entwicklung des Staatsdefizits im Jahr 2002

Die schwache wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 2001 und 2002 hat einschneidende Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Aufgrund massiver Einbrüche bei den Steuereinnahmen und trotz restriktiver, durch Haushaltssperren auf allen staatlichen Ebenen geprägter Budgetführung überschritt das **Staatsdefizit 2002** die Defizit-Obergrenze des Vertrages von Maastricht. Der Finanzierungssaldo des Sektors Staat („Maastricht-Defizit“) erhöhte sich gegenüber 2001 um rund einen Prozentpunkt auf  $-3\frac{3}{4}\%$  des Bruttoinlandsprodukts.<sup>1</sup>

Der Anstieg des Defizits über die 3 %-Marke kann nicht isoliert der Entwicklung im Jahr 2002 zugeschrieben werden. Bedingt durch die zu Jahresbeginn 2001 wirksam gewordenen Steuerentlastungen sowie eine deutlich unter den Erwartungen gebliebene wirtschaftliche Dynamik mit entsprechenden Belastungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite fiel bereits das Staatsdefizit 2001 erheblich höher aus als im Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 erwartet ( $-2,8\%$  des BIP). Damit ging Deutschland mit einem relativ hohen „Sockel“ in das im Jahresdurchschnitt wachstumsschwache Jahr 2002.

Tatsächlich sind die öffentlichen Haushalte im Jahr 2002 von mehreren Seiten, insbesondere bei den Einnahmen, massiv unter Druck geraten:

- Die gesamtwirtschaftliche Belebung setzte später ein und verläuft schwächer als erwartet. Entsprechend ist auch die Situation am Arbeitsmarkt ungünstiger als im Frühjahr angenommen. Allein für die Arbeitslosenhilfe und den Zuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit musste der Bund rund 5 Mrd. € mehr aufwenden als geplant.

---

<sup>1</sup> Nach den am 16. Januar 2003 veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes belief sich das gesamtstaatliche Defizit im Jahr 2002 auf  $-3,7\%$  des Bruttoinlandsprodukts. Nach Aussagen des Präsidenten des Statistischen Bundesamtes könnte sich die Defizitquote (bei der nächsten Revision) möglicherweise noch um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte verbessern (u. a. aufgrund der Steuermehreinnahmen gegenüber dem Nachtragshaushalt des Bundes 2002).

## Entwicklung der Defizit-/Überschussquote

Defizit-/Überschussquote <sup>1</sup>	2001	2002	2003 in % des BIP	2004	2005	2006
<b>Projektion Dezember 2002</b>	<b>-2,8</b>	<b>-3<sup>1</sup>/<sub>4</sub></b>	<b>-2<sup>3</sup>/<sub>4</sub></b>	<b>-1<sup>1</sup>/<sub>2</sub></b>	<b>-1</b>	<b>0</b>
nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	0,6	<sup>1</sup> / <sub>2</sub>	<sup>1</sup> / <sub>2</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>
<b>Projektion Dezember 2001 Basisszenario</b>	<b>-2<sup>1</sup>/<sub>2</sub></b>	<b>-2</b>	<b>-1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-</b>
nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	<sup>1</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	-
<b>Projektion Dezember 2001 Szenario mit geringeren Wachstumsannahmen</b>	<b>-2<sup>1</sup>/<sub>2</sub></b>	<b>-2<sup>1</sup>/<sub>2</sub></b>	<b>-1<sup>1</sup>/<sub>4</sub></b>	<b>-1</b>	<b>-1</b>	<b>-</b>
nachrichtlich: Zunahme des realen BIP in %	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	<sup>3</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	<sup>2</sup> / <sub>4</sub>	-

<sup>1</sup> Die Defizite sind – mit Blick auf die mit jeder Projektion verbundenen Schätzunsicherheiten – für die kurzfristige Projektion (2002 und 2003) auf Viertelprozentpunkte, für die mittelfristige Projektion auf halbe Prozentpunkte des BIP gerundet.

- Wesentlich schwerer wiegen die Belastungen bei den Einnahmen. Schon die Steuerschätzung vom Mai 2002 und erst recht die Steuerschätzung vom November 2002 ergaben erhebliche Korrekturen der Steuereinnahmen für das Jahr 2002. Die Schätzabweichungen für Bund, Länder und Gemeinden summierten sich gegenüber der Projektion vom November 2001 auf 26 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Mrd. €.
- Die Steuereinnahmen 2002 sind gekennzeichnet durch außerordentliche, auf den Konjunkturverlauf der letzten Jahre und die Systemumstellung bei der Besteuerung von Kapitalgesellschaften zurückzuführende Sondereinflüsse. Während sich in „normalen“ Zeiten ohne starke Konjunkturschwankung und ohne große Steuerrechtsänderungen das Steueraufkommen und das nominale BIP etwa im Gleichklang verändern, ist aufgrund der genannten Sonderentwicklungen nach aktueller Schätzung im Jahr 2002 bei einem Zuwachs des nominalen BIP von rund 2 % ein Rückgang der kassenmäßigen Steuereinnahmen um – 1,5 % zu erwarten.<sup>2</sup>

Das Körperschaftsteueraufkommen spiegelt schon wegen der Systematik der Steuererhebung nur teilweise die konjunkturelle Entwicklung eines einzelnen Jahres wider, da zwischen Vorauszahlungen und endgültiger Abrechnung in der Regel mehrere Jahre liegen. Im Aufkommen eines Jahres können – wie im Jahr 2002 – hohe Rückzahlungen für zurückliegende Perioden mit geringen oder fehlenden Vorauszahlungen kumulieren. Hinzu kam im Jahr 2002 die Sondersituation in einzelnen Branchen, etwa im Kredit- oder Telekommunikationsbereich.

- Die Sozialversicherungen weisen entgegen den Erwartungen im Stabilitätsprogramm (vom Dezember 2001) ein gegenüber 2001 deutlich höheres Defizit auf.
- Zu den Belastungen 2002 zählen nicht zuletzt die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe im August in den neuen Ländern sowie in Bayern. Das Gros der zur Bewältigung der Schäden von der öffentlichen Hand bereitgestellten Mittel wird zwar erst im Jahr 2003 anfallen, doch hat der Bund bereits 2002 Mittel als Soforthilfen sowie im Vorgriff auf Leistungen des Fonds „Aufbauhilfe“ zur Verfügung gestellt.

<sup>2</sup> Diese Angaben beziehen sich auf das Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom November 2002. Das vorläufige Ist-Ergebnis (reine Gemeindesteuern geschätzt) weist einen Rückgang der Steuereinnahmen im Jahr 2002 um – 1,2 % gegenüber dem Vorjahr aus.

## Finanzierungssalden nach Ebenen

	2001	2002	2003 in Mrd. €	2004	2005	2006
Bund einschließlich Sonderrechnungen	- 28,6	- 37 bis - 39	- 25 bis - 27	- 14 bis - 16	- 7 bis - 9	+ 1 bis - 1
Länder und Gemeinden	- 26,4	- 35 bis - 37	- 31 bis - 33	- 16 bis - 18	- 13 bis - 15	- 2 bis - 4
Sozialversicherungen	- 2,6	- 5 bis - 6	- 1 bis - 2	+ 2 bis + 1	+ 2 bis + 1	+ 2 bis + 1
Staat <sup>1</sup>	- 57,5	- 77 bis - 82	- 57 bis - 62	- 28 bis - 33	- 18 bis - 23	+ 1 bis - 4

<sup>1</sup> Abweichungen des gesamtstaatlichen Defizits von der Summe der Defizite der einzelnen Ebenen sind rundungsbedingt.

## 4 Gesamtstaatliche Finanzpolitik zur Einhaltung der europäischen Verpflichtungen

Mit dem Entwurf des Bundeshaushalts 2003 und den in ihm bereits berücksichtigten neuen Maßnahmen auf der Einnahme- und Ausgabeseite (Steuervergünstigungsabbaugesetz, Fortentwicklung der ökologischen Steuerreform, Sparpaket) hat die Bundesregierung die notwendigen Maßnahmen des Bundes für eine substanzielle Defizitrückführung eingeleitet. Die Nettokreditaufnahme des Bundes sinkt 2003 von 31,9 Mrd. € (Ist-2002 einschließlich Nachtragshaushalt) auf 18,9 Mrd. €, ohne dass zusätzliche Privatisierungseinnahmen in den Haushalt eingestellt wurden. Mit einer Ausgabenrate von - 1,8 % geht der Bund weit über den im nationalen Stabilitätspakt zugesagten Rückgang hinaus<sup>3</sup>. Mit diesem stärkeren Abbau trägt der Bund der zwischenzeitlich eingetretenen Verschlechterung der Defizitsituation Rechnung.

Länder und Gemeinden werden trotz der hohen Belastungen durch die Steuerausfälle ihre Defizite zurückführen können. Hierzu tragen neben einem moderaten Ausgabenanstieg<sup>4</sup> auch die von der Bundesregierung angestoßenen steuerlichen Maßnahmen bei, die zu Mehreinnahmen bei den Ländern und Gemeinden führen werden.

Unter den im Stabilitätsprogramm getroffenen Annahmen kann das gesamtstaatliche Defizit 2003 auf - 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> % des BIP sinken.

Die Rückführung des Defizits wird getragen vom Ergebnis des Finanzplanungsrats vom 27. November 2002. Danach stimmen Bund, Länder und Gemeinden in dem gemeinsamen Ziel überein, bereits im Jahr 2003 das Staatsdefizit wieder unter - 3 % des BIP zu senken. Der Finanzplanungsrat hat in dieser Sitzung erstmals die Einhaltung der Haushaltsdisziplin auf Grundlage des im März 2002 vereinbarten nationalen Stabilitätspakts zur innerstaatlichen Umsetzung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts geprüft und in einem 6-Punkte-Papier einvernehmlich eine Strategie und einen Fahrplan für die Erreichung des Ziels eines ausgeglichenen Staatshaushalts im Jahr 2006 vereinbart. Jede einzelne öffentliche Körperschaft wird in den kommenden Jahren ihren Beitrag zur Erreichung dieses gemeinsamen Ziels leisten.

## 5 Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen

Niedrige Geburtenraten und eine wachsende Lebenserwartung werden in den kommenden Jahrzehnten in Deutschland ebenso wie den übrigen EU-Staaten zu gravierenden Veränderungen

<sup>3</sup> Nach der Vereinbarung des Finanzplanungsrates vom 21. März 2002 reduziert der Bund seine Ausgaben in den Jahren 2003 und 2004 um jahresdurchschnittlich <sup>1</sup>/<sub>2</sub> %.

<sup>4</sup> Länder und Gemeinden hatten sich im Finanzplanungsrat am 21. März 2002 zu einer Begrenzung des Ausgabenzuwachses in den Jahren 2003 und 2004 auf 1 % im Jahresdurchschnitt verpflichtet.

im Altersaufbau der Bevölkerung führen. Dies ist auch das Ergebnis von Modellrechnungen, die für Zwecke der Planungs- und Entscheidungsvorbereitung innerhalb der Bundesregierung (zuletzt) im Jahr 2000 von der „Interministeriellen Arbeitsgruppe für Bevölkerungsfragen“ aktualisiert wurden. In den Modellrechnungen wird gezeigt, welche demographischen Entwicklungen sich – ausgehend von der gegenwärtigen Bevölkerungsstruktur – unter bestimmten Annahmen über die Geburtenhäufigkeit, die Sterblichkeit und die internationalen Wanderungen in Zukunft ergeben. Danach steigt der Altersquotient von 25,4 im Ausgangsjahr 1999 auf Werte zwischen rund 51 (bei höherem Zuwanderungssaldo) und rund 57 (bei niedrigerem Zuwanderungssaldo), d. h. es ist selbst bei einer günstigen Zuwanderungsentwicklung mit einer Verdoppelung des Altersquotienten zu rechnen.

Die Bundesregierung ist sich der Risiken bewusst, die sich als Folge der Bevölkerungsalterung auch für die öffentlichen Finanzen in Deutschland ergeben. So zeigen Modellrechnungen des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung (BMGS) und des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU, dass sich die staatlichen Ausgaben für Alterssicherung und Gesundheit aufgrund der demographischen Entwicklung bis zum Jahr 2050, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, um rund 5 Prozentpunkte erhöhen könnten (siehe Tabelle). In Ergänzung zu den bisherigen

Arbeiten liegen der Bundesregierung inzwischen auch erste Ergebnisse zu den Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Steueraufkommen in Deutschland vor. Der gemeinsam vom DIW und der Universität Freiburg bearbeitete Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen ist abgeschlossen. Dabei wurden auch Szenarien durchgerechnet, deren Annahmen für die Einnahmeseite mit den bisherigen Berechnungen für die Ausgabeseite kompatibel sind. Grob vereinfacht kann danach – was die Entwicklung insgesamt betrifft – langfristig von einer leichten Zunahme der Steuer- und Abgabenquoten ausgegangen werden, die allerdings nicht an die projizierten demographisch bedingten Ausgabensteigerungen heranreicht.<sup>5</sup>

Die Bundesregierung will den demographiebedingten Risiken mit einer breit angelegten Strategie begegnen. Zu den Elementen dieser Strategie zählen im Bereich der Finanzpolitik i. e. S. nicht nur eine auf Dauer angelegte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern auch die Fortentwicklung des Steuersystems verbunden mit der Steigerung der Qualität der öffentlichen Finanzen. Reformen im Bereich der sozialen Sicherung (Arbeitsmarkt, Renten- und Gesundheitsbereich) und eine wachstums- und beschäftigungsfördernde Wirtschaftspolitik sind die beiden anderen wichtigen Felder dieser Strategie. Dazu zählt auch die gezielte Förderung eines funktionierenden und effizienten Kapitalmarktes

## Staatliche Ausgaben in langfristiger Perspektive

in % des BIP	2010	2020	2030	2040	2050
Alterssicherungsausgaben <sup>1</sup>	11,1	12,1	13,8	14,4	14,9
Gesundheitsausgaben <sup>2</sup>	6,0	6,4	6,7	7,0	7,1

<sup>1</sup> Ergebnisse von Modellrechnungen des BMGS (Gesetzliche Rentenversicherung und Beamtenversorgung).  
<sup>2</sup> Ergebnisse von Modellrechnungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU (Acute Health Care).

<sup>5</sup> Einzelheiten zur Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Steuerquote finden sich in der Studie selbst. Siehe Stefan Bach, Christhart Bork, Pascal Krimmer, Bernd Raffelhüschen, Erika Schulz: Demographischer Wandel und Steueraufkommen. Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen. In: DIW-Materialien Nr. 20, Berlin 2002. <http://diw.de/deutsch/publikationen/materialien/jahrgang02/>

in Deutschland und im Euroraum. Er ist Grundlage für eine optimale Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Kapital und sichert damit Arbeitsplätze. Neben dem weiteren Ausbau des Sachvermögens setzt ein auf Dauer spannungsfreies Wachstum auch verstärkte Investitionen in das Humankapital (z. B. in Form verbesserter Leistungen des Bildungssystems) voraus.

## 6 Zum Stand des Defizitverfahrens gegen Deutschland

Mit der Veröffentlichung des Berichts „Übermäßiges Defizit in Deutschland“ durch die EU-Kommission am 14. November 2002 wurde das Defizitverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Am 8. Januar 2003 hat die Kommission über ihre Empfehlungen an den Rat für Deutschland entschieden. Auf dieser Basis hat der ECOFIN-Rat am 21. Januar 2003 das Vorhandensein des übermäßigen Defizits in Deutschland festgestellt und über Empfehlungen zum Abbau des Defizits entschieden. Deutschland hat nun vier Monate Zeit, „wirksame“ Maßnahmen zu ergreifen.

Bundesfinanzminister Eichel hat in der Sitzung deutlich gemacht, dass Deutschland sich zum Stabilitäts- und Wachstumspakt bekennt und die Empfehlungen des Rates akzeptiert. Auch unter verschlechterten Wachstumsbedingungen werde am Ziel festgehalten, in 2003 die Defizitgrenze einzuhalten und 2006 einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Zugleich hat er auf die bereits beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen verwiesen, sowie darauf, dass die notwendigen strukturellen Reformen teilweise bereits umgesetzt bzw. einige kurz vor dem Inkrafttreten sind. Daneben befinden sich weitere Maßnahmen (z. B. die am 15. Januar 2003 im Bundeskabinett verabschiedete Offensive für den Mittelstand) in der Umsetzungsphase.

Die Maßnahmen der Bundesregierung zielen insgesamt darauf ab, das Wachstumspotenzial zu erhöhen und damit die Einnahme- und Ausgabe-seite des Staatshaushaltes nachhaltig zu verbessern. Dies sichert die Einhaltung der europäischen Verpflichtungen und die Erreichung der mittelfristigen Konsolidierungsziele.

# Die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat

1	Einführung	39
2	Koordinierung der Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden im Finanzplanungsrat	40
2.1	Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben des Finanzplanungsrates	40
2.2	Koordinierung der Eckdaten	41
2.3	Zeitplan der Koordinierung der Eckdaten	43
3	Neue Aufgaben des Finanzplanungsrates	43
3.1	Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes	43
3.2	Aktuelle Beschlüsse des Finanzplanungsrates	45
4	Fazit und Ausblick	45

## 1 Einführung

Nach der im Grundgesetz festgelegten föderalen Kompetenzverteilung sind Bund und Länder in ihrer Haushaltswirtschaft selbstständig und voneinander unabhängig. Das heißt, dass der Bund und jedes einzelne Bundesland einen eigenen Haushaltsplan aufstellen und in eigener Verantwortung durchführen. Ähnliches gilt auch für die Gemeinden. Dem Grundsatz der Haushaltstrennung steht die Verpflichtung gegenüber, auch gesamtwirtschaftliche Ziele und Erfordernisse zu berücksichtigen. Insbesondere sind Bund und Länder gehalten, bei ihrer Haushaltswirtschaft den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen. Angesichts der Tatsache, dass beispielsweise der Bund weniger als die Hälfte aller Ausgaben der öffentlichen Haushalte trägt oder dass auf die Kommunen fast zwei Drittel der Sachinvestitionen entfallen, wird der Koordinierungsbedarf deutlich,

sollen bei den individuellen haushaltswirtschaftlichen Entscheidungen der Gebietskörperschaften auch gesamtstaatliche Belange berücksichtigt werden. Das Gremium zur Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden ist der Finanzplanungsrat, der diese Aufgabe seit der ersten Sitzung am 14. März 1968 kontinuierlich wahrnimmt.

Besondere Aktualität hat der Finanzplanungsrat durch neue Koordinierungserfordernisse im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gewonnen. Um die dauerhafte Stabilität des Euro zu sichern, wurden im Vertrag von Maastricht sowie im Stabilitäts- und Wachstumspakt auf europäischer Ebene Stabilitätskriterien festgelegt, die die Staaten der Euro-Zone auf eine solide Haushaltswirtschaft verpflichten. Unter anderem wurde bestimmt, dass das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit 3 % des Bruttoinlandsprodukts und der gesamtstaatliche Schuldenstand 60 % des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten darf. Mittelfristig sollen die Mitgliedstaaten nahezu ausgeglichene Staatshaushalte oder Überschüsse erreichen. Im föderalen Bundesstaat ist zur Erfüllung dieser Verpflichtung ein Verfahren zur innerstaatlichen Einhaltung der Haushaltsdisziplin notwendig. Dabei spielt der Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle. Mit dem In-Kraft-Treten des neuen § 51a Haushaltsgrundsätzegesetz zum 1. Juli 2002 wurde die Koordinierungsfunktion des Finanzplanungsrates gesetzlich gestärkt und mit Blick auf die europarechtlichen Vorgaben des Maastricht-Vertrages und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes konkretisiert.

In dieser Funktion hat die Bundesregierung im Finanzplanungsrat am 21. März 2002 im Einvernehmen mit den Ländern einen nationalen Stabilitätspakt geschlossen, mit dem die Einhaltung der Haushaltsdisziplin durch Bund, Länder und Gemeinden gewährleistet wird. In seiner Herbstsitzung am 27. November 2002 hat der Finanzplanungsrat weitere Beschlüsse gefasst, mit denen eine konkrete Strategie und ein Fahrplan für die



Erreichung des Ziels eines ausgeglichenen Staatshaushalts im Jahr 2006 zwischen Bund und Ländern vereinbart wurden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung sollen im Folgenden die Koordinierung der Haushalts- und Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat sowie die neue Aufgabenstellung des Rates dargestellt werden.

## 2 Koordinierung der Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden im Finanzplanungsrat

### 2.1 Gesetzliche Grundlagen und Aufgaben des Finanzplanungsrates

Der Bund und die einzelnen Länder sind nach § 50 Haushaltsgrundsätzegesetz (HGrG) verpflichtet, ihrer jeweiligen Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. Nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG) sind Bund, Länder und Gemeinden auch dazu verpflichtet, bei ihrer Haushalts- und Finanzplanung gesamtwirtschaftliche Erfordernisse zu berücksichtigen (§ 9 Abs. 1 StWG). Dazu ist ein gleichgerichtetes Verhalten der Gebietskörperschaften bei der Einnahmen- und der Ausgabenplanung abzustimmen.

Nach § 51 HGrG ist die Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden Aufgabe des Finanzplanungsrates.

Vorsitzender des Finanzplanungsrates ist der Bundesminister der Finanzen, Mitglieder sind der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, die Finanzminister der Länder und Vertreter der Gemeinden. Die Deutsche Bundesbank nimmt an den Beratungen des Finanzplanungsrates regelmäßig als Gast teil.

Seinem gesetzlichen Auftrag entsprechend gibt der Finanzplanungsrat Empfehlungen für

eine Koordinierung der Finanzplanungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden.

Zentrale Voraussetzung für diese institutionalisierte Koordinierung der öffentlichen Haushalte ist die Abstimmung auf der Basis einheitlicher gesamt- und finanzwirtschaftlicher Eckdaten für die Haushalts- und Finanzpläne, um möglichst zeitnah und zukunftsgerichtet einen realistischen Orientierungsrahmen für die Finanzplanungen der Gebietskörperschaften zu schaffen.

Der Finanzplanungsrat hat sich dabei auf ein „gemeinsames Schema für die Finanzplanungen von Bund, Ländern und Gemeinden“ verständigt, dessen Grundlage die im Zuge der Haushaltsreform 1969 eingeführte und seitdem fortentwickelte Haushaltssystematik ist. Darüber hinaus hat sich der Finanzplanungsrat für seine Beratungen auf einen Katalog zentraler gesamtwirtschaftlicher Eckwerte verständigt.



Auf der Grundlage der gemeinsam erarbeiteten Vorstellungen über die künftige finanzwirtschaftliche Entwicklung gibt der Finanzplanungsrat Empfehlungen zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Dabei werden auch quantitative Aussagen über die angestrebte Entwicklung der Ausgaben und deren Finanzierung gemacht. Dies gilt sowohl für die öffentlichen Haushalte insgesamt als auch in der Untergliederung nach Bund, Ländern und Gemeinden.

Darüber hinaus nimmt der Finanzplanungsrat, soweit dies aus wirtschafts- und finanzpolitischen Gründen geboten ist, auch zu bestimmten Teilbereichen der öffentlichen Haushalte Stellung, beispielsweise zur Entwicklung des Bundeshaushalts,



der Länderhaushalte, zu den Kommunalfinanzen sowie gegebenenfalls zu Einzelfragen der Haushaltsentwicklung. Auch die Bewertung der Sanierungsfortschritte der Haushaltsnotlagenländer Bremen und Saarland ist hier zu nennen, die seit 1995/96 ebenfalls zu den besonderen gesetzlichen Aufgaben des Rates zählt.

Ab dem Jahr 2003 werden die neuen Länder dem Finanzplanungsrat jährlich Fortschrittsberichte „Aufbau Ost“ vorlegen. Darin werden die jeweiligen Fortschritte bei der Schließung der Infrastrukturlücke, die Verwendung der erhaltenen Mittel aus Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und die finanzwirtschaftliche Entwicklung der Länder- und Kommunalhaushalte einschließlich der Begrenzung der Nettoneuverschuldung dargelegt. Die Fortschrittsberichte werden dann – gemeinsam mit einer Stellungnahme der Bundesregierung – im Finanzplanungsrat erörtert.

## 2.2 Koordinierung der Eckdaten

Die quantitative Koordinierung der Eckdaten im Finanzplanungsrat erfolgt auf der Grundlage einer einheitlichen Systematik sowie gemeinsamer, von allen Beteiligten des Finanzplanungsrates getragener Vorstellungen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Grundlage für das im Folgenden dargestellte Verfahren bei der Ermittlung einheitlicher volks- und finanzwirtschaftlicher Annahmen gemäß § 51 HGrG ist ein Beschluss des Finanzplanungsrates vom Dezember 1977 (so genanntes Hiehle-Schreiner-Papier).

### Volkswirtschaftliche Annahmen

Die Bundesregierung legt dem Finanzplanungsrat eine gesamtwirtschaftliche Projektion in Form von Eckdaten vor. Die Erstellung der Projektion ist nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz der Bundesregierung aufgetragen, die darin die von ihr politisch angestrebte und ökonomisch

für möglich erachtete Wirtschaftsentwicklung verdeutlichen soll (gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten). Konkret werden die im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung getroffenen volkswirtschaftlichen Annahmen vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im interministeriellen Arbeitskreis „Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen“ überprüft. Zu der jeweiligen Sitzung des Finanzplanungsrates werden von Bundesseite die relevanten gesamtwirtschaftlichen Eckwerte vorgelegt (u. a. nominales und reales Bruttoinlandsprodukt, privater Verbrauch, Staatsverbrauch, Bruttoanlageinvestitionen, Preisentwicklung), die sich je nach Projektionszeitraum auf die kurze Frist (laufendes Jahr und Folgejahr) oder den Mittelfristzeitraum (laufendes Jahr, Planjahr und drei Folgejahre) beziehen.

Darüber hinaus werden dem Finanzplanungsrat aktuelle Konjunkturindikatoren für die Bundesrepublik Deutschland sowie ein Prognosespektrum zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgelegt, das die gesamte Bandbreite der aktuell vorliegenden Projektionen der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bzw. der verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen (z. B. EU, IWF, OECD) darstellt. Damit ist eine breite Datengrundlage für die intensive Erörterung der gesamtwirtschaftlichen Projektionen bzw. Vorausschätzungen mit den Ländern und Gemeinden gegeben.

### Einheitliche finanzpolitische Annahmen

Auf der Grundlage der dargestellten gesamtwirtschaftlichen Projektion wird durch den Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ die voraussichtliche Entwicklung der Steuereinnahmen prognostiziert. In diesem Gremium sind neben dem federführenden Bundesfinanzministerium auch Vertreter der 16 Länderfinanzministerien, Vertreter der kommunalen Spitzenverbände, die Deutsche Bundesbank, die an der Gemeinschaftsdiagnose beteiligten Wirtschaftsforschungsinstitute, der Sachverständigenrat zur Begutachtung der

gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie das Statistische Bundesamt beteiligt.

Die Steuerschätzung erfolgt im Mai jedes Jahres für den mittelfristigen Zeitraum als Grundlage für die Haushaltsentwürfe und Finanzpläne. Im November findet eine kurzfristige Steuerschätzung für das laufende und das folgende Jahr statt. Sie dient der Überprüfung und Aktualisierung zum Zeitpunkt der Beratung und Verabschiedung der jeweiligen Haushalte.

Neun Mitglieder des Arbeitskreises (sechs Wirtschaftsforschungsinstitute, die Bundesbank, der Sachverständigenrat und das BMF) erstellen unabhängig voneinander eigene Schätzvorschläge für alle Einzelsteuern. Der Arbeitskreis erörtert die Schätzungen für jede Steuer, bis ein gemeinsam getragener Kompromiss erzielt ist. Damit steht auf der Einnahmenseite eine unstrittige Grundlage für die Haushaltsplanung zur Verfügung. Der Bundesminister der Finanzen übernimmt seit 1955 die Ergebnisse des Arbeitskreises in Haushaltsentwurf, Finanzplan und Haushaltsgesetz.

## Die Koordinierung im Finanzplanungsrat

Der Bundesminister der Finanzen legt in den Sitzungen des Finanzplanungsrates eine Projektion der Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Öffentlichen Gesamthaushalts unter Berücksichtigung der aktuellen Haushaltsentwicklung der Gebietskörperschaften vor. Der Entwurf der Finanzprojektion umfasst die Gesamteinnahmen, Gesamtausgaben und den Finanzierungssaldo für den Öffentlichen Gesamthaushalt sowie für die Haushaltsebenen Bund, Länder und Gemeinden. Die projizierten Gesamtausgaben der einzelnen Haushaltsebenen werden dabei nach gesamtwirtschaftlich relevanten Ausgabearten untergliedert (z. B. Personalausgaben, Investitionen, Zinsausgaben). Auf der Einnahmenseite wird unterschieden zwischen den Steuern (entsprechend dem Ergebnis des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“) und sonstigen Einnahmen.

Im Finanzplanungsrat wird der vom Bund vorgelegte Entwurf einer Finanzprojektion sowie die sich aus der Sicht der Länder und Gemeinden abzeichnende Finanzentwicklung mit dem Ziel erörtert, sich über die Grundlinien für die Gestaltung der öffentlichen Haushalte, insbesondere in ihrer Ausrichtung an den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen zu verständigen. Die auf dieser Grundlage vom Rat getroffenen Aussagen und Empfehlungen wurden thematisch im Laufe der Zeit an die sich verändernden ökonomischen und finanzpolitischen Problemlagen und Rahmenbedingungen angepasst.

Standen in den Sechziger- und Siebzigerjahren entsprechend der zu dieser Zeit verfolgten Politik der Globalsteuerung Empfehlungen zur konjunkturgerechten Gestaltung der öffentlichen Haushalte im Vordergrund (z. B. Stärkung der Binnennachfrage durch erhöhte öffentliche Investitionen, Bildung einer Konjunkturrücklage), erlangten schon seit Anfang der Achtzigerjahre die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Rückführung der Finanzierungsdefizite Priorität. Hierzu wurde unter anderem beschlossen, dass der jährliche Zuwachs der öffentlichen Ausgaben in den Finanzplänen an einer Größenordnung von mittelfristig 3 % orientiert werden sollte. Zu Beginn der Neunzigerjahre dominierte dann die gesamtstaatliche Verarbeitung der finanzpolitischen Folgen der deutschen Einheit die Diskussionen im Finanzplanungsrat. Hierzu wurde ein strikter Konsolidierungskurs für alle Ebenen empfohlen, die Ausgabensteigerungen der öffentlichen Haushalte sollten auf jährlich 3 % begrenzt bleiben. Seit Mitte der Neunzigerjahre hat der Finanzplanungsrat dann empfohlen, die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden jeweils um nicht mehr als 2 % im Jahr wachsen zu lassen. Im Zusammenhang mit der Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion wurde die Ausgabenempfehlung in der 95. Sitzung des Finanzplanungsrates am 21. März 2002 den aktuellen Erfordernissen angepasst (s. u.).

## 2.3 Zeitplan der Koordinierung der Eckdaten

Die gemeinsame Orientierung der öffentlichen Haushalte an volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen setzt ein zeitlich abgestimmtes Verfahren bei der Aufstellung und Verabschiedung der Haushalte und Finanzpläne voraus. Dazu ist es erforderlich, dass die Beschlussfassung über die Haushalte und Finanzpläne in den Kabinetten möglichst einheitlich innerhalb einer begrenzten Zeitspanne erfolgt. Die zeitliche Abfolge der Sitzungen des Finanzplanungsrates erleichtert es den einzelnen Gebietskörperschaften, sich in den Planungen an einheitlichen Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, z. B. die zu erwartenden Steuereinnahmen zu orientieren.

In der Frühsommersitzung des Finanzplanungsrates vor der Verabschiedung der Haushaltsentwürfe und der Finanzpläne in den Kabinetten werden die volks- und finanzwirtschaftlichen Annahmen unter Berücksichtigung des aktuellen Standes der Haushalts- und Finanzplanungen und der aktuellen mittelfristigen Projektion erörtert. In der Herbstsitzung im November/Dezember, d. h. noch rechtzeitig vor Beendigung der parlamentarischen Beratung der Haushalte, werden die Grundannahmen noch einmal vor dem Hintergrund der neuesten Daten über die sich abzeichnende Wirtschaftsentwicklung und auf der Grundlage einer aktuellen Steuerschätzung für das laufende und das kommende Jahr überprüft. Ferner werden die vorliegenden Haushaltsplanentwürfe von Bund und Ländern erörtert (zur Verdeutlichung des zeitlichen Ablaufs des Koordinierungsprozesses vgl. Übersicht auf S. 47).

## 3 Neue Aufgaben des Finanzplanungsrates

Die Einhaltung der auf europäischer Ebene eingegangenen wirtschafts- und finanzpolitischen Verpflichtungen erfordert in Deutschland mit seinem föderativen Staatsaufbau das Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden.

Im Finanzplanungsrat gewinnt die Diskussion aktueller finanzpolitischer Fragen im europäischen Kontext deshalb zunehmend an Bedeutung. Gegenstand der Erörterungen sind z. B. die „Grundzüge der Wirtschaftspolitik“ der EU-Kommission, die auch länderspezifische Empfehlungen für Deutschland enthalten. Zudem nimmt der Finanzplanungsrat bei der Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion eine zentrale Rolle ein.



Bereits im Zusammenhang mit der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs wurde am 20. Dezember 2001 eine Änderung des Haushaltsgrundsätzegesetzes beschlossen, die in einem neuen § 51a HGRG ein Verfahren zur innerstaatlichen Umsetzung der von Deutschland im Vertrag von Maastricht und dem Stabilitäts- und Wachstumspakt auf europäischer Ebene eingegangenen Verpflichtungen regelt. Dieses Verfahren sollte ursprünglich mit der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zum 1. Januar 2005 in Kraft treten. Als Teil des in der 95. Sitzung des Finanzplanungsrates am 21. März 2002 zwischen Bund und Ländern geschlossenen Nationalen Stabilitätspakts wurde es aber bereits zum 1. Juli 2002 in Kraft gesetzt, um möglichst frühzeitig die gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten des Finanzplanungsrates zu erweitern.

## 3.1 Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Mit der neuen Regelung wurde ein an der Haushaltsüberwachung der Mitgliedstaaten durch die EU orientiertes innerstaatliches Konzept entwickelt, das die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden zum Ausdruck

bringt, die europäischen Bestimmungen zur Haushaltsdisziplin einzuhalten. Unter Berücksichtigung der institutionellen Strukturen des deutschen Föderalismus wurden damit präventive Instrumente etabliert, die die Verletzung der Maastricht-Kriterien bereits frühzeitig verhindern sollen.

§ 51a Haushaltsgrundsätzegesetz  
Einhaltung der Haushaltsdisziplin im  
Rahmen der Europäischen Wirtschafts-  
und Währungsunion

(1) Bund und Länder kommen ihrer Verantwortung zur Einhaltung der Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes nach und streben eine Rückführung der Nettoneuverschuldung mit dem Ziel ausgeglichener Haushalte an.

(2) Der Finanzplanungsrat gibt unter Berücksichtigung der volks- und finanzwirtschaftlichen Faktoren Empfehlungen zur Haushaltsdisziplin, insbesondere zu einer gemeinsamen Ausgabenlinie im Sinne des § 4 Absatz 3 des Maßstäbengesetzes. Der Finanzplanungsrat erörtert auf dieser Grundlage die Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung, insbesondere der Ausgaben und der Finanzierungssalden von Bund und Ländern einschließlich ihrer Gemeinden und Gemeindeverbände, mit den Bestimmungen in Artikel 104 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

(3) Entspricht die Haushaltsdisziplin der Gebietskörperschaften nicht hinreichend den Vorgaben nach den Absätzen 1 und 2, erörtert der Finanzplanungsrat die Gründe und gibt Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin.

So wird in § 51a HGrG die gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern für die Einhaltung der Haushaltsdisziplin im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion betont und für Bund und Länder das Ziel der Rückführung der Nettoneuverschuldung zur Erreichung ohne Nettokreditaufnahme ausgeglichener Haushalte gesetzlich festgelegt.

Wie bereits dargelegt, spielt der Finanzplanungsrat eine zentrale Rolle in dem Verfahren zur Einhaltung der Haushaltsdisziplin. Er gibt nach dem gesetzlichen Auftrag Empfehlungen zur Haushaltsdisziplin, insbesondere zu einer gemeinsamen Ausgabenlinie. Der Rat erörtert die Vereinbarkeit der Haushaltsentwicklung, mit den Bestimmungen in Artikel 104 EG-Vertrag und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Der Finanzplanungsrat gibt bei Bedarf Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin. Diese Empfehlungen des Rates bilden dann die Grundlage für die Haushalts- und Finanzplanungen der Gebietskörperschaften.

Mit dieser deutlichen Stärkung des Finanzplanungsrates wird in der bewährten Tradition des kooperativen Föderalismus ein größeres Gewicht auf die bindende Wirkung der Beschlüsse gleichberechtigter Partner, die im Rahmen von Kooperationsverfahren zustande kommen, gelegt (peer pressure). Mit der Einfügung des § 51a Abs. 2 HGrG werden die Beschlüsse des Finanzplanungsrates zu einer gemeinsam anerkannten Ausgabenlinie als Orientierungsmaßstab für die Haushalte von Bund und Ländern (einschließlich Gemeinden) festgeschrieben. Die in Absatz 3 vorgesehene Möglichkeit für den Finanzplanungsrat, gegebenenfalls Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin auszusprechen, überträgt das im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt vereinbarte Verfahren im Falle eines Auftretens übermäßiger Defizite, nämlich zunächst Empfehlungen zur Wiederherstellung der Haushaltsdisziplin auszusprechen, auf den innerstaatlichen Kontext.

### 3.2 Aktuelle Beschlüsse des Finanzplanungsrates

Auf der Sondersitzung des Finanzplanungsrates am 21. März 2002 haben Bund und Länder auch Beschlüsse zur inhaltlichen Umsetzung der Regelungen des § 51a HGrG gefasst. Der Finanzplanungsrat hat in dieser Sitzung insbesondere beschlossen, dass die Ausgaben des Bundes für die Jahre 2003 und 2004 um durchschnittlich  $\frac{1}{2}$  % pro Jahr verringert werden sollen. Länder und Gemeinden werden bei der Gestaltung künftiger Haushalte ihr jährliches Ausgabenwachstum in den beiden Jahren auf jeweils 1 % im Jahresdurchschnitt begrenzen. Dem liegt eine Aufteilung des 2004 zulässigen Defizits von 45 zu 55 zwischen Bund und Sozialversicherungen auf der einen und der Gesamtheit der Länder und Gemeinden auf der anderen Seite zugrunde. Diese Aufteilung soll auch für die Jahre 2005 und 2006 gelten, wobei der Bund für sich an dem Ziel festhält, im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

In der Herbstsitzung des Finanzplanungsrates am 27. November 2002 wurden die Beschlüsse zum Nationalen Stabilitätspakt fortentwickelt und an die zwischenzeitlich geänderten finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst.

In dem einvernehmlichen Beschluss haben Bund, Länder und Gemeinden angesichts der konjunkturbedingten Überschreitung der 3 %-Defizitgrenze im Jahr 2002 deutlich gemacht, dass sie in dem gemeinsamen Ziel übereinstimmen, in einem ersten Schritt im Jahr 2003 das gesamtstaatliche Defizit wieder unter 3 % des Bruttoinlandsprodukts zu senken und bis zum Jahr 2006 einen ausgeglichenen Staatshaushalt vorzulegen. Vonseiten des Bundes wurde dabei deutlich gemacht, dass es hierzu über eine Politik der Ausgabenbegrenzung hinaus notwendig ist, durch eine konsequente Wachstumspolitik und den Abbau steuerlicher Ausnahmeregelungen auch die Einnahmenseite zu stabilisieren und zu stärken.

Zudem wurde verabredet, dass jede einzelne öffentliche Körperschaft in den kommenden Jahren ihren Beitrag zur Erreichung dieses gemeinsamen Ziels leisten wird. In der nächsten Sitzung des Finanzplanungsrates wird der Bund einen Finanzplan vorlegen, der im Jahr 2006 eine Nettokreditaufnahme von null aufweist und die Länder werden ihre Beiträge zur Erreichung des Zieles eines ausgeglichenen Staatshaushalts 2006 und ihre Strategien zur Erreichung ausgeglichener Landeshaushalte darlegen.



Der Finanzplanungsrat hat sich auch zu dem bestehenden gravierenden Haushaltsungleichgewicht in Berlin geäußert, das erhebliche zusätzliche Konsolidierungsanstrengungen erfordert, die weit über die für die übrigen Länder geltende Ausgabenbegrenzung hinausgehen. Berlin ist gegenüber der bundesstaatlichen Gemeinschaft verpflichtet, die Ausgaben des Landes auf ein finanzierbares Niveau zurückzuführen.

## 4 Fazit und Ausblick

Grundlage für die Koordinierung der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden im Finanzplanungsrat ist die Erarbeitung einheitlicher gesamt- und finanzwirtschaftlicher Annahmen für die Haushalts- und Finanzpläne der Gebietskörperschaften. Dies wird im Rahmen des sachlich und im zeitlichen Ablauf dargestellten Verfahrens praktiziert. Die verfassungsrechtliche Selbstständigkeit und Unabhängigkeit von Bund und Ländern in ihrer Haushaltswirtschaft setzt voraus, dass die Beratungen im Finanzplanungsrat auf der Grundlage weitgehend übereinstimmender Vorstellungen seiner Mitglieder über

die anzustrebende gesamtwirtschaftliche Entwicklung sowie über die finanzwirtschaftliche Entwicklung bei den Gebietskörperschaften erfolgen.

Die Ergänzung des Haushaltsgrundsätzegesetzes sowie die aktuellen Beschlüsse des Finanzplanungsrates vom März und November 2002 stellen einen wichtigen Beitrag zur innerstaatlichen Umsetzung der EU-rechtlichen Anforderungen an die nationale Finanzpolitik dar. Mit der gesetzlichen Verankerung der Konsolidierungspolitik von Bund und Ländern hin zu ausgeglichenen Haushalten wird die Haushaltsdisziplin im Sinne des Vertrages von Maastricht auch im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft gesichert werden.

Mit ihrer Zustimmung zur Reform des Haushaltsgrundsätzegesetzes und den darauf aufbauenden Beschlüssen des Finanzplanungsrates haben die Länder ihre Mitverantwortung zur Einhaltung der europäischen Vorgaben zur Haushaltsdisziplin bekräftigt und unterstützen so die Umsetzung und Fortentwicklung des innerstaatlichen Stabilitätspaktes.

Die Vorgaben des Finanzplanungsrates – insbesondere zu den speziellen Ausgabenlinien und zu einer Rückführung der Defizite bzw. der Neuverschuldung – stellen an Bund und Länder strenge Konsolidierungsanforderungen, die sie bei der Haushaltsaufstellung berücksichtigen. Die Überschreitung der Defizitgrenze im Jahr 2002 hat die Notwendigkeit einer gesamtstaatlich abgestimmten Konsolidierungspolitik noch unterstrichen. Die schlechten konjunkturellen Rahmenbedingungen haben sich in Deutschland zu einem Zeitpunkt ausgewirkt, als es erst auf halbem Weg zum Haushaltsausgleich war. Somit konnten die konjunkturbedingten Belastungen der öffentlichen Haushalte nicht innerhalb des zulässigen Defizitspielraums abgefedert werden, sondern haben zur Überschreitung der Defizitgrenze geführt. Um dies künftig zu vermeiden, wird für das Jahr 2006 ein ausgeglichener Staatshaushalt angestrebt. Der Weg zu diesem Ziel wird im Finanzplanungsrat zwischen Bund, Ländern und Gemeinden abgestimmt werden. Die konkreten Verfahren und Maßnahmen hierzu wird der Finanzplanungsrat in den kommenden Jahren fortentwickeln und so den Prozess der Einhaltung der Haushaltsdisziplin im gesamtstaatlichen Kontext ausgestalten.

## Zeitliche Abstimmung von Vorausschätzungen und Planung öffentlicher Haushalte

Monat	Gesamtwirtschaftliche Prognosen	Steuerprognosen	Koordinierung der Haushalte	Haushalts- und Finanzplanung des Bundes	nachrichtlich: Termine auf EU-Ebene
Januar	Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung			Erarbeitung der Vorschläge der Ressorts zum Haushalt des Folgejahres	Diskussion der nationalen Stabilitäts- und Konvergenzprogramme
Februar					
März	Gemeinschaftsdiagnose Institute				Meldetermin für die Referenzwerte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
April	Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung (mittelfristig)				Frühjahrsprognose der EU-Kommission
Mai		Mittelfristige Steuerschätzung			
Juni			Finanzplanungsrat	Kabinettsbeschluss Haushaltsentwurf und Finanzplan	Veröffentlichung der „Wirtschaftspolitischen Grundzüge“
Juli/August					
September				1. Lesung Bundestag	Meldetermin für die Referenzwerte im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
Oktober	Gemeinschaftsdiagnose Institute Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung (kurzfristig)			1. Durchgang Bundesrat	
November	Sachverständigenrat	Kurzfristige Steuerschätzung	Finanzplanungsrat	2. + 3. Lesung Bundestag	Herbstprognose der EU-Kommission
Dezember				2. Durchgang Bundesrat	





# „Kapital für Arbeit“ – Programm zur Förderung des Mittelstands und des Arbeitsmarktes

1	Arbeitsmarktpolitik und Hartz-Kommission	49
2	Finanzierungssituation des deutschen Mittelstands	49
3	Veränderte Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten	50
4	Förderprogramm „Kapital für Arbeit“	51

## 1 Arbeitsmarktpolitik und Hartz-Kommission

Deutschland ist von der seit dem Jahr 2000 eingetretenen weltweiten Konjunkturabschwächung erheblich betroffen. Das führte u. a. zum Anstieg der Arbeitslosigkeit im Inland. Die angespannte Situation erfordert zusätzliche Anstrengungen am Arbeits- und Lehrstellenmarkt. Die Bundesregierung hat daher der beschäftigungspolitischen Neuorientierung hohe Priorität eingeräumt. Hierbei kommt der effizienten Organisation des Arbeitsmarktes und der schnellen Umsetzung der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik eine entscheidende Rolle zu.

Einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes leisten mittelständische Unternehmen. Verschiedene Untersuchungen haben gezeigt, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen in den vergangenen Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen haben, während Großunternehmen per Saldo Arbeitskräfte abgebaut haben. Ursachen für diese Entwicklung werden u. a. in dem Strukturwandel hin zum Dienstleistungssektor gesehen. Gerade im Dienstleistungsbereich können kleine, anpassungsfähige Unternehmen Marktnischen nutzen. Daneben dürfte auch der Trend zum Outsourcing von Aufgaben von großen Unternehmen hin zu kleinen und mittleren

Firmen zu der guten Beschäftigungsentwicklung bei den mittelständischen Unternehmen beigetragen haben.

Die Bundesregierung hat auf die veränderte Wirtschaftslage bereits im Februar 2002 mit dem Zweistufenplan für kunden- und wettbewerbsorientierte Dienstleistungen am Arbeitsmarkt reagiert. Dieser sieht eine Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik vor, die sich an den aktuellen Potenzialen und Problemen der Arbeitsmärkte orientiert.

Die erste Stufe wurde mit der Neustrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit am 27. März 2002 umgesetzt. Die zweite Stufe stützt sich maßgeblich auf die Vorschläge der Kommission „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, die von der Bundesregierung unter Vorsitz von Dr. Peter Hartz eingesetzt wurde.

Am 16. August 2002 hat die Hartz-Kommission ihren Bericht vorgelegt, der ein **Gesamtkonzept zur Modernisierung der deutschen Arbeitsmarktpolitik** enthält. Die Kommission hat sich dabei am Leitbild der Bundesregierung für eine Neugestaltung der Förderung des Arbeitsmarktes orientiert. Dabei steht die Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Aufbau kundenfreundlicher und effizienter Strukturen bei der Bundesanstalt für Arbeit sowie die effiziente Vermittlung von Arbeitslosen auf offene Stellen im Mittelpunkt des Interesses.

Die Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission hat zunächst mit den Maßnahmen begonnen, bei denen kein Gesetzgebungsverfahren erforderlich ist. Hierzu zählt auch das Programm „Kapital für Arbeit“, das im Hartz-Konzept unter dem Begriff „Job Floater“ vorgestellt wurde und die Schaffung neuer Arbeitsplätze unterstützen soll.

## 2 Finanzierungssituation des deutschen Mittelstands

Wichtige Voraussetzung für Unternehmensinvestitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze

ist der Zugang der Unternehmen zu Finanzierungsquellen. Hierbei bedienen sich Unternehmen der verschiedenen Formen der Innen- und Außenfinanzierung wie zum Beispiel Eigenkapital und Rückstellungen einerseits und Bankkredite, Anleihen und Beteiligungen andererseits.

Nationale und internationale Vergleiche zu diesem Thema haben deutliche Unterschiede zwischen den Ländern und den unterschiedlichen Unternehmensgrößen aufgezeigt. Es fällt auf, dass deutsche Unternehmen generell weniger Eigenkapital in der Bilanz ausweisen als ihre Nachbarn in Europa. Besonders gering ist hierzulande die **Eigenkapitalquote bei kleinen und mittleren Unternehmen**.

Die vergleichsweise geringe Eigenkapitalquote in Deutschland lässt sich u. a. auf folgende Faktoren zurückführen:

- Besonders kleine Unternehmen verfügen häufig nicht über die notwendige Ertragskraft, um ausreichend Eigenkapital zu bilden.
- Für Personengesellschaften, die insbesondere bei den kleinen und mittleren Unternehmen dominieren, gibt es steuerliche Anreize, die eine Fremdkapitalfinanzierung gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung begünstigen.
- Einzelunternehmen und Personengesellschaften können einen Teil des Betriebsvermögens aus steuerlichen Gründen dem Privatvermögen zuordnen. Die dem Privatvermögen zugerechneten Vermögenswerte stehen für die Besicherung von Krediten zur Verfügung, werden bei Bilanzvergleichen aber nicht berücksichtigt.
- Deutsche Unternehmen verfügen in beträchtlichem Maße über langfristige Rückstellungen, wie sie in anderen europäischen Ländern nicht gegeben sind. Dies erklärt sich vor allem durch die Möglichkeit deutscher Unternehmen, eine innerbetriebliche Altersvorsorge anbieten zu können. Mit zunehmender Unternehmensgröße wird eine solche Altersversorgung verstärkt genutzt und führt insbesondere bei größeren Unternehmen zu hohen Pensions-

rückstellungen. Aber auch kleine Betriebe können hierauf zurückgreifen. Langfristige Rückstellungen haben für die Unternehmensfinanzierung einen ähnlichen Charakter wie Eigenkapital, da sie kein Zinsänderungs- und Kündigungsrisiko tragen.



Von einer pauschalen Eigenkapitalunterversorgung deutscher Unternehmen kann deshalb nicht gesprochen werden. Das deutsche Finanzmarktsystem erleichtert die Fremdkapitalaufnahme und das ausgewiesene Eigenkapital berücksichtigt häufig nicht das gesamte Haftkapital der Unternehmen.

Allerdings sind bei deutschen Unternehmen erhebliche Abweichungen bei der **Finanzierungsstruktur in Abhängigkeit von der Unternehmensgröße** festzustellen. Ein Vergleich der Bilanzstruktur zeigt, dass Großunternehmen nicht nur über eine höhere Eigenkapitalquote als kleine und mittlere Unternehmen verfügen, sondern auch über höhere Rückstellungen und entsprechend weniger Fremdkapital. Dies eröffnet Großunternehmen einen größeren Spielraum für die Innenfinanzierung über Eigenkapital und Rückstellungen. Außerdem können diese bei der Außenfinanzierung neben dem Bankkredit die Finanzierung über den Kapitalmarkt etwa in Form von Anleihen und Beteiligungen besser nutzen.

Ziel der Bundesregierung ist es, diese Nachteile der mittelständischen Wirtschaft gegenüber Großunternehmen im Zusammenwirken mit den beiden Förderbanken Kreditanstalt für Wiederaufbau und Deutsche Ausgleichsbank durch eine Reihe, speziell auf die Erfordernisse kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Existenzgründer ausgerichtete, Maßnahmen auszugleichen.

### 3 Veränderte Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten

Die Förderpolitik der Bundesregierung hat mit dazu beigetragen, dass der Mittelstand mit all seinen Besonderheiten über die ausreichende finanzielle Grundlage verfügt, um einen wichtigen Beitrag zum Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in Deutschland zu leisten. Allerdings haben sich die Rahmenbedingungen in den letzten Jahren verändert. Globalisierung, Deregulierung und fortschreitende Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien sind treibende Kräfte, die das bankenorientierte Finanzierungssystem zunehmend unter Druck setzen.

Die Globalisierung in Verbindung mit der Liberalisierung und Deregulierung der Kapitalmärkte hat zu einer zunehmenden Kapitalmarktintegration beigetragen. Die Volatilität und Liquidität der Kapitalmärkte hat zugenommen. Außerdem hat die Deregulierung im Bankensektor den Aktionsradius der Banken erweitert und die Bearbeitung neuer Geschäftsfelder ermöglicht. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien haben den Zugang zu Daten und die Verarbeitungsmöglichkeiten fundamental verändert. Dies hat neue Formen der Kommunikation zwischen Unternehmen, Kunden und Aktionären geschaffen.

Die genannten Faktoren haben zu weit greifenden Veränderungen der Finanzmärkte geführt. Die Anleger und Aktionäre zeigen ein stärker risiko- und ertragsorientiertes Verhalten mit kürzeren Reaktionszeiten. Die Banken reagieren auf den zunehmenden Kosten- und Ertragsdruck durch Konzentration auf gewinnbringende Geschäftsfelder und risikoorientierte Kreditkonditionen.

Diese Entwicklung hat dazu beigetragen, dass die Kreditvergabepolitik der Banken differenzierter und in der Tendenz restriktiver wurde. Davon betroffen ist auch der bisher wenig profitable traditionelle Mittelstandskredit. In den vergangenen

Jahren war deshalb ein teilweiser Rückzug der Privatbanken aus der Mittelstandsfinanzierung festzustellen. **Der klassische Bankkredit wird zwar auch in der Zukunft das wichtigste Finanzierungsinstrument für kleine und mittlere Unternehmen bleiben,** aber eine risikoadäquate Differenzierung der Darlehenskonditionen ist bereits heute absehbar. Mittelständische Unternehmen müssen sich darauf einstellen, dass künftig höhere Anforderungen an Unternehmens- und Finanzplanung, Publizität gegenüber den Banken und nicht zuletzt an die Höhe der Eigenkapitalquote gestellt werden.

### 4 Förderprogramm „Kapital für Arbeit“

Die Entwicklungen auf den Finanzmärkten und die Auswirkungen auf den Mittelstand machen es notwendig, die institutionellen Rahmenbedingungen und Förderinstrumentarien an die neue Situation anzupassen. Dazu hat die Bundesregierung zusammen mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau die zeitnahe Umsetzung des Programms „Kapital für Arbeit“ beschlossen.

**Dieses Programm ist ein innovatives Finanzierungsinstrument zur Aktivierung des Beschäftigungspotenzials mittelständischer Unternehmen unter Berücksichtigung der besonderen Finanzierungssituation kleiner und mittlerer Unternehmen.** Das Förderpaket ist so angelegt, dass es auch Unternehmen in Anspruch nehmen können, die über eine relativ geringe Eigenkapitalausstattung verfügen und alternative Finanzierungswege kaum oder gar nicht nutzen können.

„Kapital für Arbeit“ basiert auf dem Grundgedanken, die Einstellung von Arbeitslosen mit dem Zugang zu günstigen Finanzierungsmöglichkeiten für die Unternehmen zu verknüpfen. Das Finanzierungspaket verbessert die Eigenkapitalstruktur mittelständischer Unternehmen und schafft gleichzeitig neuen Spielraum für zusätzliche Investitionen.

Das Programm richtet sich an kreditwürdige mittelständische Unternehmen mit einem tragfähigen Unternehmenskonzept. Die Gewährung eines Kredits ist an die Einstellung eines Arbeitslosen, von Arbeitslosigkeit Bedrohten oder geringfügig Beschäftigten in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis gebunden.

Das Kreditvolumen ist pro Neueinstellung auf maximal 100 000 € begrenzt und wird über die Hausbank beantragt. Die Laufzeit des Kredits beträgt zehn Jahre. Das Finanzierungspaket besteht je zur Hälfte aus einer Fremdkapitaltranche und einer eigenkapitalnahen Nachrangtranche.



Die Fremdkapitaltranche ist ein klassisches Bankdarlehen, das banküblich zu besichern ist. Das Kreditrisiko liegt bei der Hausbank. Der Zinssatz bewegt sich am unteren Rand des Kapitalmarktes. Neu ist die Möglichkeit der Banken, in Abhängigkeit von den gestellten Sicherheiten und der wirtschaftlichen Situation des Antragstellers den Zinssatz um bis zu 0,5 %-Punkte zu erhöhen. Das schafft für die Banken mehr Flexibilität und erhöht den Anreiz, Kredite auch an Unternehmen mit einer geringeren Bonität zu vergeben. Damit können mehr Unternehmen in den Genuss dieser Kredite kommen, insbesondere jene, die sonst von den Banken keinen Kredit bekommen würden.

Die Nachrangtranche enthält eine Haftungsfreistellung und hat eigenkapitalähnlichen Charakter. Die Hausbank, über die auch dieser Teil des Pakets beantragt wird, ist von der Haftung freigestellt. Die Haftungsfreistellung wird durch eine Risikoprämie finanziert, deren Höhe in Abhängigkeit von der Bonitätseinschätzung des Unternehmens festgelegt wird. Die Bonitätseinschätzung wird anhand eines Ratings vorgenom-

men, das zwischen den Kreditinstituten und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abgestimmt ist. Das Rating weist jedem Unternehmen eine Bonitätsklasse zu. Nach der Einstufung in die Bonitätsklassen wird der Risikozuschlag erhoben und bei dem Endkreditnehmerzinssatz berücksichtigt.

Der Risikozuschlag wird an einen Fonds abgeführt, aus dem mögliche Kreditausfälle beglichen werden können. Der Bund hat sich bereit erklärt, die Garantie zu übernehmen, wenn die angesammelten Mittel des Risikofonds nicht ausreichen sollten.

Dieses attraktive Programm ist bei den angesprochenen Unternehmen des Mittelstands auf großes Interesse gestoßen. Dies ist besonders erfreulich, da es sich um ein neuartiges Finanzierungsinstrument handelt. Die zur Anwendung kommende ratingbasierte Konditionengestaltung befindet sich bei den Banken derzeit noch in der Einführungsphase. Die Integration des neuen Produktes in die organisatorischen Abläufe und die umfassende Schulung der Bankmitarbeiter wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Bis Mitte Januar 2003 verzeichnete die Kreditanstalt für Wiederaufbau über 370 Anträge mit einem Gesamtvolumen von rund 89 Mio. €. Bisher wurden 121 Anträge mit einem Volumen von über 32 Mio. € zugesagt. Mit den bereits zugesagten Darlehen ist es gelungen, 861 Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern. Der weitere Verlauf des Programms ist als durchweg positiv einzuschätzen.

In der Anfangsphase des Programms entfielen rund 86 % der Anträge auf Unternehmen mit einem Umsatz bis zu 5 Mio. €. Fast die Hälfte der Anträge wurde von Unternehmen mit einem Umsatz von bis zu 1 Mio. € gestellt, wie auch Abbildung 1 verdeutlicht. Die große Anzahl der Anfragen durch kleine Unternehmen deutet darauf hin, dass das Programm eine Lösung für wesentliche Problemfelder des Mittelstandes anbietet.

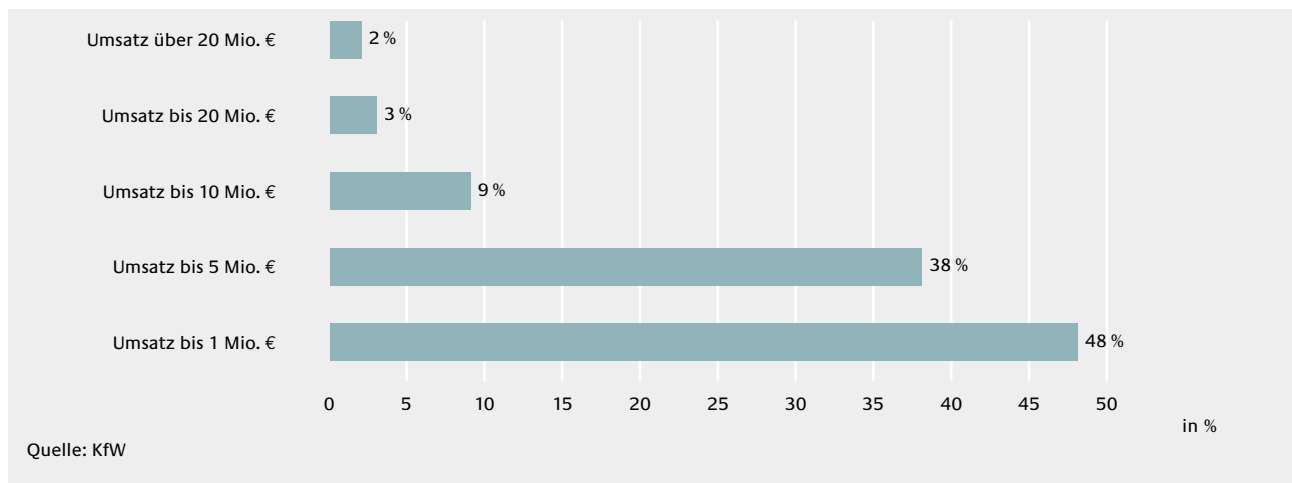
Bei der Branchenverteilung der Anträge zeigt sich, wie aus Abbildung 2 ersichtlich, dass das Verarbeitende Gewerbe mit 50 % einen Schwerpunkt bildet. Weitere 15 % entfallen auf den Handel, gefolgt von dem Baugewerbe mit 9 %.

Als Ansprechpartner für Antragsteller nehmen bisher die Genossenschaftsbanken und öffentlich-

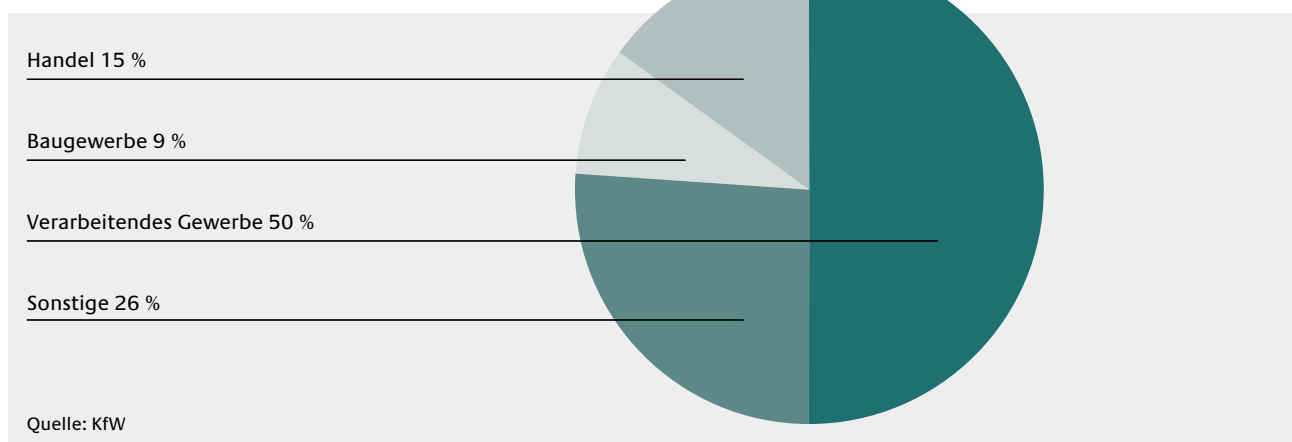
rechtlichen Kreditinstitute eine zentrale Rolle ein. Über sie wurden bis Mitte Januar rund 86 % der Anträge an die Kreditanstalt für Wiederaufbau weitergereicht.

Die Risikoeinschätzung der Unternehmen für die Nachrangtranche bewegt sich überwiegend in den Bonitätskategorien „gut“ und „befriedigend“.

**Abbildung 1: Anträge unterteilt nach Unternehmensgröße  
Stand Januar 2003**



**Abbildung 2: Anträge unterteilt nach Branchen  
Stand Januar 2003**



Von der Möglichkeit, bei der Fremdkapitaltranche einen Risikozuschlag zu erheben, haben die Banken bisher nur in wenigen Fällen Gebrauch gemacht.

Diese Zahlen belegen, dass es der Bundesregierung gelungen ist, ein innovatives Förderprogramm aufzulegen, das sowohl die schwie-

rige Finanzierungssituation des Mittelstandes verbessert als auch zur Entlastung des Arbeitsmarktes beiträgt. Die ersten Erfahrungen mit „Kapital für Arbeit“ deuten darauf hin, dass das Finanzierungspaket in der Zukunft eine wichtige Säule der Mittelstandsfinanzierung werden könnte und die bestehenden Förderprogramme für Existenzgründer und Mittelstand ergänzt.

## Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich

Dieser Bericht, dem eine im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellte Studie des „Informationszentrums Steuern im In- und Ausland“ im Bundesamt für Finanzen zugrunde liegt, enthält Informationen zu den Steuersystemen und -tarifen in den EU-Staaten und einigen anderen wichtigen Mitgliedstaaten der OECD, und zwar zu den Körperschaft-, Einkommen-, Vermögen- und Umsatzsteuern. Eine ausführliche Darstellung und weitere Informationen (Steuer- und Abgabenquoten, effektive Belastung von Arbeitnehmern u. a.) enthält der zeitlich parallel erscheinende Fachblick des Bundesministeriums der Finanzen: Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich ([www.bundesfinanzministerium.de](http://www.bundesfinanzministerium.de) und [www.bff.bund.de](http://www.bff.bund.de)).

Die Übersicht 1 zeigt die aktuellen Körperschaftsteuersysteme und -tarife einschließlich möglicher Steuerzuschläge und Steuern der Gebietskörperschaften (z. B. der Schweizer Kantone, der US-Einzelstaaten und der kanadischen Provinzen). Bei der Entwicklung der Körperschaftsteuertarife ist bemerkenswert, dass kein Staat 2002 Tarifierhöhungen vorgenommen hat. Im Gegenteil, mehrere Staaten haben – wohl als Folge eines sich verschärfenden internationalen Steuerwettbewerbs und als Reaktion auf die deutsche Steuerreform – die allgemeinen Tarife gesenkt, so

- Frankreich von 36,4 auf 35,4 %,
- Irland von 20 auf 16 %,
- Luxemburg von 31,2 auf 22,9 %,
- die Niederlande von 35 auf 34,5 %,
- Portugal von 32 auf 30 %.

Portugal hat darüber hinaus sein bisheriges Teilanrechnungssystem der Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer aufgegeben und ist jetzt wie Deutschland und Luxemburg zu einem „klassi-

schen“ System übergegangen. Hier erfolgt die Entlastung von der Körperschaftsteuer auf ausgeschüttete Gesellschaftsgewinne auf der Ebene des Anteilseigners durch das so genannte Halbeinkünfteverfahren, d. h. die erhaltenen Dividenden sind vom Empfänger nur zur Hälfte zu versteuern, gleichzeitig entfällt eine Anrechnung der Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer. Die deutsche Steuerreform liegt hier im internationalen Trend. In der EU sind jetzt Italien und Finnland die letzten Staaten mit einem Vollanrechnungssystem. Trotz der verschiedenen Tarifsenkungen im Ausland ist der deutsche Körperschaftsteuertarif noch immer einer der niedrigsten unter den OECD-Staaten. In der Grafik 1 sind die Körperschaftsteuersätze nochmals dargestellt.

Die Übersicht 2 enthält grundlegende Informationen über die Einkommensteuertarife im internationalen Vergleich in Bezug auf die Spitzensätze des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften (Provinzen, Einzelstaaten, Länder, Kantone usw.), ggf. unter Einbeziehung von Steuerzuschlägen. Die Einkommensteuerspitzensätze sind nochmals in der Grafik 2 dargestellt.

Die Unterschiede zwischen den nationalen Spitzensätzen sind markant. Auch innerhalb der einzelnen Einkommensteuersysteme kann es zu unterschiedlichen Sätzen auf einzelne Einkunftsarten kommen. Dies gilt insbesondere für die Zins-einkünfte, deren Erfassung und Besteuerung in vielen Staaten Schwierigkeiten bereitet. Vielfach wird versucht, durch ein System von mehr oder weniger „automatischen“ Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute an die Finanzverwaltung das Problem zu lösen. Da aber alle Staaten die Zinserträge von Steuerausländern so gut wie nicht erfassen und Kontrollmitteilungen über die Grenzen nur in wenigen Fällen erstellt werden, sind auch diese Systeme nicht lückenlos. Etwa die Hälfte der hier betrachteten Staaten ist daher schon seit längerem vom System der einheitlichen Besteuerung aller Einkunftsarten („synthetische Einkommensteuer“) abgegangen und erfasst Zinseinkünfte durch Quellensteuern mit Abgeltungscharakter, die deutlich



unter den Spitzensätzen der allgemeinen Einkommensteuer liegen, so Belgien, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Österreich, Schweden und Japan. Darin könnte ein Einstieg in ein Schedulensteuersystem („analytische Einkommensteuer“) gesehen werden, bei dem die einzelnen Einkunftsarten je nach Art unterschiedlich hoch, z. T. mit Proportionalsteuern, besteuert werden. Dadurch soll auch dem Trend entgegenge wirkt werden, Sparanlagen ins niedriger oder gar nicht steuernde Ausland zu verlagern. Besonders ausgeprägt ist ein solches Einkommensteuersystem in den Niederlanden seit der Steuerreform 2001.

Ansonsten sind die Quellensteuern auf die Kapitalerträge („Zinsabschlagsteuern“ oder „Kapitalertragsteuern“) wie in Deutschland nur Vorauszahlungen auf die Einkommensteuerschuld. Die Bundesregierung plant jedoch die Einführung einer Abgeltungsteuer auf Zinsen. Der Steuersatz soll 25 % betragen. Für die Vergangenheit soll eine Brücke in die Steuerehrlichkeit gebaut werden, auch um ins Ausland verbrachtes Vermögen nach Deutschland zurückzuholen. Über eine einmalige und abgeltende Steuer auf das hinterzogene Vermögen soll Steuersündern für einen von Anfang an befristeten Zeitraum eine Rückkehr in die Steuerehrlichkeit ermöglicht werden.

Mit der Einigung des ECOFIN-Rats am 21. Januar 2003 über die Zinsrichtlinie konnte die mehrjährige Debatte über die Besteuerung von Zinserträgen auf EU-Ebene erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Der darin vereinbarte automatische Informationsaustausch stellt sicher, dass die im Ausland erzielten Kapitalerträge auch im jeweiligen Inland zur Besteuerungsgrundlage werden können.

Die Übersicht 3 „Vermögenssteuern 2002 für natürliche und juristische Personen“ zeigt, dass es eine Vermögensteuer nur in einigen wenigen Staaten gibt. Vielfach hat sie auch dort nur noch die Funktion einer Mindeststeuer oder einer

Ergänzungssteuer zur Einkommen- oder Körperschaftsteuer. So wirkt die Vermögensteuer juristischer Personen in Luxemburg wegen ihrer Anrechenbarkeit auf die Körperschaftsteuer wie eine Mindeststeuer. Kapitalgesellschaften sind ansonsten nur noch in der Schweiz vermögenssteuerpflichtig. In den Staaten des angelsächsischen Rechtskreises sind Vermögenssteuern im deutschen Sinne seit alters her unbekannt. Die in USA und Kanada von den Einzelstaaten/Provinzen und ihren Gemeinden erhobenen „property taxes“ sind keine Vermögenssteuern im deutschen Sinne, sondern Grundsteuern oder Grundsteuern vergleichbare andere Steuern. Damit werden Leistungen finanziert, für die die Gemeinden in anderen Staaten vielfach Gebühren und Beiträge erheben, so z. B. Straßenanliegerbeiträge, Müllabfuhrgebühren, Abwasserkanalgebühren, Beiträge für die Straßenreinigung usw.

Die Übersicht 4 informiert über die Umsatzsteuersätze und -systeme der EU-Staaten, der Beitrittskandidaten und einiger anderer wichtiger OECD-Staaten. Die damit zusammenhängende Grafik 3 gibt die Mehrwertsteuersätze (Normalsätze) innerhalb der EU in grafischer Darstellung wider. Diese Umsatzsteuern der EU und ihrer Beitrittskandidaten werden als Mehrwertsteuern erhoben, das Gleiche gilt für die Umsatzsteuern Japans, Norwegens und der Schweiz. In den USA gibt es auf Bundesebene keine allgemeine Umsatzsteuer; die Einzelstaaten und ihre Gemeinden können aber allgemeine Umsatzsteuern ohne Vorsteuerabzug bei Umsätzen an den Endverbraucher erheben (so genannte Einzelhandelsumsatzsteuern, sales and use taxes).

Die Übersicht 5 gibt einen Überblick, welche OECD-Staaten derzeit Vermögen- und Erbschaftsteuern erheben. Dabei ist besonders beachtenswert, dass Finnland, Frankreich, Luxemburg, Norwegen, Schweden, die Schweiz (Kantone und Gemeinden) sowie Spanien neben einer allgemeinen Vermögensteuer zusätzlich auch eine Erbschaftsteuer erheben.



## Anlagen

Übersicht 1: Körperschaftsteuern 2002 – Tarife und Systeme	58
Übersicht 2: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2002	60
Übersicht 3: Vermögensteuern 2002 für natürliche und juristische Personen	62
Übersicht 4: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten	64
Übersicht 5: Vermögen- und Erbschaftsteuern in den OECD- Staaten	66
 Grafik 1: Körperschaftsteuersätze 2002 (einschließlich Körperschaftsteuern der nachgeordneten Ge- bietskörperschaften)	 67
Grafik 2: Einkommensteuerspitzensätze 2002	68
Grafik 3: Allgemeine Umsatzsteuersätze 2002 in den Staa- ten der EU	68

## Übersicht 1: Körperschaftsteuern 2002 – Tarife und Systeme

Systeme	Staaten	Steuersätze <sup>1</sup>	Arten und Umfang der Entlastungen beim Anteilseigner (natürliche Person)
„Klassisches“ System (Besteuerung des Gewinns bei der Gesellschaft und Besteuerung des ausgeschütteten Gewinns beim Anteilseigner) ohne Tarifiermäßigung beim Anteilseigner	Irland	16 % <sup>2</sup>	
	Schweiz (Zürich)	16,5 % bis 29,7 % <sup>3</sup>	
	USA (Staat New York)	39,9 % <sup>4</sup>	
„Klassisches“ System mit Tarifiermäßigung beim Anteilseigner	Belgien	40,2 % <sup>5</sup>	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Option für Steuerveranlagung
	Dänemark	30 %	Einkommensteuersatz 28 % auf Dividenden bis 29 700 dkr; 43 % auf höhere Dividenden
	Deutschland	26,4 % <sup>6</sup>	50 % der Dividende steuerfrei
	Luxemburg	22,9 % <sup>7</sup>	50 % der Dividende steuerfrei
	Niederlande	34,5 % <sup>8</sup>	Einkommensteuersatz 25 % auf Dividenden aus wesentlichen Beteiligungen (ab 5 %); ansonsten nur Pauschalbesteuerung
	Österreich	34 % <sup>9</sup>	Definitive Kapitalertragsteuer 25 % oder Ermäßigung der Einkommensteuer auf Ausschüttungen um die Hälfte beim Anteilseigner
	Portugal	30 % <sup>18</sup>	50 % der Dividende steuerfrei
	Schweden	28 %	Einkommensteuersatz 30 % auf Dividenden
„Klassisches“ System mit Tarifiermäßigung beim Anteilseigner und Teilanrechnung der auf Ausschüttung entfallenden Körperschaftsteuer	Vereinigtes Königreich	30 % <sup>10</sup>	Anrechnung mit 1/9 der Dividende, Einkommensteuersatz 10 % (niedrige Einkommen) oder 32,5 % (höhere Einkommen) auf Dividenden einschließlich Steueranrechnungsbetrag
System der Steuerbefreiung beim Anteilseigner	Griechenland	37,5/35 % <sup>11</sup>	keine Besteuerung beim Anteilseigner
System der „Teilanrechnung“ der auf Ausschüttungen entfallenden Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer des Anteilseigners	Frankreich	35,4 % <sup>12</sup>	Anrechnung mit 50 % der Ausschüttung <sup>13</sup>
	Japan	35,2 % <sup>14</sup>	Anrechnung von 6,4 % bis 12,8 % der Ausschüttung <sup>15</sup>
	Kanada (Ontario)	38,6 % <sup>16</sup>	Anrechnung mit 16,67 % der Barausschüttung auf die Einkommensteuer des Bundes und der Provinz <sup>17</sup>
	Spanien	35 % <sup>19</sup>	Anrechnung mit 50 % der Ausschüttung <sup>13</sup>
System der „Vollanrechnung“ mit einheitlichem Steuersatz	Finnland	29 %	Anrechnung mit 29/71 der Dividende <sup>13, 20</sup>
	Italien	36 % <sup>9</sup> (40,3 %) <sup>21</sup>	Vollanrechnung der Ausschüttungsbelastung beim Anteilseigner (56,25 % der Dividende)
	Norwegen	28 %	Anrechnung mit 7/18 der Dividende <sup>13, 20</sup>

## noch Übersicht 1: Körperschaftsteuern 2002 – Tarife und Systeme

- <sup>1</sup> Einschließlich Steuern nachgeordneter Gebietskörperschaften.
- <sup>2</sup> Gewerbliches Einkommen; für nicht gewerbliches Einkommen 25 %; 20 % für Veräußerungsgewinne; Sondersatz 10 % für Herstellerbetriebe, Unternehmen in Sonderwirtschaftszonen.
- <sup>3</sup> Bund proportionaler Tarif 8,5 %; Kantone und Gemeinden progressive Staffelung der Steuersätze nach Rendite (Verhältnis von Ertrag und Kapital); die Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern sind bei Gewinnermittlung für Zwecke der Bundessteuer absetzbar. Durchschnittstarif insgesamt etwa 25 %.
- <sup>4</sup> Corporation Income Tax des Bundes 35 % mit ermäßigten Eingangssätzen, die ab Einkommen von 100 000 \$ auslaufen; Corporation Franchise (Income) Tax des Staates New York 7,5 % (von Bemessungsgrundlage Bundessteuer absetzbar); New York City General Corporation Tax 8,85 % der Stadt New York (von Bemessungsgrundlage Bundessteuer absetzbar) blieb hier – wegen der beabsichtigten Vergleichbarkeit der durchschnittlichen Tarife – unberücksichtigt.
- <sup>5</sup> Auf Einkommen über 323 750 €; Eingangsteilmengentarif 28 %, 36 % und 41 %; 39 % normaler Steuersatz, zuzüglich „Krisenzuschlag“ 3 % des Steuerbetrags.
- <sup>6</sup> Einschließlich Solidaritätszuschlag 5,5 % des Steuerbetrags.
- <sup>7</sup> Auf Einkommen über 15 000 €; ermäßigte Sätze 20 % mit Grenzberichtigung bis 15 000 € Einkommen; 22 % normaler Steuersatz zuzüglich Zuschlag 4 % des Steuerbetrags für Arbeitslosenfonds.
- <sup>8</sup> 29 % auf Gewinnanteile bis 22 689 €.
- <sup>9</sup> Dual Income Tax: Sondersatz 19 % (Italien) bzw. 25 % (Österreich) auf den Teil des Gewinns, der der marktüblichen Rendite des während der letzten Jahre neu zugeführten Eigenkapitals (fiktive Verzinsung) entspricht.
- <sup>10</sup> 0 % auf Einkommen bis 10 000 £; Grenzberichtigung von 10 000 £ bis 50 000 £ Einkommen, darüber 19 % auf Einkommen bis 300 000 £; Grenzberichtigung von 300 000 £ bis 1 500 000 £ Einkommen, darüber 30 %.
- <sup>11</sup> Höherer Satz gilt für Banken und inländische Gesellschaften mit nicht börsennotierten Inhaberaktien. 25 % für Personengesellschaften, die in Griechenland körperschaftsteuerpflichtig sind.
- <sup>12</sup> 33 <sup>1</sup>/<sub>3</sub> % normaler Steuersatz, zuzüglich Zuschlag 3 % des Steuerbetrags (= 34,33 %) und Sozialzuschlag 3,3 % der normalen Körperschaftsteuer für größere Unternehmen mit jährlich mehr als 7,63 Mio. € Umsatz (Steuersatz insgesamt 35,43 % für größere Unternehmen).
- <sup>13</sup> Mit Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen.
- <sup>14</sup> Staatssteuer 30 %; Gewerbesteuer 9,6 % (Corporation Enterprise Tax, anrechenbar auf die Staatssteuer), Präfekturen Standardzuschlag 5 %, Gemeinden Standardzuschlag 12,3 %. Für Steuerpflichtige mit einem Gesellschaftskapital bis 100 Mio. Yen und einem Jahresgewinn bis 8 Mio. Yen ermäßigen sich die Sätze der Staatssteuer auf 22 %.
- <sup>15</sup> Ohne Einbeziehung der Steuergutschrift in das Einkommen.
- <sup>16</sup> Bundessteuer 28 %, Provinzsteuer bis 17 %; mehrere Sondersätze; einschließlich Steuerzu- und -abschläge des Bundes und der Provinz Ontario (surtaxes und deductions). Steuersatz 33,12 % für Gewinne aus Be- und Verarbeitung in Kanada und 29,12 % für Gewinne bis 200 000 \$.
- <sup>17</sup> Erfassung der um 25 % erhöhten Dividende im Einkommen des Anteilseigners.
- <sup>18</sup> Zuzüglich Gemeindezuschlag bis 10 % des Steuersatzes. Ermäßigter Steuersatz von 20 % für bestimmte Gesellschaften mit einem jährlichen Gesamtumsatz unter 149 639,27 € und weiteren Voraussetzungen.
- <sup>19</sup> Für Betriebe mit einem Jahresumsatz unter 90 151,82 € ermäßigt sich der Satz auf 30 % auf die ersten 5 Mio. € des Gewinns. Mehrere Sondersätze.
- <sup>20</sup> Einkommensteuersatz auf die Dividende entspricht dem Körperschaftsteuersatz; de facto also keine Besteuerung der Dividende beim Anteilseigner.
- <sup>21</sup> 36 % Staatssteuer, zuzüglich 4,25 % lokale Steuer, deren Bemessungsgrundlage von der Staatssteuer aber abweicht (Wertschöpfung, nicht Gewinn!).

## Übersicht 2: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2002<sup>1</sup>

Staaten		Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge	Spitzensteuersatz beginnt ab zu versteuerndem Einkommen	in Euro <sup>2</sup>
<b>EU-Staaten</b>				
Belgien	Staat	55 %	43 800 €	43 800
	Gemeinden und Verbände			
	7,5 % Zuschlag auf Staatssteuer	4,13 %		
	1 % Krisensteuer auf Staatssteuer	0,55 %		
	<b>insgesamt</b>	<b>59,68 %</b>		
Dänemark	Plafond (höchstens)	59 %	285 200 dkr	38 400
Deutschland		48,5 % <sup>3</sup>	55 007 €	55 007
	5,5 % Solidaritätszuschlag auf Steuer	2,67 %		
	<b>insgesamt</b>	<b>51,17 %</b>		
Finnland	Staat	36 % <sup>4</sup>	54 700 €	54 700
	Gemeinden	16,5 % <sup>4</sup>		
	<b>insgesamt</b>	<b>52,5 %</b>	54 700 €	54 700
Frankreich	Staat	52,75 %	46 343 €	46 343
	Zuschlag Sozialsteuern	8,00 %		
	<b>insgesamt</b>	<b>60,75 %</b>		
Griechenland		40 %	23 400 €	23 400
Irland		42 %	28 000 €	28 000
Italien	Staat <sup>5</sup>	45 %	69 722 €	69 722
	Regionen <sup>6</sup>	1,15 %		
	<b>insgesamt</b>	<b>46,15 %</b>		
Luxemburg	Staat	38 %	34 500 €	34 500
	Zuschlag 2,5 % des Steuerbetrags für Arbeits- losenfonds	0,95 %		
	<b>insgesamt</b>	<b>38,95 %</b>		
Niederlande		52 % <sup>7</sup>	47 745 €	47 745
Österreich		50 %	50 870 €	50 870
Portugal		40 %	51 251 €	51 251
Schweden	Staat	25 % <sup>8</sup>	414 200 skr	43 102
	Gemeinden	31 % <sup>8</sup>		
	<b>insgesamt</b>	<b>56 %</b>		
Spanien		48 %	67 434 €	67 434
Vereinigtes Königreich		40 %	29 400 £	47 939

## noch Übersicht 2: Einkommensteuerspitzensatz des Zentralstaats und der Gebietskörperschaften 2002<sup>1</sup>

Staaten		Spitzensteuersatz Staat + Gebietskörperschaften + sonstige Zuschläge	Spitzensteuersatz beginnt ab zu versteuerndem Einkommen	in Euro <sup>2</sup>
<b>Andere Staaten</b>				
Japan	Staat	37 %	18 Mio. Yen	154 759
	Präfekturen	3 %	7 Mio. Yen	60 184
	Gemeinden	10 %	7 Mio. Yen	60 184
	<b>insgesamt<sup>9</sup></b>	<b>50 %</b>	–	–
Kanada (nach Provinzen und Territorien unter- schiedlich, hier: Ontario)	Bund	29 %	103 000 can \$	67 175
	Provinz Ontario	17,4 %	66 163 can \$	43 151
	<b>insgesamt</b>	<b>46,4 %</b>	<b>103 000 can \$</b>	<b>67 175</b>
Schweiz (nach Kantonen und Gemeinden unter- schiedlich, hier Kanton/ Gemeinde Zürich)	Bund	11,5 %	603 000 sfr	411 998
	Kanton und Gemeinde	29,51 %	224 300 sfr	146 276
	<b>insgesamt</b>	<b>41,01 %</b>	<b>603 000 sfr</b>	<b>411 998</b>
USA (nach Einzelstaaten, Gemeinden und Bezirken unterschiedlich, hier Staat und Stadt New York)	Bund	38,6 %	297 350 \$	304 101
	Staat New York	6,85 % <sup>10</sup>	20 000 \$	20 454
	Stadt New York	3,2 % <sup>10</sup>	50 000 \$	51 135
	<b>insgesamt</b>	<b>44,77 %</b>	<b>297 350 \$</b>	<b>304 101</b>

<sup>1</sup> Grundtarif für Alleinstehende, sofern es verschiedene Tarife nach dem Familienstand gibt; auf Einkommen des Jahres 2000 bzw. 2001. Ohne Sondersteuern auf bestimmte Einkünfte (z. B. Kapitaleinkünfte).

<sup>2</sup> Soweit erforderlich erfolgt die Umrechnung der Landeswährungen über Umsatzsteuer-Umrechnungskurse August 2002.

<sup>3</sup> Spitzensteuersatz 2005: 42 % + 5,5 % Solidaritätszuschlag = 44,31 %; Spitzensteuersatz beginnt ab zu versteuerndem Einkommen: 52 152 €.

<sup>4</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staatssteuer mit einem Steuersatz von 29 %, nicht der Gemeindesteuer.

<sup>5</sup> Zuzüglich lokale Steuer auf produktive Tätigkeiten von 4,25 % der Wertschöpfung (nicht Gewinn!).

<sup>6</sup> Unterschiedliche Zuschläge zwischen 0,9 % und 1,4 %, hier Durchschnitt. Zusätzlich Gemeindezuschlag bis zu 0,5 % möglich; hier nicht berücksichtigt, da selten.

<sup>7</sup> Hier nur Tarif auf Arbeitseinkommen und den Nutzungswert selbstgenutzten Wohnraums; 25 % auf Einkünfte aus wesentlichen Beteiligungen. Keine Einkommensteuer i. e. S. auf Kapitaleinkünfte; stattdessen 30 % auf einen fiktiven Ertrag von 4 % des Reinvermögens.

<sup>8</sup> Steuersatz für Erwerbseinkünfte; Kapitaleinkünfte unterliegen nur der Staatssteuer mit einem Steuersatz von 30 %, nicht der Gemeindesteuer.

<sup>9</sup> Steuerabsetzbetrag: 20 % der staatlichen Einkommensteuer jährlich, höchstens 250 000 Yen (2 149 €); 15 % der Steuer der Präfekturen und Gemeinden, höchstens 40 000 Yen (344 €).

<sup>10</sup> Abzugsfähig bei Bundessteuer.

– Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

## Übersicht 3: Vermögensteuern 2002 für natürliche und juristische Personen

Staaten	Steuersätze <sup>1</sup>		Natürliche Personen Persönliche Freibeträge <sup>2</sup> Nationale Währung	€ <sup>3</sup>	Absetzbar bei Ein- kommen- steuer	Juristische Personen Steuersätze <sup>1</sup>	Absetzbar bei Körperschaft- steuer
EU-Staaten							
Finnland	80 € 0,9 %	bis 185 000 € über 185 000 €	185 000 € allgemein	185 000	nein <sup>4</sup>	–	–
Frankreich <sup>5, 6</sup>	0 % 0,55 % 0,75 % 1,00 % 1,30 % 1,65 % 1,80 %	bis 0,72 Mio. € von 0,72 Mio. € bis 1,16 Mio. € von 1,16 Mio. € bis 2,30 Mio. € von 2,30 Mio. € bis 3,60 Mio. € von 3,60 Mio. € bis 6,90 Mio. € von 6,90 Mio. € bis 15,00 Mio. € über 15,00 Mio. €	keine Freibeträge i. e. S.; steuerfrei 720 000 € (vgl. Spalte 2 und Anmerkung <sup>5</sup> )  152 € Abzug von der Steuerschuld je Kind unter 18	720 000   152	nein <sup>4</sup>	–	–
Luxemburg	0,5 %		2 500 € allgemein 2 500 € Ehegatte 2 500 € je Kind	2 500 2 500 2 500	nein	0,5	auf Körper- schaftsteuer anrechenbar
Schweden	1,5 %		1,5 Mio. skr allgemein 1,5 Mio. skr Ehegatte	162 181,45 162 181,45	nein	0,15 ‰ für andere juristische Personen als Kapitalgesell- schaften	entfällt
Spanien <sup>6</sup>	0,2 % 0,3 % 0,5 % 0,9 % 1,3 % 1,7 % 2,1 % 2,5 %	bis 167 129,45 € <sup>7</sup> von 167 129,45 € bis 334 252,88 € von 334 252,88 € bis 668 499,75 € von 668 499,75 € bis 1 336 999,51 € von 1 336 999,51 € bis 2 673 999,01 € von 2 673 999,01 € bis 5 347 998,03 € von 5 347 998,03 € bis 10 695 996,06 € über 10 695 996,06 €	108 182,18 € allgemein 108 182,18 € Ehegatte	108 182,18 108 182,18	nein	–	–
Andere Staaten							
Schweiz <sup>6</sup> (Beispiel Zürich)	0 % 0,1135 % 0,2270 % 0,3405 % 0,5400 % 0,5675 % 0,6810 %	bis 68 000 sfr von 68 000 sfr bis 272 000 sfr von 272 000 sfr bis 612 000 sfr von 612 000 sfr bis 1 155 000 sfr von 1 155 000 sfr bis 1 971 000 sfr von 1 971 000 sfr bis 2 786 000 sfr über 2 786 000 sfr	68 000 sfr bzw. 136 000 sfr <sup>8</sup>	46 460,78 92 921,56	nein	Kantons- und Gemeindesteuern allgemein 0,3405 %  Holdinggesell- schaften 0,0681 %	ja

## noch Übersicht 3: Vermögensteuern 2002 für natürliche und juristische Personen

Anmerkung: In Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Irland, Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich gibt es keine allgemeine Vermögensteuer. In den USA und Kanada werden auf Ebene der Gliedstaaten und Gemeinden verschiedenartige „property taxes“ erhoben. Dabei handelt es sich aber nicht um Vermögensteuern im deutschen Sinne, sondern um der Grundsteuer ähnliche Steuern, die also das persönliche Vermögen und Ähnliches nicht erfassen. In Japan gibt es eine kommunale Rohvermögensteuer.

<sup>1</sup> Ohne etwaige Sondersteuersätze.

<sup>2</sup> Ohne Sonderfreibeträge, z. B. für Alter, Invalidität und bestimmte Vermögensarten.

<sup>3</sup> Umsatzsteuerumrechnungkurs August 2002.

<sup>4</sup> Jedoch Plafond: Finnland für Einkommen- und Vermögensteuer sowie Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung zusammen 70 % des zu versteuernden Einkommens, Frankreich für Einkommen- und Vermögensteuer zusammen 85 % des Bruttoeinkommens des Vorjahrs.

<sup>5</sup> Betriebsvermögen, Kunstwerke und Antiquitäten sind steuerfrei.

<sup>6</sup> Progressive Teilmengenstaffelung.

<sup>7</sup> Sofern keine anderen Regelungen durch die autonomen Regionen.

<sup>8</sup> 68 000 sfr (46 460,78 €) für Ledige; bei Eheleuten und Alleinstehenden mit Kind/ern erhöht sich die „Nullzone“ im Tarif auf 136 000 sfr (92 921,56 €); dementsprechend erhöht sich die Teilmengenstaffelung des Tarifs um jeweils 68 000 sfr bis auf 2 854 000 sfr (1 949 986,34 €).

– Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

## Übersicht 4: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten

(Stand: 1. Juli 2002)

Staaten <sup>1</sup> (System der Umsatzsteuer)	Bezeichnung der Umsatzsteuer	Steuersätze in %		
		Normalsatz	ermäßigte Sätze <sup>2</sup>	Nullsatz <sup>3</sup>
EU-Staaten (Mehrwertsteuer)				
Belgien	taxe sur la valeur ajoutée (TVA) oder belasting over de toegevoegde waarde (BTW)	21	1; 6; 12	ja <sup>4</sup>
Dänemark	omsaetningsavgift (MOMS)	25	–	ja <sup>4</sup>
Deutschland	Umsatzsteuer	16	7	–
Finnland	arvonlisävero (AVL) oder mervärdesskatt (ML)	22	8; 17	ja
Frankreich	taxe sur la valeur ajoutée (TVA)	19,6	2,1; 5,5	–
Griechenland	foros prostithemenis axias (FPA)	18	4; 8	ja
Irland	value added tax (VAT)	21	4,3; 12,5	ja
Italien	imposta sul valore aggiunto (IVA)	20	4; 10	ja <sup>5</sup>
Luxemburg	taxe sur la valeur ajoutée (TVA)	15	3; 6; 12	–
Niederlande	omzetbelasting (OB) oder belasting over de toegevoegde waarde (BTW)	19	6	–
Österreich	Umsatzsteuer	20	10; 12	–
Portugal	imposto sobre o valor acrescentado (IVA)	19	5; 12	–
Schweden	mervärdeskatt (ML)	25	6; 12	ja
Spanien	impuesto sobre el valor añadido (IVA)	16	4; 7	–
Vereinigtes Königreich	value added tax (VAT)	17,5	5	ja
Beitrittskandidaten (Mehrwertsteuer)				
Bulgarien	Dana Dobavena Stoynost (DDS)	20	–	ja
Estland	Käibemaks	18	5	ja <sup>4</sup>
Lettland	Pievienotas vertibas nodoklis	18	–	ja
Litauen	Pridėtinės vertės mokestis	18	–	–
Malta	value added tax (VAT)	15	5	ja
Polen	Podatek od tomarów i usług	22	3; 7; 12	ja
Rumänien	Taxa pe valoarea adăugată	19	11	ja
Slowakische Republik	daň z pridanej hodnoty	23	10	–
Slowenien	Davek na dodano vrednost	20	8,5	–
Tschech. Republik	Daňi z přidané hodnotý	22	5	–
Ungarn	Általános forgalmi adó	25	12	ja
Zypern <sup>6</sup>	foros prostithemenis axias (FPA)	10	–	ja
Andere Staaten				
Japan	(Mehrwertsteuer) Shohizei Ho	5	–	–
Kanada				
Bund	(Mehrwertsteuer) federal sales tax (FST)	7	–	ja
Provinzen	(Einzelhandels-umsatzsteuer) provincial sales taxes (PST)	0 bis 10 <sup>8</sup>	–	–
Norwegen	(Mehrwertsteuer) merverdiavgift (MVA)	24	12	ja
Schweiz	(Mehrwertsteuer) Mehrwertsteuer (MWSt)	7,6	2,4; 3,6	–
Türkei	(Mehrwertsteuer) Katma deger vergisi (KDV)	18 <sup>7</sup>	1; 8	ja



## noch Übersicht 4: Umsatzsteuersätze in wichtigen Staaten

(Stand: 1. Juli 2002)

- <sup>1</sup> Ohne regionale Sondersätze.
  - <sup>2</sup> Insbesondere für bestimmte Warengruppen des lebensnotwendigen Bedarfs und für bestimmte Dienstleistungen im Sozial- und Kulturbereich.
  - <sup>3</sup> Nullsatz = Steuerbefreiung mit Vorsteuerabzug; wird hier nur erwähnt, sofern er außer für Ausfuhrumsätze auch für bestimmte Inlandumsätze gilt.
  - <sup>4</sup> Für Zeitungen.
  - <sup>5</sup> Für Baugrundstücke, Rohgold, Metallabfälle.
  - <sup>6</sup> Nur griechischsprachiger Teil.
  - <sup>7</sup> Erhöhte Sätze: 26 % auf Luxusgegenstände, Kabel-TV, Telefonservice, Telefax, Handy; 40 % für Lieferung und Leasing spezieller Autos.
  - <sup>8</sup> In einigen Provinzen zählt die Bundesumsatzsteuer zur Bemessungsgrundlage; Bundes- und Provinzumsatzsteuern zusammen daher 7 % bis 17,7 %; „harmonisierte“ Umsatzsteuer des Bundes und der Provinzen (harmonized sales tax) 15 % in den Provinzen Neubraunschweig, Neufundland und Nova Scotia.
- Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet –

## Übersicht 5: Vermögen- und Erbschaftsteuern in den OECD-Staaten

Stand 2002

Staaten	Vermögensteuer <sup>1</sup>	Erbschaftsteuer <sup>2</sup>
Australien	–	–
Belgien	–	✓
Dänemark	–	✓
Deutschland	–	✓
Finnland	✓	✓
Frankreich	✓	✓
Griechenland	–	✓
Irland	–	✓
Island	–	✓
Italien	–	–
Japan	–	✓
Kanada	–	–
Korea	–	✓
Luxemburg	✓	✓
Mexiko	– <sup>3</sup>	–
Neuseeland	–	–
Niederlande	– <sup>4</sup>	✓
Norwegen	✓	✓
Österreich	–	✓
Polen	–	✓
Portugal	–	✓
Schweden	✓	✓
Schweiz	✓ (Kantone und Gemeinden)	✓ (Kantone und Gemeinden)
Slowakische Republik	–	✓
Spanien	✓	✓
Tschechische Republik	–	✓
Türkei	–	✓
Ungarn	–	✓
USA	–	✓ <sup>5</sup>
Vereinigtes Königreich	–	✓

– = Nicht vorhanden.

✓ = Vorhanden.

<sup>1</sup> Vermögensteuern natürlicher Personen; ohne Grundsteuern oder ihnen ähnliche andere Steuern (wie z. B. die property taxes in Australien, Japan, Kanada, USA).

<sup>2</sup> Ohne die von mehreren Staaten im Rahmen ihrer Einkommensteuern besteuerten fiktiven Veräußerungsgewinne eines Erblassers bzw. Schenkungsgebers bei Vermögensübertragung (Australien, Kanada).

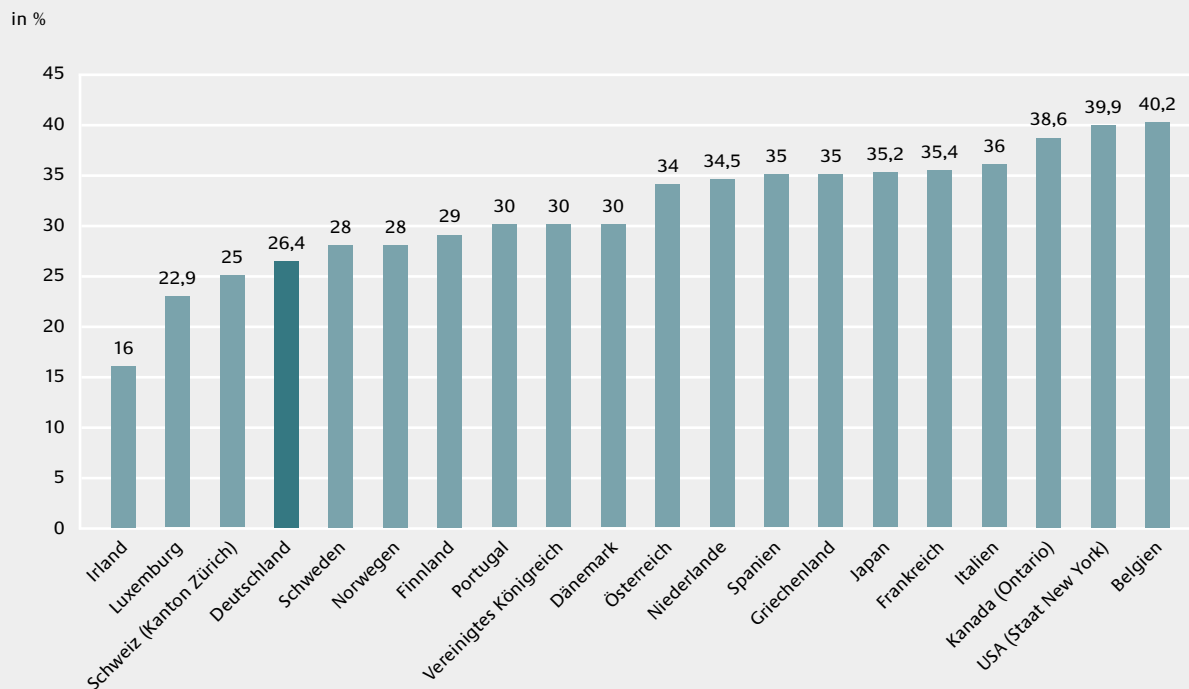
<sup>3</sup> Aber auf die Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbare Betriebsvermögensteuer.

<sup>4</sup> Aber Sollertragsbesteuerung des Reinvermögens im Rahmen der Einkommensteuer.

<sup>5</sup> Soll auf Bundesebene ab 2011 abgebaut werden.

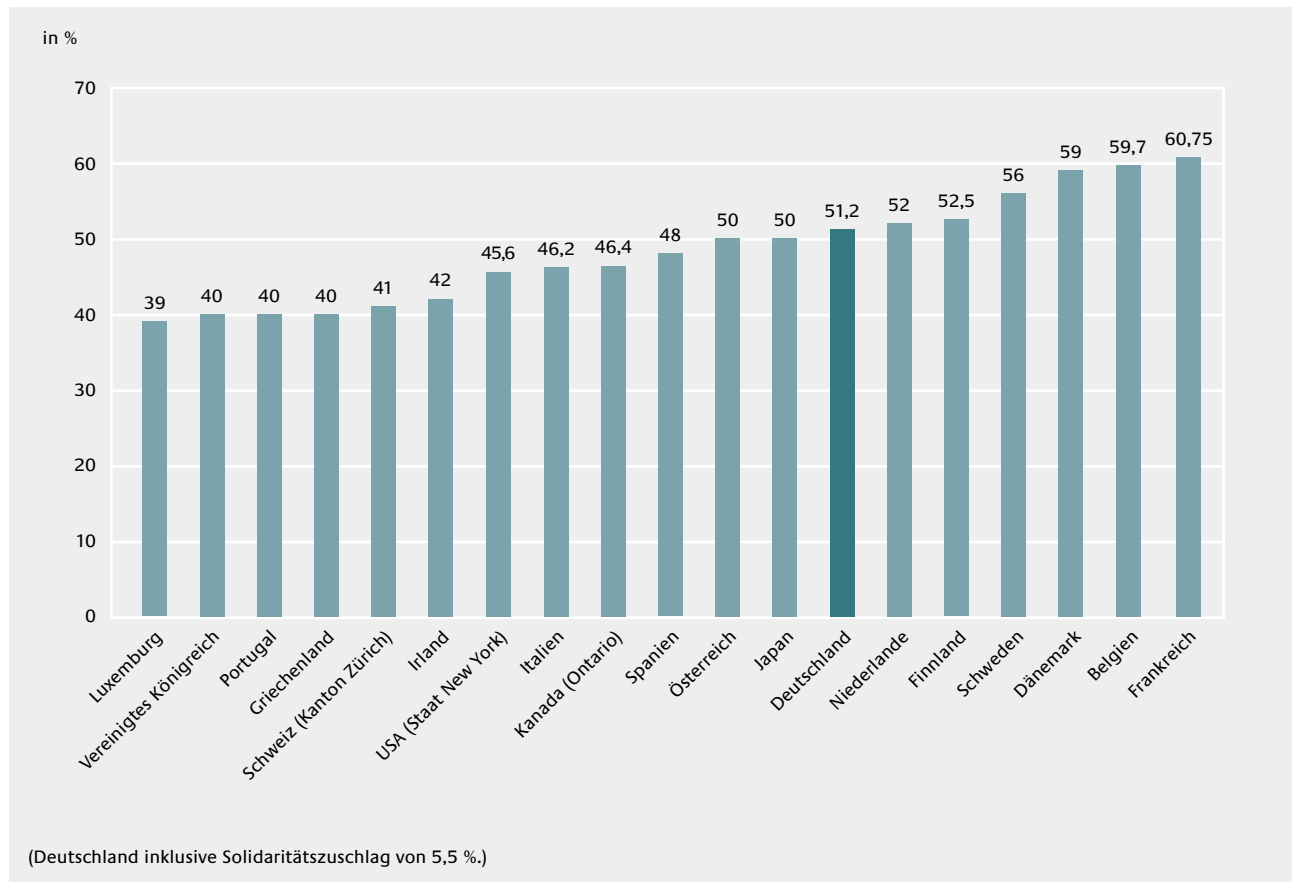
Quelle: OECD u. a.

## Grafik 1: Körperschaftsteuersätze 2002 (einschließlich Körperschaftsteuern der nachgeordneten Gebietskörperschaften)

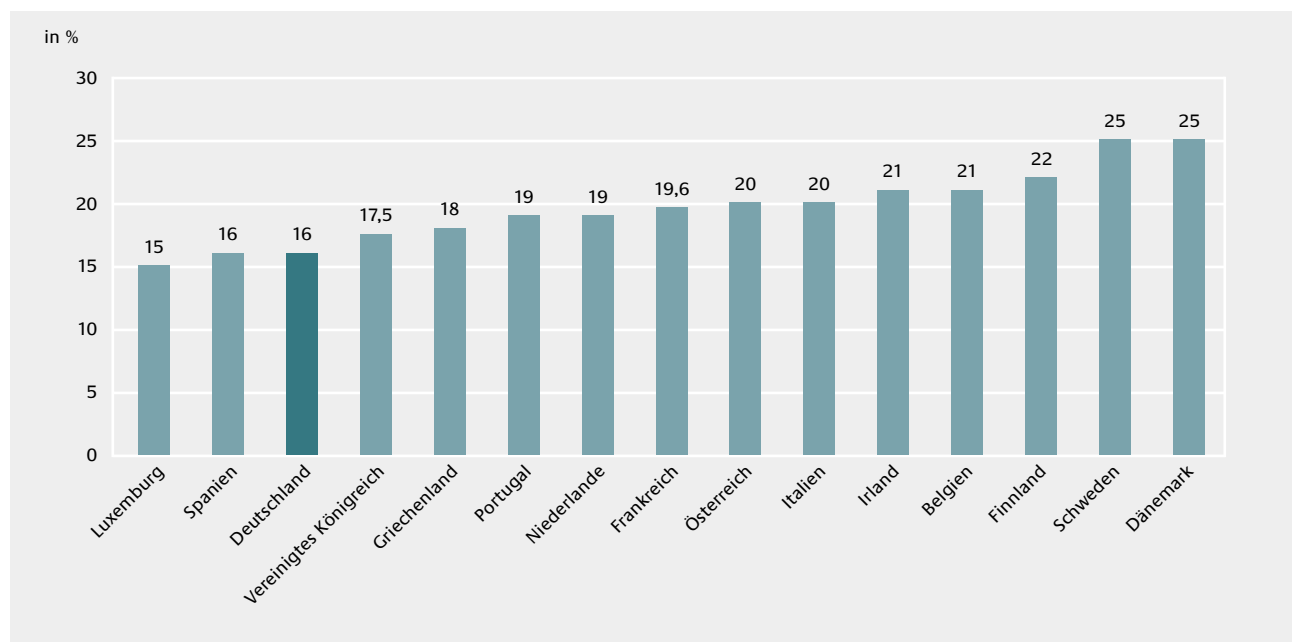


Alle Staaten inklusive Zuschlagsteuern, ohne Gewerbesteuer oder vergleichbare Steuern.

## Grafik 2: Einkommensteuerspitzensätze 2002



## Grafik 3: Allgemeine Umsatzsteuersätze 2002 in den Staaten der EU



# Europäischer Vergleich der Steuer- und Abgabensysteme für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen

**Forschungsgutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen**

Bearbeiter: Uwe Kunert, Hartmut Kuhfeld, Stefan Bach, Abdulkerim Keser

## Vorwort

Im europäischen Raum bestehen hinsichtlich der fiskalischen Belastungen für den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen erhebliche Unterschiede. Dabei zeigen sich die Differenzen nicht nur in einer unterschiedlichen Gewichtung der Steuer- und Abgabenbelastung, sondern auch in der unterschiedlichen Ausgestaltung der einzelnen relevanten Besteuerungskomponenten wie z. B. Bemessungsgrundlage und Steuertarif.

Die Kfz-bezogenen Steuern sind seit geraumer Zeit Gegenstand intensiver Diskussionen auf innerstaatlicher wie auf EU-Ebene. Reformvorschläge reichen bei der Kraftfahrzeugsteuer von einer verstärkten ökologischen Ausrichtung bis hin zur Abschaffung. Dies gilt auch für die Mineralölsteuer, für die einerseits eine Absenkung aufgrund des gestiegenen Ölpreises und andererseits eine weitere Anhebung unter ökologischen Aspekten gefordert wird. Die EU-Kommission hat im September 2002 eine Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament über Ansätze und Möglichkeiten zur Annäherung der

Besteuerung von Personenkraftwagen vorgelegt.

Für die Diskussion vieler verkehrs- und wettbewerbspolitischer Fragestellungen ist eine vergleichende Darstellung und Beurteilung der Belastungskomponenten im europäischen Raum notwendig. Das vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen erstellte Gutachten erfüllt diese Anforderung. Das Bundesministerium der Finanzen ist verantwortlich für die Problem- und Themenstellung; die Verantwortung für die empirische Analyse sowie die Datenreihen liegt bei den Bearbeitern des DIW.

## Kurzfassung des Gutachtens

Erwerb, Besitz und Betrieb von Kraftfahrzeugen unterliegen einer Vielzahl von fiskalischen Belastungen, die in ihrer Zielsetzung, Art und Ausgestaltung international sehr verschieden sind. Daher ist bislang eine vergleichende Darstellung und Beurteilung der Belastungskomponenten, wie sie für viele verkehrs- und wettbewerbspolitische Fragestellungen erforderlich ist, nur schwer möglich. Vor diesem Hintergrund hat das Bundesministerium der Finanzen dem DIW Berlin den Auftrag erteilt, einen systematischen Überblick über die Arten und die Höhe der Abgaben in europäischen Ländern zu erstellen und diese Informationen datentechnisch so aufzubereiten, dass für ausgewählte Fahrzeugkategorien aussagekräftige Darstellungen der gesamten Abgabenbelastung möglich sind.

In dieser Studie werden mit der Umsatzsteuer, der Zulassungssteuer, der Kfz-Steuer, der Versicherungssteuer und der Mineralölsteuer fast alle Abgaben auf den Erwerb, das Inverkehrbringen und die Nutzung von Kraftfahrzeugen berücksichtigt. Erfasst werden auch Verwaltungsgebühren, die einmalig oder periodisch fällig sein können. In diese Untersuchung einbezogen wurden die 15 Mitgliedstaaten der EU, die Schweiz, Norwegen sowie die vier assoziierten Staaten Polen, die

Tschechische Republik, Ungarn und Slowenien (Übersicht 1, S. 74).

Nach einem systematischen Überblick der existierenden Abgabearten und ihrer Ausgestaltung in den Untersuchungsländern (Übersicht 2, S. 74) wurden diese Informationen weiter gehend detailliert aufbereitet, um die konkrete Abgabenbelastung ausgewählter Fahrzeuge in den Ländern berechnen zu können. In Datenbanken wurden alle Informationen zur formalen Inzidenz der Belastung von Kraftfahrzeugen zusammengestellt. In den Dateien werden die Fahrzeugmerkmale mit den relevanten Besteuerungsgrundlagen verknüpft. Basierend auf diesen Informationen werden fixe und variable Kostenbestandteile für ausgewählte Fahrzeuge (22 Pkw-Modelle, 8 Lkw-Modelle) ermittelt und dargestellt.

Um einen aussagekräftigen Ländervergleich der Abgabensysteme zu erhalten, ist eine Reihe von Annahmen zu treffen, die für alle betrachteten Länder gleichermaßen gelten. Die einmaligen Abgaben werden für Pkw entsprechend dem durchschnittlichen Wertverlust in den ersten vier Jahren verteilt, bei den gewerblichen Fahrzeugen werden die einmaligen Abgaben auf sechs Jahre umgelegt. Für die Berechnungen wird angenommen, dass die betrachteten Pkw privat, die betrachteten Lkw gewerblich gehalten werden. Die ermittelten Abgaben beziehen sich auf die für Neufahrzeuge jährlich beim Erstbesitzer entstehenden Abgaben. Die in den Ländern unterschiedliche Höhe der Neuwagenpreise wird bei der Berechnung der Umsatzsteuer und der Zulassungssteuer berücksichtigt. Im Ergebnis bietet diese Untersuchung eine systematische Bestandsaufnahme der Abgaben, gegliedert nach Ländern und den relevanten Komponenten.

In den untersuchten Ländern kommen prinzipiell Steuern zur Anwendung, die einmalig in Verbindung mit dem Kauf und der Zulassung von Fahrzeugen anfallen, solche, die an den Besitz oder das Halten geknüpft periodisch zu entrichten sind, und solche, die in Abhängigkeit vom Ausmaß

der Nutzung entstehen. Beim Erwerb eines Kfz werden in allen 21 hier betrachteten Ländern Umsatzsteuern mit Sätzen von 7,6 bis 25 % erhoben. Diese Steuersätze gelten mit vier Ausnahmen auch für die Umsatzsteuer beim Kauf von Kraftstoffen. Mit der Zulassung von Kraftfahrzeugen sind in 15 Ländern Steuern und in 13 Ländern Gebühren zu zahlen. Zulassungssteuer und -gebühr, Kraftfahrzeugsteuer und Versicherungssteuer werden nicht für alle Fahrzeugkategorien erhoben und können verschieden ausgestaltet sein. Periodisch zu leistende Kraftfahrzeugsteuern existieren in allen 21 Ländern und eine Steuer auf die Versicherungsprämien in 17 Staaten. Alle betrachteten Länder erheben eine Steuer auf Kraftstoffe.



Mit dem **Erwerb und der erstmaligen Zulassung eines neuen Pkw** sind in allen Ländern einmalige Abgaben zu entrichten. Dies ist zumindest die Umsatzsteuer, deren Basis in fast allen Ländern der Netto-Rechnungspreis, in vier Ländern jedoch der Nettopreis plus der jeweiligen Zulassungssteuer ist. In vier Ländern zahlt der Fahrzeughalter bei der Zulassung des Weiteren nur moderate Gebühren, jedoch keine Zulassungssteuer. In den weiteren 15 Staaten ist neben der Umsatzsteuer beim Erwerb des Autos bei der Zulassung eine Steuer zu leisten, in acht Fällen zusätzlich eine Zulassungsgebühr. Insgesamt lassen sich mindestens zehn verschiedene Bemessungsgrundlagen und Kombinationen bei der Zulassungssteuer unterscheiden. Am häufigsten sind dabei der Kaufpreis des Fahrzeugs und das Motorvolumen von Bedeutung. Sieben Länder berücksichtigen mit dem Kraftstoffverbrauch, der Abgasstufe oder der Sicherheitsausstattung der Autos ökologische Aspekte in den Bemessungsgrundlagen. In vier Ländern erfolgt eine

Umrechnung der technischen Merkmale der Fahrzeuge (Engine Rating), um eine modifizierte Bemessungsgrundlage zu bestimmen (z. B. Fiscal Horsepower).

Die Zulassungsteuer ist in zehn Ländern eine Wertsteuer auf den Nettopreis oder den Bruttopreis. Dabei gibt es in allen zehn Ländern, die eine Wertsteuer anwenden, einen zweidimensionalen Tarif oder einen Abschlag auf die Bemessungsgrundlage, die von den Merkmalen des Fahrzeugs abhängig sind. Als Mengensteuer ist die bei der Zulassung fällige Abgabe in vier Staaten ausgestaltet. Über alle Länder betrachtet, reicht die Höhe der auf ein Jahr umgelegten Zulassungsabgaben für ein Fahrzeug der Mittelklasse bis zu etwa 3 000 €. In den zwölf Ländern, die eine Verwaltungsgebühr bei der Zulassung von Personenkraftwagen erheben, beträgt diese 9 bis 172 €.

Im Vergleich zu den Pkw stellt sich international die Ausgestaltung der **Zulassungsteuer für Lastkraftwagen** einfacher dar. Neben der Umsatzsteuer beim Kauf wird nur in drei Mitgliedstaaten und einem weiteren Land eine Steuer für die Verkehrszulassung von Lkw erhoben, Gebühren sind damit in 13 Ländern verbunden. Der auf ein Jahr anzurechnende Anteil der Zulassungsteuer reicht für die hier gewählten Fahrzeuge bis zu über 4 000 €. Die Höhe der Zulassungsgebühren ist in den meisten Ländern unabhängig vom Fahrzeugtyp, für Lkw liegen sie bei 9 bis 250 €.

**Transporter** sind für eine gewerbliche Nutzung oder zum Gütertransport ausgelegt bzw. weisen im Vergleich zum Pkw ein höheres Gewicht auf. Für dieses Fahrzeugsegment gibt es in den Ländern verschiedene Bezeichnungen und unterschiedliche Abgrenzungen. Daraus ergibt sich, dass ein Fahrzeug der mittleren Gewichtsklassen in verschiedenen Ländern unterschiedlichen Fahrzeuggruppen zugerechnet wird und damit unterschiedlichen Besteuerungssystematiken unterliegen kann. In neun der untersuchten Staaten wird auf die Zulassung von leichten Nutzfahrzeugen eine Steuer erhoben, die in fünf Län-

dern als Wertsteuer und in vier Ländern als Mengensteuer ausgestaltet ist. Je nach den relevanten Abgrenzungsmerkmalen können in den Ländern zu dem Fahrzeugsegment der Transporter gewisse Pkw-Kombi, die leichten Lkw und die mittelschweren Lkw gerechnet werden. In 13 Ländern werden bei der Anmeldung von Transportern Gebühren erhoben.

Der Halter eines zum Verkehr zugelassenen Personenkraftwagens hat in fast allen hier betrachteten Staaten periodische Steuern zu entrichten. Eine **Kraftfahrzeugsteuer auf Pkw** besteht – außer in Polen – in allen Ländern, allerdings werden in Frankreich von 2001 an private Halter nicht mehr besteuert. Zusätzlich sind in 17 der untersuchten Staaten Steuern auf die Prämien der Haftpflichtversicherung zu zahlen, die 2 bis 50 % betragen können und die in einigen Ländern bei bestimmten Fahrzeugarten noch um steuerähnliche Abgaben ergänzt werden (Übersicht 2).

In den europäischen Ländern lassen sich bei den Personenkraftwagen acht verschiedene Bemessungsgrundlagen identifizieren, die unterschiedlich kombiniert werden. Geringer Kraftstoffverbrauch und modernes Abgasverhalten werden in acht Ländern bei der Kfz-Steuer honoriert. Zusätzlich ist für die Festlegung der Kfz-Steuer in vier Ländern das Ergebnis des „Engine Rating“ für die Bemessung der Steuer relevant. Am häufigsten spielen die Antriebsart und der Hubraum für die Höhe der Steuer eine Rolle, wobei die Antriebsart (Otto vs. Diesel) eine Zweiteilung des Tarifs eröffnet, während z. B. innerhalb einer Antriebsart der Steuersatz nach dem Hubraum gestaffelt ist. Für ein Fahrzeug der Mittelklasse hat in den hier betrachteten Ländern der Halter jährlich bis zu 600 € Kfz-Steuer zu entrichten.

Auch für **Lastkraftwagen** finden sich in den untersuchten Ländern unterschiedliche Bemessungsparameter für die Kfz-Steuer, jedoch sind in allen Ländern das Leergewicht, das zulässige Gesamtgewicht oder die Nutzlast die entscheidende Bemessungsgrundlage. Weitere bestimmende

Faktoren sind die Anzahl der Achsen, über die das Gewicht auf die Fahrbahn gebracht wird, und die technische Ausführung der Achskonstruktion, insbesondere die Luftfederung. Zusätzlich zur Kfz-Steuer werden auf die Haftpflichtprämien eine Versicherungsteuer und steuerähnliche Abgaben erhoben. In der Mehrheit der Länder gelten für die Kraftfahrzeugsteuer auf leichte Nutzfahrzeuge auch die für Lkw gültigen Bemessungsgrundlagen. Daher ist das Fahrzeuggewicht oder die Nutzlast in 19 der 21 Länder ein steuerrelevantes Merkmal für Transporter. Die Kfz-Steuer für die Nutzfahrzeuge zeigt über die betrachteten Länder starke Unterschiede: Für den schweren Sattelzug reichen die Werte recht kontinuierlich von 270 bis zu annähernd 4 000 €, für den leichteren Lkw von knapp 100 bis zu 750 €. Auf den Transporter wird in Polen keine Kfz-Steuer erhoben, für die weiteren Länder reicht die Spanne von 30 bis zu 635 €.

Die **Abgaben auf Kraftstoffe** sind die direkt mit der Nutzung von Kraftfahrzeugen verbundenen staatlichen Belastungen, sie bestehen aus der Mineralölsteuer, sonstigen Abgaben auf Mineralöl und der Umsatzsteuer. Mineralölsteuer und Umsatzsteuer werden in allen hier betrachteten Staaten erhoben. Bei aktuellen Verbraucherpreisen von 0,80 bis 1,22 € machen die Abgaben bei unverbleitem Euro-Super in den Mitgliedstaaten 56 bis 76 % aus. Für Dieselmotorkraftstoff liegen die Tankstellenpreise bei 0,65 bis 1,26 €, der Anteil der gesamten Abgaben beträgt hier 52 bis 74 %. In den 15 EU-Ländern beläuft sich der Steuersatz auf Super-Benzin derzeit auf 0,33 bis 0,74 €, auf Dieselmotorkraftstoff sind es 0,25 bis 0,74 €. Zusätzlich wird die Umsatzsteuer mit Sätzen von 7,6 bis 25 % auf den Produktpreis einschließlich der Mineralölsteuer erhoben.

Die vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten der erstellten Datenbanken zur Berechnung der Abgaben auf Pkw und Lkw werden anhand einiger repräsentativer Beispiele für die Bereiche Pkw und Lkw illustriert. Unter den gesetzten Annahmen (u. a. 15 000 km Fahrleistung pro Jahr) ergibt sich

für die 21 Länder eine Spanne der jährlichen Abgaben für einen **Pkw** der unteren Mittelklasse in den ersten vier Nutzungsjahren von 770 € in Luxemburg bis zu 3 700 € in Dänemark. Bei den sieben Ländern am oberen Rand der Abgabenbelastung – insbesondere bei Dänemark – spielt die Zulassungsteuer eine herausragende Rolle (Übersicht 3, S. 75). Die Zulassungsteuer weist im Vergleich der Abgabekomponenten die größte Variation zwischen den Ländern auf. Erwartungsgemäß differenziert hingegen die Umsatzsteuer auf den Fahrzeugkauf die Abgaben zwischen den Ländern nur sehr gering. Die Umsatzsteuer auf den Kraftstoff als sechste Abgabekomponente ist in der Mehrheit der Länder unter den geltenden Annahmen höher als die Kfz-Steuer. Diese Aussage gilt auch noch bei einer geringeren Fahrleistung von 12 000 Kilometer.

Betrachtet man die Rangfolge der Abgaben auf Pkw für die 21 Länder, so erkennt man ein breites Mittelfeld von etwa der Hälfte der Länder, für die die Abgabensumme in einem engen Bereich von 1 000 bis 1 300 € liegt. Hinsichtlich der auf Fahrzeugerwerb und -haltung ausgerichteten Abgaben liegt Deutschland im Mittelfeld. Die Abgabenbelastung des Kraftstoffverbrauchs wird hingegen nur von drei Ländern übertroffen. In der Rangfolge der gesamten Abgabenbelastung liegt Deutschland damit im Mittelfeld: In dieser Beispielrechnung weisen acht Länder geringere und zwölf Länder höhere Abgaben auf.

Die hier aufgezeigten Unterschiede zwischen den Ländern sind natürlich vom Fahrzeugsegment und der unterstellten Nutzungsintensität abhängig. Über die Fahrzeugsegmente bei gleicher jährlicher Fahrleistung (hier 15 000 Kilometer) betrachtet, verändern sich die Positionen der Länder in der Rangfolge nur wenig. Allerdings fällt auf, dass die relative Abgabenposition Deutschlands mit zunehmender Fahrzeuggröße günstiger wird.

Beispielhaft für die im internationalen Straßen-güterverkehr eingesetzten **Nutzfahrzeuge** werden



die Abgaben für einen Lkw-Lastzug Mercedes Actros 2540 LL mit einem Zweiachs-Pritschenanhänger bei einer Jahresfahrleistung von 135 000 Kilometer und den derzeit geltenden Kraftstoffpreisen berechnet. Mit den getroffenen Annahmen ergibt sich die in der Übersicht 4, S. 76, dargestellte Rangfolge der Abgabenbelastung, die sich in einer Spanne von knapp 11 000 € in Luxemburg bis zu gut 34 000 € in Großbritannien bewegt. Mehr als die Hälfte der Länder bilden ein breites Mittelfeld um die Abgabensumme von 15 000 €. Für fast alle Länder weist die Mineralölsteuer eine überraschende Bedeutung von annähernd oder über 90 % der Abgabensumme auf. Deutschland befindet sich im Bereich der Staaten mit hohen Abgaben, höhere Abgaben weisen nur Norwegen (um 4 %), die Schweiz (um 20 %) und Großbritannien als Inselstaat (um 60 %) auf.



Mit weiteren Auswertungen wird näher auf die Steuerspreizung über Fahrzeugmerkmale und auf die Berücksichtigung von Umweltaspekten bei der Besteuerung eingegangen. Die sich aus den Berechnungen ergebende Spreizung der Kfz-Steuer für Pkw ist in Portugal, Österreich und Belgien am höchsten: Für das Fahrzeug der Oberklasse sind das Zwölf-, Acht- bzw. Siebenfache zu entrichten wie für den Kleinwagen.

Unterschiedliche Strategien sind bei der steuerlichen Berücksichtigung umweltrelevanter Komponenten zu erkennen. Als Bemessungsgrundlage, die die vom Pkw ausgehenden Umweltbeeinträchtigungen einbezieht, ist vor allem die Einhaltung von Schadstoff-Emissionsgrenzen zu nennen (Euro2/3/4). Um eine Verminderung des Durchschnittsverbrauchs und damit die Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes im Verkehrsbereich zu

erreichen, sind in einigen Ländern Verbrauch und CO<sub>2</sub>-Emissionen als neue Bemessungsgrundlagen eingeführt worden. Unter den 15 Ländern, die eine Zulassungsteuer aufweisen, berücksichtigen sechs das Abgasverhalten oder den Kraftstoffverbrauch als eine Bemessungsgrundlage. Umweltsichtspunkte spielen in sieben der betrachteten Länder bei der Höhe der Kraftfahrzeugsteuer eine Rolle.

Beim Vergleich der Besteuerung von Pkw mit Otto- oder Dieselmotor werden die Kfz-Steuer und die Mineralölsteuer miteinbezogen. Die Abgaben auf Dieseldieselfkraftstoff sind nur in Großbritannien, der Schweiz und in Slowenien nicht niedriger als auf Benzin. Es zeigt sich über alle Länder, dass ein Dieselmotor mit sinkender Fahrzeuggröße und steigender Fahrleistung bezüglich der Abgaben günstiger abschneidet als ein mit einem Benzinmotor angetriebenes Vergleichsfahrzeug. Kleinere und mittlere Fahrzeuge mit Dieselmotor werden in den meisten Ländern über eine breite Spanne der Fahrleistungen steuerlich geringer belastet. Ein Blick auf die Anteile der Dieselfahrzeuge am Bestand bzw. an den Neuzulassungen lässt die Tendenz zu einer stärkeren Verbreitung des Dieselantriebes in den Ländern erkennen, in denen er im Vergleich zum Benzinmotor steuerlich günstig abschneidet. Die Gegenüberstellung von Bestands- und Neuzulassungsanteilen des Diesels zeigt zudem die hohe Dynamik in der Popularität des Dieselfahrzeugs in den meisten Ländern.

Dieser Überblick über die Abgaben auf Kraftfahrzeuge macht deutlich, dass es in den europäischen Ländern, insbesondere für die Personenkraftwagen, sehr verschiedene Besteuerungssysteme gibt. Dies drückt sich in der Vielzahl der Bemessungsgrundlagen und ihrer Kombinationen sowie in den unterschiedlich formulierten Tarifen für die Abgaben aus. Daraus ergeben sich sehr unterschiedliche Anteile für die fixen und die variablen Abgabekomponenten beim Pkw. Im Durchschnitt aller Länder haben die auf den Erwerb und die Zulassung eines Mittelklasse-Pkw

bezogenen Abgabekomponenten (Zulassungsteuer und -gebühr, Umsatzsteuer) einen Anteil von 42 %, die auf das Halten bezogenen (Kfz- und Versicherungssteuer) einen von 12 %, die auf die Nutzung bezogenen (Mineralölsteuer, Umsatzsteuer) Anteile machen 46 % aus. Für jede dieser Komponenten sind erhebliche Spannen zwischen den Ländern zu verzeichnen: Bei Erwerb und Zulassung reichen die Anteile von 19 bis 65 %, für das Halten

bis zu 20 % und für die Nutzung von 21 bis zu 65 %.

Bezüglich der zusammengetragenen Besteuerungsgrundlagen in den 21 Ländern bleibt anzumerken, dass die Steuersysteme laufend umgestaltet werden und daher die hier getroffenen Aussagen zwar aktuell Gültigkeit haben, aber laufend überprüft werden müssen.

## Übersicht 1: Abgaben auf Kraftfahrzeuge Systematisierung der Untersuchungskriterien

Steuern, Gebühren	Steuer-/Abgabegenstand	Besteuerungsgrundlagen	Fahrzeuggruppen	Länder
Umsatzsteuer	Erwerb	Bemessungsgrundlagen	Neuzulassungen der Fahrzeugarten	EU-15
Zulassungsteuer	Inverkehrbringen	Steuersätze	Pkw	Schweiz
Verwaltungsgebühren				Norwegen
Halterabgaben/ Kfz-Steuer	Besitz	Erstattungen auf Mineralölsteuer für Nutzfahrzeuge	Schwere Nutzfahrzeuge	Polen
Versicherungssteuer	Nutzung		Leichte Nutzfahrzeuge	Tschechien
Mineralölsteuer				Ungarn
				Slowenien

## Übersicht 2 Steuern auf Erwerb, Inverkehrbringen, Besitz und Nutzung von Kraftfahrzeugen

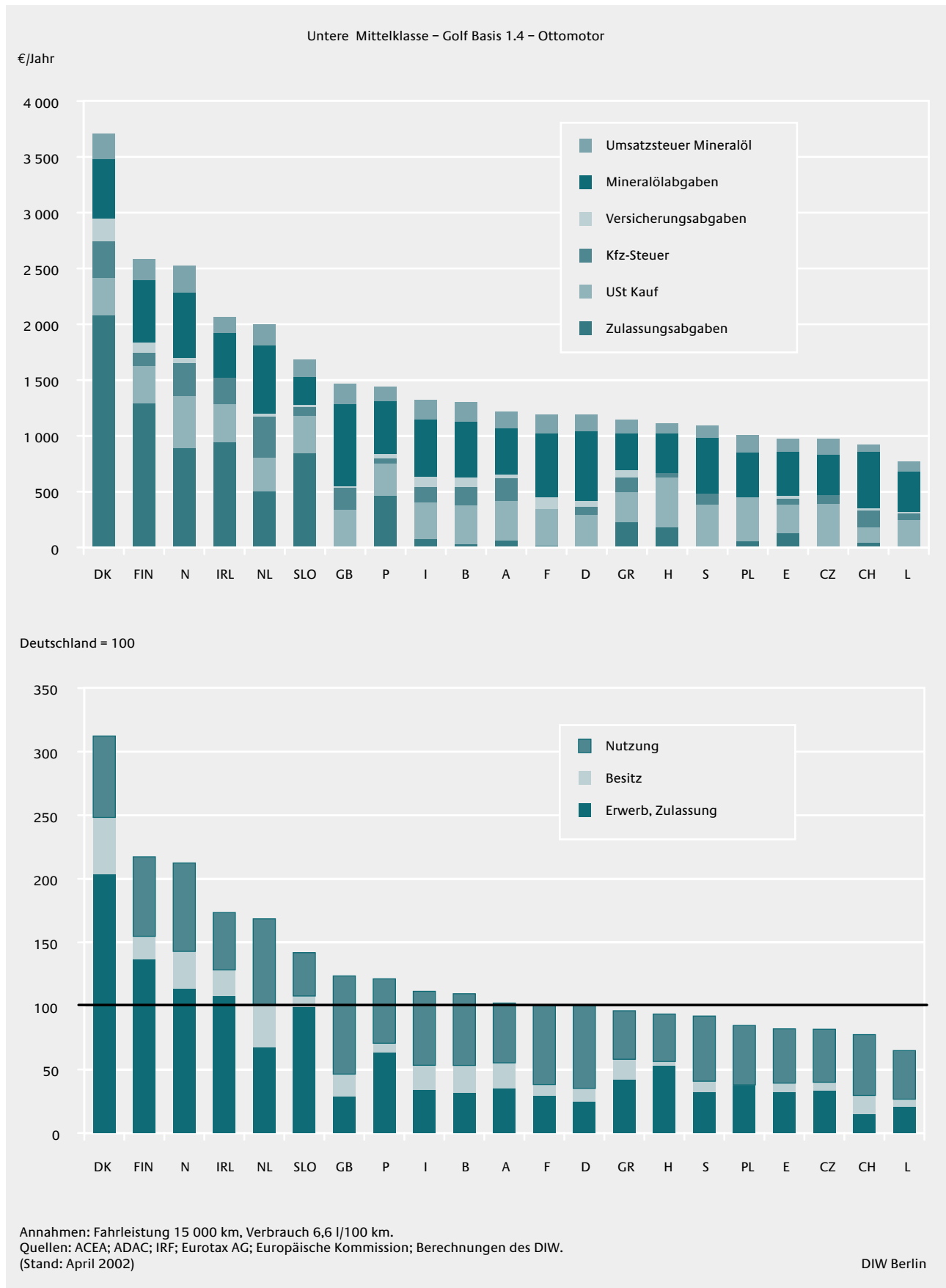
	A	B	D	DK	E	F	FIN	GB	GR	I	IRL	L	NL	P	S	CH	N	PL	CZ	H	SLO
Umsatzsteuer [%]	20	21	16	25	16	19,6	22	17,5	18	20	21	15/12	19	17/12	25	7,6	24	22	22	25/12	19/25
Zulassungsteuer (Z)	Z	Z	-	Z	Z	Z	Z	-	Z	Z	Z	-	Z	Z	-	-	Z	Z	-	Z	Z
Zulassungsgebühr (ZG)	ZG	ZG	ZG	ZG	ZG	ZG	-	ZG	-	ZG	-	ZG	ZG	ZG	-	ZG	ZG	-	-	-	-
Kfz-Steuer (K)	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K
Versicherungssteuer/ steuerähnliche Abgaben [%] bzw. €	11	9,25	16	50	6	18	22	17,5	10	12,5	2	4	7	9	-	5	-	42	-	-	6,5
		17,85 <sup>1</sup>		14 <sup>2</sup>	3,5	15,1			8,4	14,22				3,83							
Mineralölsteuer (M)	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M	M

<sup>1</sup> 0/12,85 % für schwere Lkw und 1,4/12,85 % für leichte Lkw.

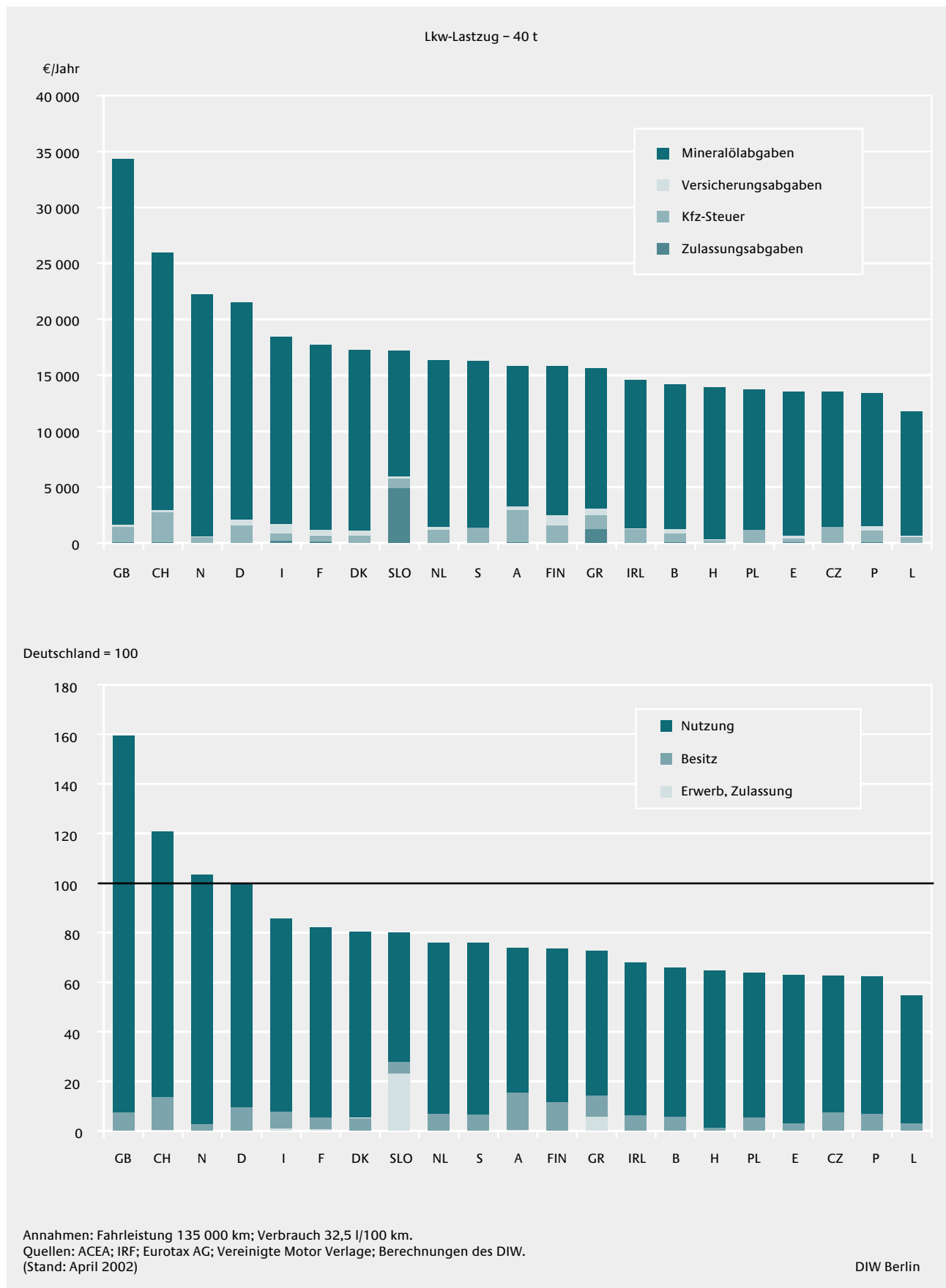
<sup>2</sup> 0/14 % für Lkw.

Quellen: EU Kommission; ACEA; IRF; IBFD; CEA.

## Übersicht 3: Abgaben auf Pkw im europäischen Vergleich



## Übersicht 4: Abgaben auf Lkw im europäischen Vergleich





## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	80
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	104



# Statistiken und Dokumentationen

## Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1	Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen	80
2	Gewährleistungen	81
3	Bundeshaushalt 1998 bis 2003	81
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006	82
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabengruppen – Regierungsentwurf 2003	86
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003	88
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003	90
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	92
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	93
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	94
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	95
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	96
13	Steuerquote im internationalen Vergleich	97
14	Abgabenquote im internationalen Vergleich	98
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003	99

## Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002	100
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2002	100
3	Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder	101
4	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2002	108

## Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	104
2	Preise	104
3	Außenwirtschaft	105
4	Einkommensverteilung	105
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	106
6	Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	107
7	Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich	107
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	109
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	109
10	Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen	110
11	Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen	112

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel des Bundes nach Eingliederung der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand 30. November 2002 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand 31. Dezember 2002 Mio. €
Anleihen <sup>2</sup>	446 751	0	13 294	433 457
Bundessobligationen	131 372	28	0	131 400 <sup>P</sup>
Bundesschatzbriefe <sup>3</sup>	17 851	83	40	17 895 <sup>P</sup>
Bundesschatzanweisungen	80 180	9 000	8 000	81 180
Unverzinsliche Schatzanweisungen	28 844	4 544	4 778	28 610
Finanzierungsschätze <sup>4</sup>	1 622	53	84	1 591 <sup>P</sup>
Schuldscheindarlehen <sup>5</sup>	35 769	76	1 210	34 635
Medium Term Notes Treuhand	368	0	0	368
<b>Gesamte umlaufende Schuld<sup>6</sup></b>	<b>742 757</b>			<b>729 136</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand 30. November 2002 Mio. €	Stand 31. Dezember 2002 Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	165 560	152 886
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	221 355	220 780
langfristig (mehr als 4 Jahre)	355 843	355 469
<b>Gesamte umlaufende Schuld<sup>6</sup></b>	<b>742 757</b>	<b>729 136</b>

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Anleihen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens und der Treuhandanstalt.

<sup>3</sup> Bundesschatzbriefe der Typen A und B.

<sup>4</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

<sup>5</sup> Schuldscheindarlehen des Bundes, des Bundeseisenbahnvermögens, des Ausgleichsfonds Steinkohle, des Kreditabwicklungsfonds, der Treuhandanstalt und des Erblastentilgungsfonds einschließlich der Vertragskredite des Bundeseisenbahnvermögens; ohne Lastenausgleichsfonds (LAG).

<sup>6</sup> Einschließlich Eigenbestände.

<sup>P</sup> Vorläufig.



## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2002 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. Dezember 2002 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. Dezember 2001 in Mrd. €
Ausfuhr	117,6	103,0	102,7
Internationale Finanzinstitute	46,6	40,3	31,6
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschafts- bereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	41,7	27,8	26,9
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	86,2	57,2	69,9

## 3 Bundeshaushalt 1998 bis 2003

### Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	1998 Ist	1999 Ist	2000 Ist Mrd. €	2001 Ist	2002 Ist	2003 Reg.-Entwurf
Ermittlung des Finanzierungssaldos						
<b>1. Ausgaben</b>	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>247,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	- 0,6
<b>2. Einnahmen</b>	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>228,6</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	5,5
darunter:						
Steuereinnahmen	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	202,4
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	5,4
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 19,3</b>
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (-)</b>	<b>124,4</b>	<b>144,1</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>206,1</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>95,5</b>	<b>118,0</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>187,2</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 18,9</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,1</b>	<b>- 0,9</b>	<b>- 0,4</b>
<b>8. Finanzierungsdefizit</b>	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 19,3</b>
in % der Ausgaben	12,4	10,6	9,8	9,4	13,1	7,8
Nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	26,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9
darunter:						
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,6	3,6	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
Stand: November 2002.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Ist	2003 Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 086</b>	<b>27 173</b>	<b>27 333</b>	<b>27 425</b>
Aktivitätsbezüge	20 440	20 498	20 523	20 544	20 607	20 665
Ziviler Bereich	8 414	8 469	8 453	8 558	8 636	8 710
Militärischer Bereich	12 026	12 028	12 070	11 986	11 971	11 955
Versorgung	6 367	6 488	6 563	6 629	6 727	6 760
Ziviler Bereich	2 598	2 605	2 515	2 461	2 431	2 426
Militärischer Bereich	3 770	3 883	4 048	4 167	4 296	4 334
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 277</b>	<b>16 622</b>	<b>16 569</b>	<b>16 505</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 619	1 643	1 561	1 564	1 584	1 597
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 985	8 155	8 063	8 347	8 335	8 354
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 899	7 260	7 653	6 711	6 649	6 554
<b>Zinsausgaben</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>38 115</b>	<b>39 771</b>	<b>41 960</b>	<b>42 966</b>
an andere Bereiche	37 627	37 063	38 115	39 771	41 960	42 966
Sonstige	37 627	37 063	38 115	39 771	41 960	42 966
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	37 582	37 019	38 069	39 726	41 916	42 922
an Ausland	3	3	4	3	3	3
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>140 026</b>	<b>139 546</b>	<b>138 233</b>	<b>140 092</b>
an Verwaltungen	13 257	14 936	15 525	14 656	11 794	11 888
Länder	5 580	6 062	6 303	5 971	5 774	5 752
Gemeinden	241	236	206	179	55	31
Sondervermögen	7 435	8 635	9 014	8 504	5 964	6 104
Zweckverbände	2	2	2	1	1	1
an andere Bereiche	119 102	128 578	124 501	124 890	126 439	128 203
Unternehmen	16 674	16 253	16 411	16 529	16 497	16 259
Renten, Unterstützungen u. Ä. an natürliche Personen	20 668	22 319	19 591	18 341	17 961	17 543
an Sozialversicherung	78 143	86 276	84 639	86 375	88 337	90 763
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	672	814	774	750	742	742
an Ausland	2 940	2 911	3 077	2 886	2 894	2 889
an Sonstige	5	5	10	8	8	7
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>222 504</b>	<b>223 112</b>	<b>224 095</b>	<b>226 988</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 899</b>	<b>7 459</b>	<b>7 363</b>	<b>7 411</b>
Baumaßnahmen	5 551	5 358	5 353	5 932	5 863	5 942
Erwerb von beweglichen Sachen	882	960	986	957	933	911
Grunderwerb	473	427	560	570	567	558
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 161</b>	<b>14 510</b>	<b>14 268</b>	<b>14 316</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 509	13 959	15 762	14 134	13 899	13 964
an Verwaltungen	9 496	6 336	8 101	6 550	6 328	6 367
Länder	9 431	6 268	5 479	6 472	6 250	6 289
Gemeinden und Gemeindeverbände	65	68	80	78	78	78
Sondervermögen	–	–	2 543	–	–	–
an andere Bereiche	7 013	7 623	7 661	7 585	7 572	7 598
Sonstige – Inland	5 370	5 819	5 700	5 580	5 526	5 612
Ausland	1 643	1 803	1 960	2 005	2 045	1 985
Sonstige Vermögensübertragungen	577	592	399	376	368	352
an andere Bereiche	577	592	399	376	368	352
Unternehmen – Inland	167	44	–	–	–	–
Sonstige – Inland	183	351	168	166	168	163
Ausland	227	196	231	210	200	189

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2001 bis 2006

Ausgabeart	2001 Ist	2002 Soll	2003 Reg.-Entw. Mio. €	2004	2005 Finanzplanung	2006
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>4 118</b>	<b>4 476</b>	<b>4 095</b>	<b>4 201</b>
Darlehensgewährung	3 185	2 729	3 554	3 884	3 475	3 494
an Verwaltungen	166	154	101	63	46	38
Bund	–	–	–	–	–	–
Länder	166	147	101	63	46	38
Gemeinden	0	–	0	–	–	–
an andere Bereiche	3 019	2 574	3 452	3 821	3 429	3 456
Sozialversicherung	–	–	–	–	–	–
Sonstige Inland (auch Gewährleistungen)	1 841	1 543	2 452	2 811	2 409	2 406
Ausland	1 178	1 031	1 000	1 010	1 020	1 050
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	674	640	564	592	620	707
Inland	24	53	10	0	0	0
Ausland	651	587	553	592	620	707
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung<sup>1</sup></b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>27 177</b>	<b>26 445</b>	<b>25 726</b>	<b>25 928</b>
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>–</b>	<b>–</b>	<b>– 1 782</b>	<b>– 4 457</b>	<b>– 4 321</b>	<b>– 3 516</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>247 900</b>	<b>245 100</b>	<b>245 500</b>	<b>249 400</b>
<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben	27 273	24 073	26 778	26 069	25 357	25 577

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>48 619</b>	<b>44 513</b>	<b>24 768</b>	<b>13 519</b>	<b>0</b>	<b>6 226</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	8 508	8 131	4 022	1 390	0	2 720
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 768	2 855	473	112	0	2 270
03 Verteidigung	28 352	27 966	16 118	11 025	0	823
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 642	2 370	1 720	629	0	21
05 Rechtsschutz	323	297	221	68	0	8
06 Finanzverwaltung	3 027	2 894	2 215	294	0	385
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 400</b>	<b>8 257</b>	<b>461</b>	<b>683</b>	<b>0</b>	<b>7 113</b>
13 Hochschulen	2 190	1 086	7	4	0	1 074
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 222	1 222	0	0	0	1 222
15 Sonstiges Bildungswesen	441	355	9	80	0	267
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 874	5 332	445	593	0	4 295
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	673	262	1	6	0	255
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>107 453</b>	<b>106 535</b>	<b>161</b>	<b>375</b>	<b>0</b>	<b>105 999</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	82 239	82 239	0	0	0	82 239
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 406	6 396	0	0	0	6 396
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	4 654	4 411	0	241	0	4 169
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	12 799	12 655	43	65	0	12 547
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	112	112	0	0	0	112
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 242	722	118	69	0	534
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>894</b>	<b>613</b>	<b>209</b>	<b>214</b>	<b>0</b>	<b>190</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	318	286	110	116	0	60
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	318	286	110	116	0	60
32 Sport	131	83	0	5	0	78
33 Umwelt- und Naturschutz	214	143	64	39	0	40
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	232	101	35	53	0	12
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 880</b>	<b>834</b>	<b>2</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>827</b>
41 Wohnungswesen	1 381	791	0	2	0	789
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	2	2	0	2	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	54	41	2	0	0	38
44 Städtebauförderung	443	0	0	0	0	0
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>1 251</b>	<b>681</b>	<b>25</b>	<b>134</b>	<b>0</b>	<b>522</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	802	302	0	2	0	300
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	167	167	0	57	0	109
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	167	167	0	57	0	109
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	283	213	25	75	0	113
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>10 411</b>	<b>4 878</b>	<b>47</b>	<b>385</b>	<b>0</b>	<b>4 446</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	371	346	0	240	0	105
621 Kernenergie	105	105	0	0	0	105
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	265	240	0	240	0	0
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	3 038	3 019	0	5	0	3 014
64 Handel	92	92	0	58	0	34
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	4 603	1 116	0	0	0	1 116
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	6 884	1 395	47	56	0	1 292

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>4 106</b>	<b>1 130</b>	<b>1 422</b>	<b>1 554</b>	<b>4 060</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	377	375	1	0	377
02 Auswärtige Angelegenheiten	2 912	54	1 304	1 553	2 909
03 Verteidigung	386	271	115	0	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	272	272	0	0	272
05 Rechtsschutz	26	26	0	0	26
06 Finanzverwaltung	132	131	1	1	132
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>3 143</b>	<b>122</b>	<b>3 021</b>	<b>0</b>	<b>3 143</b>
13 Hochschulen	1 104	1	1 103	0	1 104
14 Förderung von Schülern, Studenten	0	0	0	0	0
15 Sonstiges Bildungswesen	86	14	72	0	86
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	1 542	107	1 435	0	1 542
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	411	0	411	0	411
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>918</b>	<b>13</b>	<b>901</b>	<b>4</b>	<b>566</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	0	0	0	0	0
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	10	0	10	0	10
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	244	3	239	2	12
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	144	3	139	3	24
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	0	0	0	0	0
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	520	7	513	0	520
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>281</b>	<b>174</b>	<b>107</b>	<b>0</b>	<b>279</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	32	23	9	0	32
312 Krankenhäuser und Heilstätten	0	0	0	0	0
319 Übrige Bereiche aus 31	32	23	9	0	32
32 Sport	47	0	47	0	47
33 Umwelt- und Naturschutz	71	29	42	0	69
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	131	123	8	0	131
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 046</b>	<b>0</b>	<b>936</b>	<b>110</b>	<b>1 046</b>
41 Wohnungswesen	590	0	479	110	590
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	0	0	0	0	0
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	14	0	14	0	14
44 Städtebauförderung	443	0	443	0	443
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>570</b>	<b>11</b>	<b>557</b>	<b>2</b>	<b>570</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	500	0	500	0	500
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	0	0	0	0	0
533 Gasölverbilligung	0	0	0	0	0
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	0	0	0	0	0
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	70	11	57	2	70
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 533</b>	<b>1</b>	<b>3 532</b>	<b>2 000</b>	<b>5 533</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	25	0	25	0	25
621 Kernenergie	0	0	0	0	0
622 Erneuerbare Energieformen	0	0	0	0	0
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	25	0	25	0	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	19	0	19	0	19
64 Handel	0	0	0	0	0
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	3 488	0	3 488	0	3 488
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	5 489	1	3 488	2 000	5 489

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>10 372</b>	<b>3 240</b>	<b>1 043</b>	<b>1 557</b>	<b>0</b>	<b>640</b>
72 Straßen	6 938	925	0	778	0	147
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 395	700	459	204	0	37
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	336	1	0	0	0	1
75 Luftfahrt	158	157	45	8	0	104
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 169	1 081	540	197	0	344
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>16 454</b>	<b>12 005</b>	<b>27</b>	<b>184</b>	<b>0</b>	<b>11 794</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	10 448	6 085	27	33	0	6 025
832 Eisenbahnen	4 359	90	0	0	0	90
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 089	5 994	27	33	0	5 935
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6 006	5 920	0	151	0	5 769
873 Sondervermögen	5 769	5 769	0	0	0	5 769
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	237	151	0	151	0	1
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>39 165</b>	<b>40 947</b>	<b>342</b>	<b>222</b>	<b>38 115</b>	<b>2 269</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	2 268	2 268	0	0	0	2 268
92 Schulden	38 154	38 154	0	39	38 115	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	- 1 257	525	342	183	0	1
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>247 900</b>	<b>222 504</b>	<b>27 086</b>	<b>17 277</b>	<b>38 115</b>	<b>140 026</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Funktionen und Ausgabegruppen – Regierungsentwurf 2003

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>1</sup>	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehensge- währung, Erwerb von Beteiligungen	<sup>1</sup> Darunter: Investive Ausgaben
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>7 132</b>	<b>5 356</b>	<b>1 775</b>	<b>1</b>	<b>7 132</b>
72 Straßen	6 013	4 582	1 431	1	6 013
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	695	695	0	0	695
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personen- nahverkehr	335	0	335	0	335
75 Luftfahrt	1	1	0	0	1
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	88	78	10	0	88
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sonder- vermögen</b>	<b>4 449</b>	<b>92</b>	<b>3 911</b>	<b>446</b>	<b>4 448</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	4 363	22	3 895	446	4 363
832 Eisenbahnen	4 268	0	3 870	398	4 268
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	95	22	25	48	95
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	86	70	16	0	85
873 Sondervermögen	0	0	0	0	0
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	86	70	16	0	85
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	0	0	0	0	0
92 Schulden	0	0	0	0	0
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	0	0	0	0	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>27 177</b>	<b>6 899</b>	<b>16 161</b>	<b>4 118</b>	<b>26 778</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>4</sup>	2002 <sup>4</sup>	2003 <sup>4</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>2,3</sup></b>							
Ausgaben	571,0	580,6	597,2	597,8	603,3	613 <sup>1/2</sup>	616 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	522,8	551,8	570,3	564,0	556,0	550	564
Finanzierungssaldo	- 48,1	- 28,8	- 26,9	- 33,7	- 47,3	- 63 <sup>1/2</sup>	- 52 <sup>1/2</sup>
darunter:							
Bund							
Ausgaben	226,0	233,6	246,9	244,4	243,1	252 <sup>1/2</sup>	248
Einnahmen	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	217	228 <sup>1/2</sup>
Finanzierungssaldo	- 32,4	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 35 <sup>1/2</sup>	- 19 <sup>1/2</sup>
Länder (West)							
Ausgaben	186,3	188,3	190,1	193,6	200,1	200	205
Einnahmen	173,9	179,3	186,3	187,9	179,0	177	185 <sup>1/2</sup>
Finanzierungssaldo	- 12,4	- 8,9	- 3,9	- 5,7	- 21,2	- 23	- 19 <sup>1/2</sup>
Gemeinden (West)							
Ausgaben	116,2	115,7	117,5	119,8	122,7	124	124 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	114,2	118,3	119,8	121,6	119,3	118	117 <sup>1/2</sup>
Finanzierungssaldo	- 2,0	2,6	2,4	1,8	- 3,4	- 6	- 7
Länder (Ost)							
Ausgaben	61,3	61,1	61,1	60,8	60,1	61	63 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	54,2	55,8	56,6	56,5	55,7	53 <sup>1/2</sup>	59
Finanzierungssaldo	- 7,1	- 5,3	- 4,4	- 4,4	- 4,4	- 7 <sup>1/2</sup>	- 5
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	27,7	26,8	26,3	25,3	25,2	25	27
Einnahmen	26,9	26,3	26,1	25,5	24,7	24	26
Finanzierungssaldo	- 0,8	- 0,4	- 0,2	0,1	- 0,5	- 1 <sup>1/2</sup>	- 1
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	•	1,7	2,9	0,1	0,9	1 <sup>1/2</sup>	1 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	5,5	3,4	- 1,1	- 1,4	- 1	2 <sup>1/2</sup>
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	4	- 2
Einnahmen	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1 <sup>1/2</sup>	5
Länder (West)							
Ausgaben	•	1,1	1,0	1,8	3,4	0	2 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	3,1	3,9	0,9	- 4,7	- 1	4 <sup>1/2</sup>
Gemeinden (West)							
Ausgaben	•	- 0,4	1,5	2,0	2,5	1	1
Einnahmen	•	3,6	1,3	1,5	- 1,9	- 1	- 0
Länder (Ost)							
Ausgaben	•	- 0,3	- 0,1	- 0,4	- 1,2	1	4 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	3,0	1,5	- 0,3	- 1,4	- 4	10
Gemeinden (Ost)							
Ausgaben	•	- 3,2	- 1,9	- 3,5	- 0,7	- 1	7 <sup>1/2</sup>
Einnahmen	•	- 2,1	- 1,0	- 2,3	- 3,2	- 2	7



## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1997 bis 2003<sup>1</sup>

	1997	1998	1999	2000	2001 <sup>4</sup>	2002 <sup>4</sup>	2003 <sup>4</sup>
	Mrd. €						
	Anteil in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,6	- 1,5	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 3	- 2½
darunter:							
Bund	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1½	- 1
Länder (West)	- 0,7	- 0,5	- 0,2	- 0,3	- 1,0	- 1	- 1
Gemeinden (West)	- 0,1	0,1	0,1	0,1	- 0,2	- ½	- ½
Länder (Ost)	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- ½	- 0
Gemeinden (Ost)	- 0,0	- 0,0	- 0,0	0,0	- 0,0	- 0	- 0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 8,4	- 5,0	- 4,5	- 5,6	- 7,8	- 10½	- 8½
darunter:							
Bund	- 14,4	- 12,4	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 14	- 8
Länder (West)	- 6,7	- 4,8	- 2,0	- 3,0	- 10,6	- 11½	- 9½
Gemeinden (West)	- 1,8	2,2	2,0	1,5	- 2,8	- 5	- 5½
Länder (Ost)	- 11,6	- 8,7	- 7,2	- 7,2	- 7,3	- 12	- 7½
Gemeinden (Ost)	- 2,8	- 1,7	- 0,7	0,6	- 1,9	- 2½	- 3
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,5	30,1	30,2	29,4	29,1	29	28
darunter:							
Bund	12,1	12,1	12,5	12,0	11,7	12	11½
Länder (West)	10,0	9,8	9,6	9,5	9,7	9½	9½
Gemeinden (West)	6,2	6,0	5,9	5,9	5,9	6	5½
Länder (Ost)	3,3	3,2	3,1	3,0	2,9	3	3
Gemeinden (Ost)	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1	1

<sup>1</sup> Stand: AK zum Finanzplanungsrat November 2002; 2003: Soll-Eckwerte und Nachtragshaushalt des Bundes.

<sup>2</sup> Mit LAF, ERP, EU, FDE, Entschädigungsfonds, ELF, BEV, Versorgungsrücklage des Bundes und Fonds „Aufbauhilfe“.

<sup>3</sup> Ohne Krankenhäuser.

<sup>4</sup> 2001: Ist; 2002 und 2003 = Schätzung.

Stand: November 2002.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Ist-Ergebnisse										
<b>I. Gesamtübersicht</b>										
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>140,8</b>	<b>148,2</b>	<b>194,4</b>	<b>205,4</b>	<b>218,4</b>	<b>233,9</b>	<b>240,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	2,4	5,2	.	5,7	6,3	7,1	3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>122,4</b>	<b>137,9</b>	<b>169,8</b>	<b>178,2</b>	<b>198,3</b>	<b>199,7</b>	<b>215,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	- 0,7	12,7	.	5,0	11,3	0,7	7,7
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 18,4</b>	<b>- 10,3</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 27,2</b>	<b>- 20,1</b>	<b>- 34,2</b>	<b>- 25,9</b>
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 18,1	- 9,8	- 23,9	- 26,6 <sup>2</sup>	- 19,7	- 33,8	- 25,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,7	- 0,6	- 0,4	- 0,4	- 0,3
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>										
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>20,5</b>	<b>21,1</b>	<b>22,1</b>	<b>24,9</b>	<b>26,3</b>	<b>27,0</b>	<b>26,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	2,1	3,0	4,5	12,8	5,7	2,4	- 0,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,6	14,3	11,4	12,1	12,1	11,5	11,2
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	24,3	21,5	18,7	18,8	.	16,7	16,0	15,7	14,8
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>16,5</b>	<b>16,4</b>	<b>17,5</b>	<b>20,3</b>	<b>22,4</b>	<b>23,4</b>	<b>27,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	4,0	- 0,6	6,7	15,7	10,6	4,5	15,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	11,7	11,1	9,0	9,9	10,3	10,0	11,3
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	35,1	35,9	53,5	52,6	.	51,4	43,5	44,9	46,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>17,1</b>	<b>18,5</b>	<b>20,1</b>	<b>31,4</b>	<b>33,7</b>	<b>33,3</b>	<b>31,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	0,4	8,4	8,4	56,7	7,0	- 1,1	- 6,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	12,1	12,5	10,3	15,3	15,4	14,2	13,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	34,4	35,4	33,8	34,5	.	37,3	34,7	35,3	34,0
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>112,6</b>	<b>126,4</b>	<b>132,3</b>	<b>162,5</b>	<b>180,4</b>	<b>182,0</b>	<b>193,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	1,5	12,2	4,7	22,8	11,0	0,9	6,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	80,0	85,3	68,1	79,1	82,6	77,8	80,4
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	92,0	91,6	77,9	91,2	91,0	91,2	90,1
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>4</sup>	%	54,0	49,2	45,1	46,2	.	48,0	48,2	47,4	48,3
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 18,1</b>	<b>- 9,8</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 26,6</b>	<b>- 19,7</b>	<b>- 33,8</b>	<b>- 25,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%									
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	19,1	12,9	6,6	.	12,9	9,0	14,5	10,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4, 5</sup>	%	0,0	117,2	106,0	53,1	.	84,6	58,7	101,7	81,9
	%	0,0	55,8	63,6	57,2	.	39,6	33,6	47,4	47,2
<b>Nachrichtlich: Schuldenstand<sup>4</sup></b>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	459,6	472,8	536,2	595,9	680,8	766,5	841,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	225,2	242,9	250,8	277,2	299,6	310,2	350,4

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Arbeitskreis Finanzplanungsrat 21. November 2002.

<sup>5</sup> Für 2002 und 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2003

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
		Ist-Ergebnisse							Soll	Entwurf
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	237,6	232,9	225,9	233,6	246,9	244,4	243,1	252,5	247,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,4	- 2,0	- 3,0	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	3,8	- 1,8
Einnahmen	Mrd.€	211,7	192,8	193,5	204,7	220,6	220,5	220,2	215,2	228,6
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 1,5	- 9,0	0,4	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 2,3	6,2
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 25,8	- 40,1	- 32,5	- 28,9	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 37,3	- 19,3
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 34,6	- 18,9
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,2	- 0,1	0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 2,7	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	27,1	27,0	26,8	26,7	27,0	26,5	26,8	27,1	27,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	0,5	- 0,1	- 0,7	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	1,2	- 0,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	11,6	11,9	11,4	10,9	10,8	11,0	10,7	10,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	14,4	14,3	16,2	16,1	16,1	15,8	15,9	15,8	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	25,4	26,0	27,3	28,7	41,1	39,1	37,6	38,9	38,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 6,2	2,3	4,9	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	3,3	- 2,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,7	11,2	12,1	12,3	16,6	16,0	15,5	15,4	15,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	38,7	39,0	40,6	42,1	58,9	58,0	56,8	58,5	55,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	34,0	31,2	28,8	29,2	28,6	28,1	27,3	25,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,8	- 8,3	- 7,6	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 8,2	6,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,3	13,4	12,8	12,5	11,6	11,5	11,2	9,9	10,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4</sup>	%	37,0	36,1	35,2	35,5	36,1	35,5	34,2	34,3	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	187,2	173,1	169,3	174,6	192,4	198,8	193,8	190,7	202,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,4	- 7,5	- 2,2	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 1,6	6,1
Anteil an den Bundesausgaben	%	78,8	74,3	74,9	74,7	77,9	81,3	79,7	75,5	81,6
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,4	89,8	87,5	85,3	87,2	90,1	88,0	88,6	88,5
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>4</sup>	%	44,9	42,3	41,5	41,0	42,5	42,5	43,4	43,4	43,7
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 25,6	- 40,0	- 32,6	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 34,6	- 18,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,8	17,2	14,4	12,4	10,6	9,7	9,4	13,7	7,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	75,3	128,3	113,0	98,8	91,2	84,4	83,7	138,2	70,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>4, 5</sup>	%	51,2	70,4	64,3	88,6	82,3	81,0	57,9	54,5	36,0
Nachrichtlich: Schuldenstand <sup>4</sup>										
öffentliche Haushalte <sup>3</sup>	Mrd.€	1 010,4	1 070,4	1 119,1	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 267 <sup>1/2</sup>	1 318
darunter: Bund	Mrd.€	364,3	385,7	426,0	488,0	708,3	715,6	697,3	724	743

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Übergangsfinanzierung von 4,8 Mrd. €.

<sup>3</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>4</sup> Stand Arbeitskreis Finanzplanungsrat 21. November 2002.

<sup>5</sup> Für 2002 und 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup>

(Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998 <sup>3</sup>	23,1	42,4	22,1	40,2
1999 <sup>3</sup>	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 <sup>3</sup>	24,6	43,2	23,0	40,7
2001 <sup>3</sup>	23,0	41,5	21,6	39,1
2002 <sup>4</sup>	23	42	21 1/2	39
2003 <sup>4</sup>	23 1/2	42	21 1/2	39

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2002.

<sup>4</sup> Schätzung; Stand: Juni 2002, angepasst an die geänderte Basis 2001.  
Stand: September 2002.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2000	2001	2002 <sup>5</sup>	2003 <sup>5</sup>
Schulden (Mrd. €) <sup>1</sup>				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 198,2	1 203,9	1 267 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1 318
Bund	715,6	697,3	724	743
Länder (West) <sup>3</sup>	278,4	299,8	327	348
Länder (Ost) <sup>3</sup>	54,8	57,9	64	69
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	67,3	67,0	70	73 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	15,6	15,6	16 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	17
Sonderrechnungen	58,3	59,1	59	60 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schulden in % der Gesamt-Schulden				
Bund	59,7	57,9	57	56 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder (West) <sup>3</sup>	23,2	24,9	26	26 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Länder (Ost) <sup>3</sup>	4,6	4,8	5	5
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	5,6	5,6	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	5 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	1,3	1,3	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	1 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Sonderrechnungen	4,9	4,9	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	4 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Schulden in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	59,0	58,1	60	60 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Bund	35,3	33,7	34	34
Länder (West) <sup>3</sup>	13,7	14,5	15 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	16
Länder (Ost) <sup>3</sup>	2,7	2,8	3	3
Gemeinden (West) <sup>4</sup>	3,3	3,2	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>	3 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>
Gemeinden (Ost) <sup>4</sup>	0,8	0,8	1	1
Sonderrechnungen	2,9	2,9	3	3
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“ in % des BIP	60,2	59,5	61	61 <sup>1</sup> / <sub>2</sub>

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Länder (West) einschließlich Berlin, Länder (Ost) ohne Berlin.

<sup>4</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

<sup>5</sup> Stand: Finanzplanungsrat November 2002 (Bund: Soll/RegE/Finanzplan).

Stand: November 2002.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1, 2</sup>

	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,9	16,1	53,9	46,1
1965	53,9	29,3	24,6	54,4	45,6
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1971	88,2	47,8	40,4	54,2	45,8
1972	100,7	56,2	44,5	55,8	44,2
1973	114,9	67,0	48,0	58,3	41,7
1974	122,5	73,7	48,8	60,2	39,8
1975	123,7	72,8	51,0	58,8	41,2
1976	137,1	82,2	54,8	60,0	40,0
1977	153,1	95,0	58,1	62,0	38,0
1978	163,2	98,1	65,0	60,1	39,9
1979	175,3	102,9	72,4	58,7	41,3
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,7	56,7	43,3
1984	212,0	120,8	91,3	57,0	43,0
1985	223,5	132,0	91,6	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,6	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	110,9	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002 <sup>3</sup>	439,4	209,6	229,8	47,7	52,3
2003 <sup>3</sup>	458,5	220,8	237,7	48,2	51,8

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

- **Direkte Steuern:** Notopfer Berlin für natürliche Personen (30. September 1956) und für Körperschaften (31. Dezember 1957); Baulandsteuer (31. Dezember 1962); Kreditgewinnabgabe (31. Dezember 1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31. Dezember 1974) und zur Körperschaftsteuer (31. Dezember 1976); Vermögensabgabe (31. März 1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31. Dezember 1979); Kuponsteuer (31. Juli 1984); Solidaritätszuschlag (vom 1. Juli 1992 bis 31. Dezember 1994); Vermögensteuer (31. Dezember 1996); Gewerbe(kapital)steuer (31. Dezember 1997).
- **Indirekte Steuern:** Wertpapiersteuer (31. Dezember 1964); Süßstoffsteuer (31. Dezember 1965); Beförderungsteuer (31. Dezember 1967); Speiseeissteuer (31. Dezember 1971); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31. Dezember 1980); Zündwarenmonopol (15. Januar 1983); Börsenumsatzsteuer (31. Dezember 1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31. Dezember 1991); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31. Dezember 1992).

<sup>2</sup> Zusammensetzung der Steuereinnahmen ab 1999:

- **Direkte Steuern:** Einkommensteuer; Körperschaftsteuer; Solidaritätszuschlag; Grundsteuer A + B; Gewerbe(ertrag)steuer; Erbschaftsteuer/Schenkungsteuer.
- **Indirekte Steuern:** Steuern vom Umsatz; Zölle; Tabaksteuer; Kaffeesteuer; Branntweinabgaben; Schaumweinsteuer; Mineralölsteuer; Versicherungssteuer; Kraftfahrzeugsteuer; Rennwett- und Lotteriesteuer; Biersteuer; Grunderwerbsteuer; Stromsteuer; sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand.

<sup>3</sup> Steuerschätzung vom 12. bis 13. November 2002.

Stand: November 2002.

## 11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden

Land	in % des BIP						Projektion		
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	- 2,9	- 1,2	- 2,1	- 3,5	- 1,4	- 2,8	- 3,8	- 3,1	- 2,3
Belgien	- 8,6	- 8,9	- 5,4	- 4,4	0,1	0,3	- 0,1	0,0	0,3
Dänemark	- 3,2	- 2,0	- 1,0	- 2,3	2,5	2,8	2,0	2,0	2,5
Griechenland	- 2,6	- 11,6	- 15,9	- 10,2	- 1,8	- 1,1	- 1,3	- 1,1	- 1,1
Spanien	- 2,5	- 6,2	- 4,2	- 6,6	- 0,7	- 0,1	0,0	- 0,3	0,1
Frankreich	0,0	- 2,8	- 1,5	- 5,5	- 1,3	- 1,5	- 2,7	- 2,9	- 2,5
Irland	- 11,6	- 10,2	- 2,2	- 2,2	4,4	1,5	- 1,0	- 1,2	- 1,0
Italien	- 8,7	- 12,5	- 11,0	- 7,6	- 1,7	- 2,2	- 2,4	- 2,2	- 2,9
Luxemburg	- 0,4	6,2	4,7	2,7	5,6	6,1	0,5	- 1,8	- 1,9
Niederlande	- 4,1	- 3,5	- 4,9	- 4,2	1,5	0,1	- 0,8	- 1,2	- 0,9
Österreich	- 1,7	- 2,4	- 2,4	- 5,3	- 1,9	0,1	- 1,8	- 1,6	- 1,5
Portugal	- 8,4	- 10,1	- 4,9	- 4,4	- 3,3	- 4,1	- 3,4	- 2,9	- 2,6
Finnland	3,3	2,8	5,3	- 3,7	7,0	4,9	3,6	3,1	3,5
Schweden	- 3,9	- 3,7	4,0	- 7,7	3,7	4,8	1,4	1,2	1,5
Vereinigtes Königreich	- 3,4	- 2,9	- 0,9	- 5,8	1,6	0,7	- 1,1	- 1,3	- 1,4
Euro-Zone	- 3,4	- 4,9	- 4,4	- 5,1	- 1,0	- 1,6	- 2,3	- 2,1	- 1,8
EU 15	- 3,4	- 4,5	- 3,5	- 5,2	- 0,2	- 0,8	- 1,9	- 1,8	- 1,6
Japan	- 4,4	- 0,8	2,8	- 4,2	- 7,4	- 7,2	- 8,0	- 8,1	- 8,2
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,4	- 3,1	1,5	- 0,5	- 3,2	- 3,6	- 3,8

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2002 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2002 (Ohne UMTS-Erlöse). [ab 1995 nach ESA 95].  
2000 bis 2001: Ist-Zahlen, 2002 bis 2004: aktuelle Projektion der EU-Kommission.  
Stand: November 2002.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	31,7	41,7	43,5	57,1	60,2	59,5	60,9	61,8	61,1
Belgien	78,3	121,8	127,7	133,4	109,2	107,6	105,6	101,7	96,8
Dänemark	36,4	69,8	57,7	69,3	46,8	44,7	44,0	42,4	39,8
Griechenland	27,9	59,9	89,0	108,7	106,2	107,0	105,8	102,0	98,5
Spanien	17,0	42,7	44,0	64,0	60,5	57,1	55,0	53,2	51,1
Frankreich	20,4	31,8	36,3	54,0	57,3	57,3	58,6	59,3	59,3
Irland	72,3	105,3	97,5	84,3	39,1	36,4	35,3	35,0	34,5
Italien	58,3	82,0	97,3	123,3	110,6	109,9	110,3	108,0	106,9
Luxemburg	9,3	9,6	4,4	5,6	5,6	5,6	4,6	3,9	5,4
Niederlande	46,3	70,5	77,4	77,0	55,8	52,8	51,0	50,1	48,8
Österreich	36,4	49,4	57,5	68,5	63,6	63,2	63,2	63,0	62,3
Portugal	34,9	66,6	63,0	64,1	53,3	55,5	57,4	58,1	58,1
Finnland	11,6	16,4	14,5	57,1	44,0	43,4	42,4	41,9	41,1
Schweden	40,0	61,9	42,0	76,6	55,3	56,6	53,8	51,7	50,3
Vereinigtes Königreich	54,9	54,4	35,1	51,8	42,1	39,1	38,5	38,1	37,6
Euro-Zone	35,1	52,8	59,1	72,9	70,1	69,3	69,6	69,1	68,2
EU 15	38,4	53,8	54,9	70,2	64,1	63,0	63,0	62,5	61,6
Japan	k. A.	67,7	64,6	80,4	135,6	145,1	155,1	161,2	k. A.
USA	k. A.	59,0	66,6	74,5	57,7	56,4	57,0	57,4	k. A.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2002 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2002. Für USA und Japan: IWF „Weltwirtschaftsausblick“ Nr. 72, September 2002.  
k. A. – keine Angaben.  
Stand: November 2002.



## 13 Steuerquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3,4</sup>	22,4	24,3	23,4	22,7	23,1	23,0	21,6
Deutschland <sup>3</sup>	22,5	24,6	23,6	22,3	23,3	23,1	21,7
Belgien	24,7	30,2	31,2	28,8	29,9	31,5	31,1
Dänemark	37,7	43,2	45,7	45,7	47,8	46,5	46,8
Finnland	29,0	29,2	33,1	35,1	32,6	34,9	33,9
Frankreich	21,7	23,3	24,8	24,0	25,2	29,0	28,9
Griechenland	15,7	16,2	18,4	20,5	21,9	26,4	29,4
Irland	26,4	26,9	29,9	28,5	28,0	26,8	24,9
Italien	16,2	18,9	22,5	26,1	28,2	30,0	29,6
Japan	15,5	17,8	18,9	21,4	17,7	17,2	–
Kanada	27,9	27,5	28,2	31,6	30,7	30,7	30,0
Luxemburg	17,2	28,5	33,0	29,8	30,8	31,0	30,8
Niederlande	23,2	27,0	23,8	26,9	24,4	25,3	25,6
Norwegen	28,9	33,7	34,3	30,8	31,8	31,2	35,7
Österreich	25,8	27,5	28,6	27,2	26,5	28,8	30,7
Portugal	14,7	17,0	19,7	21,3	23,7	25,6	–
Schweden	33,0	33,8	36,4	39,0	33,7	39,0	37,3
Schweiz	17,2	20,1	20,5	20,6	20,8	23,7	22,6
Spanien	10,2	11,9	16,3	21,4	21,0	22,8	22,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	31,0	30,7	28,7	31,2	31,0
Vereinigte Staaten	23,2	21,1	19,5	19,8	20,7	22,7	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.

## 14 Abgabenquote im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP						
	1970	1980	1985	1990	1995	2000	2001 <sup>2</sup>
Deutschland <sup>3, 4</sup>	33,5	39,7	39,2	38,0	41,2	40,7	39,1
Deutschland <sup>3</sup>	32,3	37,5	37,2	35,7	38,2	37,9	36,4
Belgien	34,5	42,4	45,6	43,2	44,6	45,6	45,3
Dänemark	39,2	43,9	47,4	47,1	49,4	48,8	49,0
Finnland	31,9	36,2	40,1	44,8	45,0	46,9	46,3
Frankreich	34,1	40,6	43,8	43,0	44,0	45,3	45,4
Griechenland	22,4	24,2	28,6	29,3	31,7	37,8	40,8
Irland	28,8	31,4	35,0	33,5	32,7	31,1	29,2
Italien	26,1	30,4	34,4	38,9	41,2	42,0	41,8
Japan	20,0	25,1	27,2	30,1	27,7	27,1	–
Kanada	30,8	30,7	32,6	35,9	35,6	35,8	35,2
Luxemburg	24,9	40,2	44,8	40,8	42,0	41,7	42,4
Niederlande	35,8	43,6	42,6	43,0	41,9	41,4	39,9
Norwegen	34,5	42,7	43,3	41,8	41,5	40,3	44,9
Österreich	34,6	39,8	41,9	40,4	41,6	43,7	45,7
Portugal	19,4	24,1	26,6	29,2	32,5	34,5	–
Schweden	38,7	47,5	48,5	53,6	47,6	54,2	53,2
Schweiz	22,5	28,9	30,2	30,6	33,1	35,7	34,5
Spanien	16,3	23,1	27,8	33,2	32,8	35,2	35,2
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	37,7	36,8	34,8	37,4	37,4
Vereinigte Staaten	27,7	27,0	26,1	26,7	27,6	29,6	–

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD. Basis Finanzstatistik, nicht vergleichbar mit Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

<sup>2</sup> Vorläufig.

<sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

<sup>4</sup> In der Abgrenzung der deutschen Haushaltsrechnung. Ein unmittelbarer Vergleich mit den Angaben der OECD ist aus methodischen Gründen nicht möglich.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2000, Paris 2001.

Stand: November 2002.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 1998 bis 2003

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	80,71	80,31	83,44	79,99	95,66	96,96
davon:						
Agrarpolitik	38,81	39,78	40,51	41,53	44,26	44,83
Strukturpolitik	28,37	26,66	27,59	22,46	32,13	33,01
Interne Politiken	4,88	4,47	5,37	5,30	6,16	6,11
Externe Politiken	4,07	4,59	3,84	4,23	4,67	4,68
Verwaltungsausgaben	4,22	4,51	4,74	4,86	5,18	5,34
Reserven	0,27	0,30	0,19	0,21	0,68	0,43
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,10	0,00	1,20	1,40	2,60	2,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	0,59	- 0,50	3,90	- 4,13	19,59	1,36
davon:						
Agrarpolitik	- 4,46	2,50	1,84	2,52	6,57	1,29
Strukturpolitik	8,86	- 6,03	3,49	- 18,59	43,05	2,74
Interne Politiken	- 1,01	- 8,40	20,13	- 1,30	16,23	- 0,81
Externe Politiken	2,01	12,78	- 16,34	10,16	10,40	0,21
Verwaltungsausgaben	2,18	6,87	5,10	2,53	6,58	3,09
Reserven	- 6,90	11,11	- 36,67	10,53	223,81	- 36,76
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	- 52,38	- 100,00		16,67	85,71	- 1,54
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,09	49,53	48,55	51,92	46,27	46,24
Strukturpolitik	35,15	33,20	33,07	28,08	33,59	34,04
Interne Politiken	6,05	5,57	6,44	6,63	6,44	6,30
Externe Politiken	5,04	5,72	4,60	5,29	4,88	4,83
Verwaltungsausgaben	5,23	5,62	5,68	6,08	5,42	5,51
Reserven	0,33	0,37	0,23	0,26	0,71	0,44
Ausgleichszahlungen/Vorbeitritt	0,12	0,00	1,44	1,75	2,72	2,64
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	84,53	86,90	92,72	96,28	95,66	96,96
davon:						
Zölle	12,16	11,71	13,11	12,83	10,30	10,71
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,95	2,15	2,16	1,82	1,42	1,43
MwSt-Eigenmittel	33,09	31,33	35,19	30,69	22,60	24,12
BSP-Eigenmittel	35,03	37,51	37,58	34,46	46,60	59,90
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	4,94	2,80	6,70	3,84	- 0,64	1,36
davon:						
Zölle	- 0,65	- 3,70	11,96	- 2,14	- 19,72	3,98
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,04	10,26	0,47	- 15,74	- 21,98	0,70
MwSt-Eigenmittel	- 3,67	- 5,32	12,32	- 12,79	- 26,36	6,73
BSP-Eigenmittel	30,27	7,08	0,19	- 8,30	35,23	28,54
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,39	13,48	14,14	13,33	10,77	11,05
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,31	2,47	2,33	1,89	1,48	1,47
MwSt-Eigenmittel	39,15	36,05	37,95	31,88	23,63	24,88
BSP-Eigenmittel	41,44	43,16	40,53	35,79	48,71	61,78

**Bemerkungen:**

1998 bis 2001 Ist-Angaben gemäß EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2002 Sollansatz gemäß EU-Haushalt einschließlich Nachtragshaushalte Nr. 1 bis 3/2002.

2003 Haushaltsentwurf des Rates.

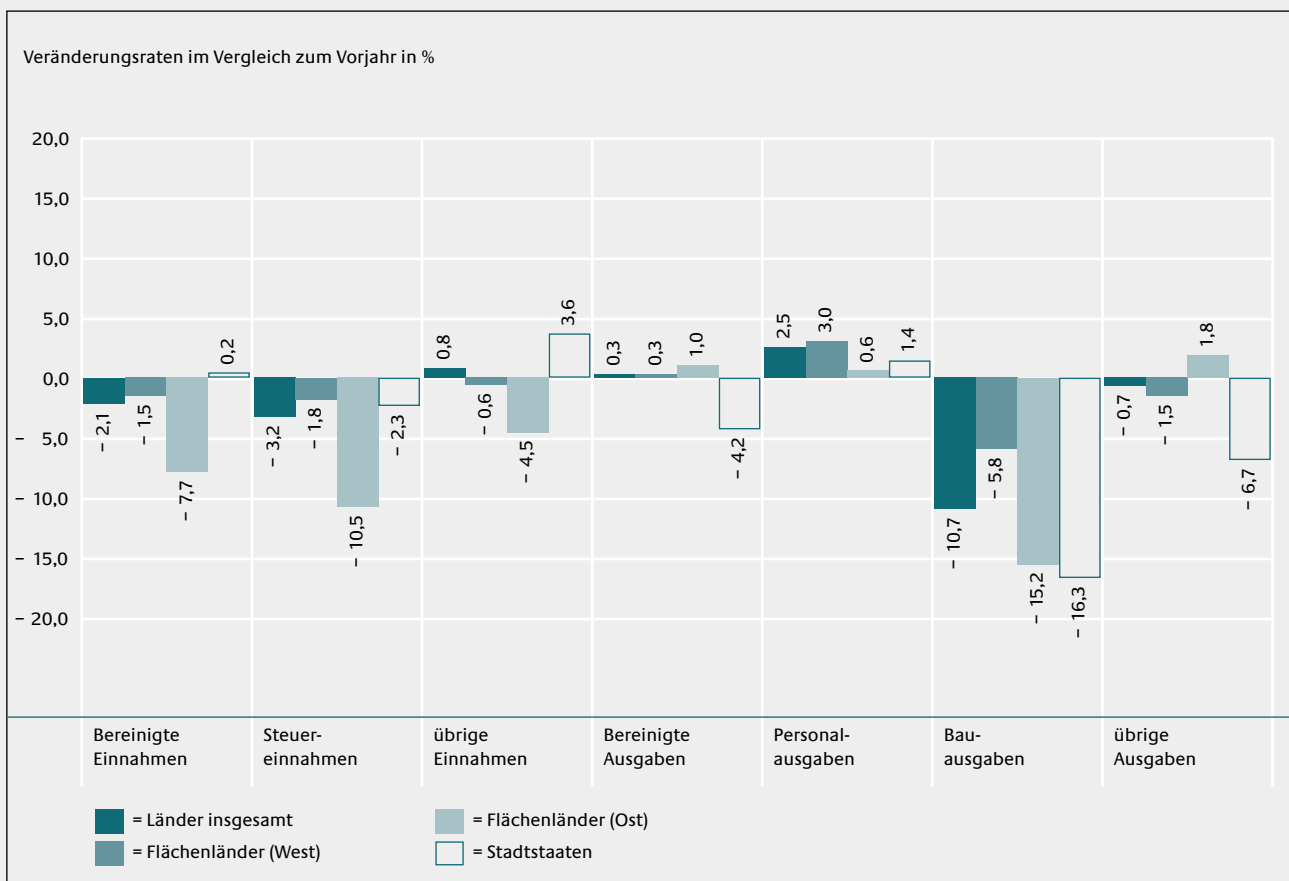
Stand: September 2002.

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2002 im Vergleich zum Jahressoll 2002

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>160 533</b>	<b>136 362</b>	<b>49 644</b>	<b>39 739</b>	<b>29 241</b>	<b>24 593</b>	<b>233 153</b>	<b>196 147</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	126 684	105 480	24 938	20 486	17 041	13 933	168 664	139 899
übrige Einnahmen	33 848	30 882	24 705	19 254	12 200	10 661	64 489	56 248
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>175 379</b>	<b>156 617</b>	<b>53 010</b>	<b>46 825</b>	<b>34 627</b>	<b>32 280</b>	<b>256 751</b>	<b>231 174</b>
darunter:								
Personalausgaben	70 900	66 493	13 925	12 866	12 056	11 482	96 881	90 841
Bauausgaben	2 685	2 027	1 652	1 188	893	651	5 229	3 865
übrige Ausgaben	101 794	88 097	37 433	32 771	21 678	20 147	154 640	136 468
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 14 836</b>	<b>- 20 255</b>	<b>- 3 366</b>	<b>- 7 086</b>	<b>- 5 380</b>	<b>- 7 687</b>	<b>- 23 583</b>	<b>- 35 027</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis November 2002



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	November 2001			Oktober 2002			November 2002		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>	<b>185 532</b>	<b>200 294</b>	<b>369 573</b>	<b>166 762</b>	<b>179 482</b>	<b>333 966</b>	<b>181 738</b>	<b>196 147</b>	<b>363 960</b>
	für das laufende Haushaltsjahr	163 780	144 513	308 293	145 451	127 623	273 074	159 536	139 899	299 435
111	darunter: Steuereinnahmen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	124 292	42 685	166 977	144 008	48 847	192 855	167 140	53 293	220 433
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)									
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>	<b>227 400</b>	<b>230 427</b>	<b>441 574</b>	<b>211 362</b>	<b>205 869</b>	<b>404 952</b>	<b>232 731</b>	<b>231 174</b>	<b>449 980</b>
	für das laufende Haushaltsjahr									
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	24 967	88 642	113 609	21 911	79 055	100 966	24 796	90 841	115 636
122	Bauausgaben	4 555	4 329	8 884	3 856	3 305	7 160	4 392	3 865	8 257
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	274	274	–	25	25	2 102	12	2 114
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	145 662	29 368	175 030	119 329	31 744	151 073	135 977	35 440	171 417
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>- 41 868</b>	<b>- 30 134</b>	<b>- 72 002</b>	<b>- 44 599</b>	<b>- 26 386</b>	<b>- 70 986</b>	<b>- 50 993</b>	<b>- 35 027</b>	<b>- 86 020</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	17 088	12 587	29 675	33 159	14 943	48 102	39 692	15 642	55 334
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	- 1 150	- 1 150	–	- 1 425	- 1 425	–	- 1 425	- 1 425
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	10 443	10 301	20 744	9 784	11 056	20 840	8 994	11 161	20 154
32	Vorschüsse	–	9 093	9 093	–	12 512	12 512	–	6 858	6 858
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	9 525	9 525	–	7 379	7 379	–	7 727	7 727
34	Saldo (31–32+33)	10 443	10 733	21 176	9 784	5 923	15 707	8 994	12 029	21 023
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 14 338	- 7 963	- 22 301	- 1 656	- 6 946	- 8 602	- 2 307	- 8 781	- 11 089
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	14 338	7 133	21 471	1 656	6 602	8 257	2 308	8 558	10 866
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	326	326	–	–	–	–	105	105
56	Zusammen	14 338	7 460	21 797	1 656	6 602	8 257	2 308	8 663	10 971
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	- 503	- 503	0	- 345	- 345	0	- 118	- 118
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	2 281	2 281	–	1 296	1 296	–	1 411	1 411
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	1 825	1 825	–	782	782	–	1 124	1 124

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung.

<sup>3</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland.

Stand: November 2002.

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland <sup>6</sup>
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>23 989,6</b>	<b>28 474,9<sup>9</sup></b>	<b>7 258,7</b>	<b>13 856,9</b>	<b>5 368,3</b>	<b>16 697,2</b>	<b>37 032,9</b>	<b>8 532,0</b>	<b>2 523,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	18 265,9	22 145,7	3 997,7	11 268,4	2 679,0	11 402,4	30 688,7	5 915,2	1 487,6
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	306,1	–	356,4	301,9	–	117,8	130,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	4 587,7	2 468,7 <sup>7</sup>	2 298,3	2 834,6	825,3	4 319,8	11 423,0	3 214,7	723,5
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>28 091,0</b>	<b>31 494,5<sup>9</sup></b>	<b>8 841,5</b>	<b>16 491,1</b>	<b>6 352,6</b>	<b>19 535,2</b>	<b>40 526,2</b>	<b>10 773,4</b>	<b>3 028,8</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	12 429,5	13 766,4	2 277,5	6 571,6	1 833,8	7 384,0 <sup>3</sup>	17 387,0 <sup>3</sup>	4 529,5	1 325,2
122	Bauausgaben	370,4	734,8	270,6	332,9	140,4	234,4	107,0 <sup>4</sup>	66,6	54,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	1 863,1	2 101,7	–	1 660,0	–	–	–443,6	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	3 518,7	1 242,7 <sup>8</sup>	1 510,4	2 489,3	544,0	2 329,3	8 443,4	1 923,1	578,6
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>–4 101,4</b>	<b>–3 019,6<sup>9</sup></b>	<b>–1 582,8</b>	<b>–2 634,1</b>	<b>–984,3</b>	<b>–2 838,0</b>	<b>–3 493,4</b>	<b>–2 241,4</b>	<b>–505,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	1 265,8	1 199,8	863,8	467,1	291,8	1 932,6	2 981,6	1 258,6	141,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	204,6	–1 467,3	–	0,5	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	2 670,9	1 505,8	143,2	448,3	153,4	311,6	1 628,4	1 151,1	171,3
32	Vorschüsse	435,6	3 125,8	–114,5	2,4	0,2	1 155,7	1 532,4	609,4	3,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	320,8	4 907,1	–	536,3	12,0	1 019,8	–218,6	1,8	33,8
34	Saldo (31–32+33)	2 556,1	3 287,1	257,7	982,3	165,2	175,7	–122,5	543,5	201,4
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–74,9	0,0	–461,3	–1 184,2	–527,3	–729,7	–634,3	–439,3	–162,1
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	380,0	746,3	490,0	940,0	632,0	440,0	162,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	105,0	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	380,0	746,3	490,0	1 045,0	632,0	440,0	162,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	–74,9 <sup>5</sup>	0,0	–81,3 <sup>5</sup>	–437,9 <sup>5</sup>	–37,3 <sup>5</sup>	315,3	–2,3 <sup>5</sup>	0,7	0,0
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	–	–	995,5	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	1 019,8	–221,9	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – <sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,1 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 351,1 Mio. €, die Ausgaben 31 173,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 2 822,4 Mio. €.

## 4 Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder, November 2002

– Mio. € –

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen <sup>6</sup>	Hamburg	Länder <sup>6</sup> zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>12 651,9</b>	<b>7 515,6</b>	<b>5 876,4</b>	<b>6 944,7</b>	<b>13 540,0</b>	<b>3 062,7</b>	<b>8 223,2</b>	<b>196 146,9</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	6 482,1	3 850,7	4 306,4	3 476,2	6 552,4	1 493,1	5 887,3	139 898,8
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	875,4	472,2	71,0	545,6	1 884,5	340,1	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 127,7	2 277,6	2 696,2	1 594,9	10 690,2	772,8	1 438,2	53 293,2
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>14 045,3</b>	<b>9 041,5</b>	<b>7 298,3</b>	<b>8 544,0</b>	<b>19 407,9</b>	<b>3 791,3</b>	<b>9 313,2</b>	<b>231 173,9</b>
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 957,3	2 553,1	3 099,3	2 244,5	7 026,6	1 180,7	3 274,7	90 840,7
122	Bauausgaben	390,9	171,2	126,2	214,4	139,4	117,9	393,4	3 865,3
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	232,5	11,8
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 241,7	1 472,6	2 078,2	1 095,6	4 730,4	526,2	1 716,2	35 440,4
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 393,4</b>	<b>– 1 525,9</b>	<b>– 1 421,9</b>	<b>– 1 599,3</b>	<b>– 5 867,9</b>	<b>– 728,6</b>	<b>– 1 090,0</b>	<b>– 35 027,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen <sup>2</sup>	– 112,2	798,0	672,8	499,3	3 432,8	222,9	– 274,5	15 641,7
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	– 162,9	– 1 425,1
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	780,4	175,0	–	1 060,7	571,0	230,1	159,4	11 160,6
32	Vorschüsse	41,1	– 484,1	–	23,9	–	108,2	418,2	6 858,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	294,5	69,6	–	52,8	70,6	262,1	364,0	7 726,6
34	Saldo (31–32+33)	1 033,8	728,7	–	1 089,6	641,6	383,9	105,2	12 029,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 471,8	0,8	– 749,1	– 10,4	– 1 793,5	– 121,8	– 1 422,2	– 8 781,1
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	499,1	–	–	967,8	1 818,7	92,1	1 390,0	8 558,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	105,0
56	Zusammen	499,1	–	–	967,8	1 818,7	92,1	1 390,0	8 663,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	27,3	0,8	– 749,1 <sup>5</sup>	957,4	25,2	– 29,7 <sup>5</sup>	– 32,2 <sup>5</sup>	– 118,0 <sup>5</sup>
7	Nachrichtliche Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit	–	–	–	51,5	–	–	364,0	1 411,0
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	1,2	70,6	– 96,0	350,4	1 124,1

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. – <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. – <sup>3</sup> Ohne Dezember-Bezüge. – <sup>4</sup> Ohne Ausgaben für Straßenbau, die als Zuweisungen an den gemeindlichen Bereich (Landschaftsverbände) geleistet werden. – <sup>5</sup> Der Minusbetrag beruht auf später erfolgten Buchungen. – <sup>6</sup> Einschließlich der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. – <sup>7</sup> Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,1 Mio. €. – <sup>8</sup> Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 510,6 Mio. €. – <sup>9</sup> Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (= Sondervermögen nach Artikel 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 28 351,1 Mio. €, die Ausgaben 31 173,5 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 2 822,4 Mio. €.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			
	Mio.	Verän- derung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt Veränderung in % p. a.	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	Investitions- quote <sup>4</sup> in %
1991	38,5	.	51,3	2,2	5,4	.	.	.	23,8
1992	37,9	- 1,5	50,7	2,6	6,4	2,2	3,8	2,7	24,0
1993	37,4	- 1,3	50,2	3,1	7,6	- 1,1	0,3	1,6	23,0
1994	37,3	- 0,2	50,4	3,3	8,1	2,3	2,5	2,6	23,1
1995	37,4	0,2	50,2	3,2	7,9	1,7	1,5	2,8	22,4
1996	37,3	- 0,3	50,4	3,5	8,6	0,8	1,1	2,2	21,8
1997	37,2	- 0,2	50,7	3,9	9,5	1,4	1,6	2,0	21,4
1998	37,6	1,1	51,1	3,7	8,9	2,0	0,9	1,3	21,4
1999	38,1	1,3	51,4	3,4	8,2	1,8	0,6	1,3	21,6
2000	38,7	1,6	51,8	3,1	7,5	3,0	1,4	2,3	21,6
2001 <sup>5</sup>	38,8	0,2	51,8	3,1	7,4	0,6	0,4	1,4	20,3
1996/1991	37,4	- 0,6	50,4	3,1	7,7	1,2	1,8	2,4	22,9
2000/1995	37,8	0,7	51,1	3,5	8,5	1,8	1,1	1,8	21,6

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

<sup>2</sup> Erwerbstätige im Inland + Erwerbslose in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

<sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); Bundesanstalt für Arbeit; eigene Berechnungen.

## 2 Preise<sup>1</sup>

Jahr	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage	Konsum der privaten Haushalte	Preisindex für die Lebens- haltung <sup>2,3</sup> Veränderung in % p. a.	Lohnstück- kosten <sup>4</sup>	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Verdienst je Arbeitnehmer
1991	.	.	.	.	.	.	.	.
1992	5,0	2,2	4,5	4,4	5,0	6,4	7,4	10,4
1993	3,7	1,7	3,2	3,8	4,5	3,8	2,5	4,4
1994	2,5	0,4	2,4	2,5	2,7	0,5	4,9	2,0
1995	2,0	1,2	1,8	1,8	1,7	2,1	3,8	3,2
1996	1,0	- 0,4	1,1	1,7	1,4	0,2	1,8	1,4
1997	0,7	- 1,8	1,2	2,0	1,9	- 0,7	2,1	0,3
1998	1,1	2,0	0,6	1,1	1,0	0,2	3,1	1,0
1999	0,5	0,4	0,4	0,3	0,6	0,6	2,3	1,4
2000	- 0,4	- 4,5	1,1	1,4	1,9	- 0,2	2,6	1,6
2001 <sup>5</sup>	1,3	- 0,1	1,3	1,8	2,5	1,2	1,9	1,8
1996/1991	2,8	1,0	2,6	2,8	3,1	2,6	4,1	4,2
2000/1995	0,6	- 0,9	0,9	1,3	1,3	0,0	2,4	1,1

<sup>1</sup> Preisbasis 1995.

<sup>2</sup> Gerechnet nach Messzahlen des jeweiligen Originalbasisjahres.

<sup>3</sup> Alle privaten Haushalte.

<sup>4</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

<sup>5</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.



### 3 Außenwirtschaft

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €			Anteile am BIP in %	
1991	.	.	- 3,54	- 17,83	26,3	26,5	- 0,2	- 1,2
1992	0,2	0,3	- 3,97	- 12,78	24,5	24,8	- 0,2	- 0,8
1993	- 4,8	- 6,5	2,87	- 9,93	22,8	22,6	0,2	- 0,6
1994	8,6	8,0	5,53	- 22,73	23,6	23,3	0,3	- 1,3
1995	7,8	6,4	11,62	- 16,60	24,5	23,8	0,6	- 0,9
1996	5,2	3,6	19,07	- 7,44	25,3	24,3	1,0	- 0,4
1997	12,6	11,7	25,67	- 1,67	27,9	26,5	1,4	- 0,1
1998	7,1	7,0	28,08	- 5,21	29,0	27,6	1,5	- 0,3
1999	4,8	7,2	16,81	- 15,39	29,7	28,9	0,9	- 0,8
2000	16,5	18,5	7,97	- 3,92	33,7	33,3	0,4	- 0,2
2001 <sup>1</sup>	5,6	1,0	39,08	9,99	35,0	33,1	1,9	0,5
1996/1991	3,3	2,2	7,02	- 13,90	24,1	23,7	0,4	- 0,8
2000/1995	9,1	9,5	19,52	- 6,73	29,1	28,1	1,0	- 0,3

<sup>1</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und Gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (netto) <sup>3</sup>	Arbeits- produktivität (je Erwerbs- tätigen Inland)
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>			
				in %	in %		Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	72,5	72,5	.	.	.
1992	6,5	1,6	8,3	73,7	74,0	10,4	4,1	3,8
1993	1,1	- 2,6	2,4	74,7	75,2	4,4	0,9	0,3
1994	3,7	7,4	2,5	73,8	74,5	2,0	- 2,3	2,5
1995	4,3	6,1	3,6	73,3	74,1	3,2	- 1,0	1,5
1996	1,7	3,9	0,9	72,8	73,6	1,4	- 1,8	1,1
1997	1,7	5,0	0,4	71,8	72,8	0,3	- 3,2	1,6
1998	2,7	4,1	2,1	71,5	72,5	1,0	0,1	0,9
1999	1,5	- 1,4	2,7	72,3	73,1	1,4	1,5	0,6
2000	2,8	2,6	2,9	72,3	73,1	1,6	0,8	1,4
2001 <sup>4</sup>	1,7	1,2	1,9	72,5	73,2	1,8	1,3	0,4
1996/1991	3,4	3,2	3,5	73,7	74,3	4,2	0,0	1,8
2000/1995	2,1	2,8	1,8	72,1	73,0	1,1	- 0,5	1,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

<sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (1995 = 100).

<sup>4</sup> Erste vorläufige Ergebnisse.

Quellen: Statistisches Bundesamt (DESTATIS); eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	1,0	2,0	5,7	1,7	2,9	0,6	0,4	1,4	2,3
Belgien	4,4	2,0	2,9	2,6	3,7	0,8	0,7	2,0	2,8
Dänemark	- 0,6	3,6	1,0	2,8	3,0	1,0	1,7	2,1	2,4
Griechenland	0,7	2,5	0,0	2,1	4,2	4,1	3,5	3,9	3,7
Spanien	1,3	2,3	3,8	2,8	4,2	2,7	1,9	2,6	3,2
Frankreich	1,6	1,5	2,6	1,7	3,8	1,8	1,0	2,0	2,7
Irland	3,1	3,1	7,6	10,0	10,0	5,7	3,3	4,2	5,2
Italien	3,5	3,0	2,0	2,9	2,9	1,8	0,4	1,8	2,4
Luxemburg	0,8	2,9	2,0	3,2	8,9	1,0	0,1	2,0	3,4
Niederlande	1,2	3,1	4,1	2,9	3,3	1,3	0,2	0,9	2,2
Österreich	2,2	2,4	4,7	1,6	3,5	0,7	0,7	1,8	2,2
Portugal	4,6	2,8	4,0	4,3	3,5	1,7	0,7	1,2	2,5
Finnland	5,1	3,1	0,0	3,8	6,1	0,7	1,4	2,8	3,4
Schweden	1,7	2,2	1,1	3,7	3,6	1,2	1,6	2,2	2,4
Vereinigtes Königreich	- 2,1	3,6	0,8	2,9	3,1	2,0	1,6	2,5	2,7
Euro-Zone	1,9	2,2	3,6	2,3	3,5	1,5	0,8	1,8	2,6
EU 15	1,3	2,5	3,0	2,4	3,4	1,5	1,0	2,0	2,6
Japan	2,8	4,4	5,3	1,6	2,4	- 0,1	- 0,6	1,2	1,4
USA	- 0,2	3,8	1,7	2,7	3,8	0,3	2,3	2,3	2,8

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2002 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2002.  
Stand: November 2002.

## 6 Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	5,8	1,8	2,7	1,9	2,1	2,4	1,4	1,5	1,2
Belgien	6,7	5,7	2,8	2,6	2,7	2,4	1,6	1,4	1,7
Dänemark	9,6	4,5	2,9	1,9	2,7	2,3	2,4	2,0	2,0
Griechenland	22,5	19,6	19,9	8,8	2,9	3,7	3,8	3,2	3,3
Spanien	15,7	8,1	6,6	4,8	3,5	2,8	3,6	2,9	2,4
Frankreich	13,0	5,8	3,0	2,0	1,8	1,8	1,9	1,8	1,6
Irland	18,6	5,1	2,1	2,8	5,3	4,0	4,8	3,8	3,1
Italien	20,8	9,1	6,4	6,0	2,6	2,3	2,6	2,0	1,9
Luxemburg	7,5	4,3	5,5	2,2	3,8	2,4	1,9	1,8	1,8
Niederlande	7,4	3,0	2,2	1,4	2,3	5,1	3,9	2,8	2,4
Österreich	5,7	3,5	3,3	2,0	2,0	2,3	1,9	1,6	1,5
Portugal	21,6	19,4	11,6	4,3	2,8	4,4	3,5	2,9	2,5
Finnland	11,1	5,5	5,5	0,4	3,0	2,7	1,9	1,8	2,0
Schweden	12,4	6,9	9,7	2,9	1,3	2,7	2,1	2,3	2,1
Vereinigtes Königreich	16,2	5,3	7,5	3,1	0,8	1,2	1,2	1,5	1,8
Euro-Zone	11,8	5,7	4,5	3,0	2,4	2,5	2,3	2,0	1,8
EU 15	12,4	5,7	5,1	3,0	2,1	2,3	2,1	1,9	1,8
Japan	7,5	1,8	2,6	- 0,3	- 0,7	- 0,6	- 1,0	- 1,0	- 0,8
USA	10,8	3,5	4,6	2,3	3,4	2,8	1,6	2,3	2,3

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2002 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2002.  
Stand: November 2002.

## 7 Arbeitslosenzahlen im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung								
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004
Deutschland	2,7	7,2	4,8	8,2	7,8	7,7	8,1	8,2	7,9
Belgien	7,4	10,1	6,6	9,7	6,9	6,6	6,8	6,8	6,5
Dänemark	5,2	6,6	7,2	6,7	4,4	4,3	4,2	4,2	4,1
Griechenland	2,7	7,0	6,4	9,2	11,1	10,5	9,9	9,4	9,1
Spanien	11,6	21,5	16,1	22,7	11,3	10,6	11,4	10,9	10,2
Frankreich	6,2	9,8	8,6	11,3	9,3	8,5	8,8	9,0	8,3
Irland	8,0	16,8	13,4	12,3	4,2	3,8	4,4	4,9	4,8
Italien	7,1	8,2	8,9	11,5	10,4	9,4	8,9	8,9	8,7
Luxemburg	2,4	2,9	1,7	2,9	2,3	2,0	2,3	2,8	2,9
Niederlande	6,4	7,9	5,8	6,6	2,8	2,4	3,1	4,3	4,6
Österreich	1,0	2,9	3,0	3,9	3,7	3,6	4,3	4,3	4,1
Portugal	7,6	9,1	4,8	7,3	4,1	4,1	4,6	5,5	5,5
Finnland	4,7	5,0	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,3	8,9
Schweden	2,0	2,9	1,7	8,8	5,8	4,9	4,9	5,3	5,3
Vereinigtes Königreich	5,6	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,0	4,9	4,8
Euro-Zone	6,0	9,8	8,0	11,1	8,5	8,0	8,2	8,3	8,0
EU 15	5,8	9,8	7,6	10,5	7,8	7,4	7,6	7,7	7,4
Japan	2,0	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,2	5,3	5,3
USA	7,1	7,2	5,6	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	6,0

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: „Europäische Wirtschaft“ Nr. 4/2002 (Herausgeber EU-Kommission). Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2002.  
Stand: November 2002.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

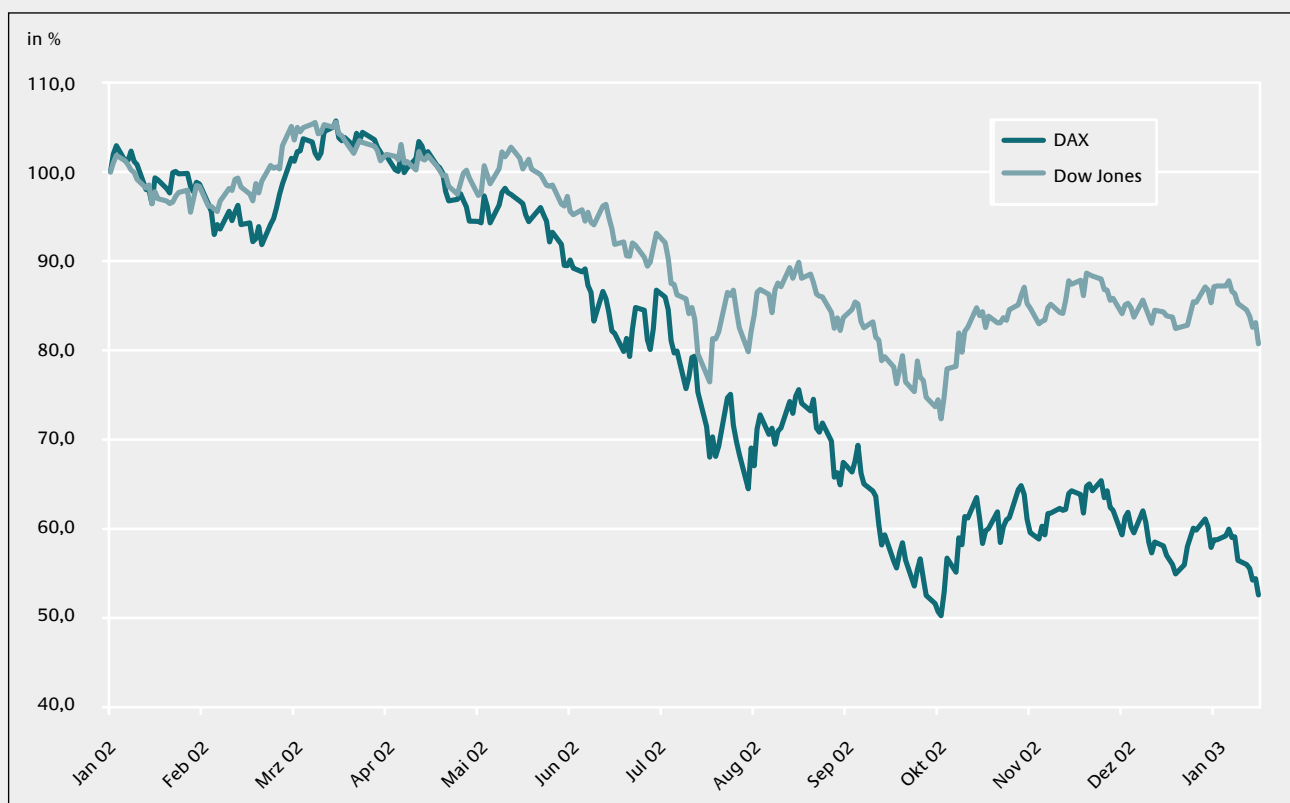
	Reales Bruttoinlandsprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in %				Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vorjahr in %				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003	2000	2001	2002	2003
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>8,4</b>	<b>6,3</b>	<b>4,6</b>	<b>4,9</b>	<b>25,0</b>	<b>19,9</b>	<b>14,6</b>	<b>10,7</b>	<b>13,2</b>	<b>7,5</b>	<b>4,9</b>	<b>4,3</b>
Russische Föderation	9,0	5,0	4,4	4,9	20,8	20,7	15,8	11,0	17,5	10,3	7,0	6,3
Ukraine	5,9	9,1	4,8	5,0	28,2	12,0	5,1	9,1	4,7	3,7	2,6	1,7
<b>Asien</b>	<b>7,0</b>	<b>5,0</b>	<b>5,9</b>	<b>6,1</b>	<b>1,8</b>	<b>2,5</b>	<b>2,0</b>	<b>3,1</b>	<b>2,8</b>	<b>3,0</b>	<b>2,6</b>	<b>2,1</b>
China	8,0	7,3	7,5	7,2	0,4	0,7	-0,4	1,5	1,9	1,5	1,5	1,0
Indien	5,4	4,1	5,0	5,7	4,0	3,8	4,5	5,1	-0,9	-	0,1	-
Indonesien	4,8	3,3	3,5	4,5	3,8	11,5	11,9	8,7	5,3	4,7	2,7	2,0
Korea	9,3	3,0	6,3	5,9	2,3	4,1	2,7	3,3	2,7	2,0	1,5	0,9
Thailand	4,6	1,8	3,5	3,5	1,6	1,7	0,7	1,9	7,6	5,4	3,5	2,4
<b>Lateinamerika</b>	<b>4,0</b>	<b>0,6</b>	<b>- 0,6</b>	<b>3,0</b>	<b>8,1</b>	<b>6,4</b>	<b>8,6</b>	<b>9,3</b>	<b>-2,4</b>	<b>-2,8</b>	<b>-1,9</b>	<b>1,6</b>
Argentinien	-0,8	-4,4	-16,0	1,0	-0,9	-1,1	29,0	48,0	-3,1	-1,6	10,8	15,4
Brasilien	4,4	1,5	1,5	3,0	7,0	6,8	6,5	4,3	-4,2	-4,6	-3,8	-3,6
Chile	4,4	2,8	2,2	4,2	3,8	3,6	2,1	2,8	-1,4	-1,9	-1,6	-2,0
Mexiko	6,6	-0,3	1,5	4,0	9,5	6,4	4,8	3,7	-3,1	-2,9	-2,8	-3,2
Venezuela	3,2	2,8	-6,2	2,2	16,2	12,5	22,7	25,2	10,8	3,2	5,7	6,4

Quelle: IWF World Economic Outlook.  
Stand: September 2002.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

1. Januar 2001 = 100 %

(1. Januar 2001 bis 24. Januar 2003)



## 10 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

BiP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BiP (real)				Verbraucherpreise <sup>1</sup>				Arbeitslosenquote			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
<b>Deutschland</b>												
EU	0,6	0,4	1,4	2,3	2,4	1,4	1,5	1,2	7,7	8,1	8,2	7,9
OECD	0,6	0,4	1,5	2,5	1,9	1,6	1,4	1,1	7,3	7,8	8,1	7,7
IWF	0,6	0,5	2,0		2,4	1,4	1,1		7,8	8,3	8,3	
<b>USA</b>												
EU	0,3	2,3	2,3	2,8	2,8	1,6	2,3	2,3	4,8	5,8	6,0	6,0
OECD	0,3	2,3	2,6	3,6	2,0	1,4	1,4	1,2	4,8	5,8	6,0	5,7
IWF	0,3	2,2	2,6		2,8	1,5	2,3		4,8	5,9	6,3	
<b>Japan</b>												
EU	-0,1	-0,6	1,2	1,4	-0,6	-1,0	-1,0	-0,8	5,0	5,2	5,3	5,3
OECD	-0,3	-0,7	0,8	0,9	-1,5	-1,5	-1,6	-1,6	5,0	5,5	5,6	5,6
IWF	-0,3	-0,5	1,1		-0,7	-1,0	-0,6		5,0	5,5	5,6	
<b>Frankreich</b>												
EU	1,8	1,0	2,0	2,7	1,8	1,9	1,8	1,6	8,5	8,8	9,0	8,3
OECD	1,8	1,0	1,9	2,9	1,4	1,6	1,6	1,6	8,7	9,0	9,4	9,1
IWF	1,8	1,2	2,3		1,8	1,8	1,4		8,6	9,0	8,9	
<b>Italien</b>												
EU	1,8	0,4	1,8	2,4	2,3	2,6	2,0	1,9	9,4	8,9	8,9	8,7
OECD	1,8	0,3	1,5	2,5	2,9	2,6	2,5	2,0	9,6	9,2	9,2	9,1
IWF	1,8	0,7	2,3		2,7	2,4	1,8		9,5	9,3	8,9	
<b>Großbritannien</b>												
EU	2,0	1,6	2,5	2,7	1,2	1,2	1,5	1,8	5,0	5,0	4,9	4,8
OECD	2,0	1,5	2,2	2,5	0,4	1,1	1,8	2,1	5,1	5,2	5,2	4,9
IWF	1,9	1,7	2,4		2,1	1,9	2,1		5,1	5,2	5,3	
<b>Kanada</b>												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	1,5	3,3	3,1	3,5	1,9	2,0	2,7	2,4	7,2	7,6	7,3	6,9
IWF	1,5	3,4	3,4		2,5	1,8	2,1		7,2	7,6	6,7	
<b>EU 15</b>												
EU	1,5	1,0	2,0	2,6	2,3	2,1	1,9	1,8	7,4	7,6	7,7	7,4
OECD	1,6	0,9	1,9	2,7	2,1	2,0	2,0	1,8	7,3	7,6	7,8	7,5
IWF	1,6	1,1	2,3		2,6	2,1	1,8		7,4	7,7	7,6	
<b>Eurozone</b>												
EU	1,5	0,8	1,8	2,6	2,5	2,3	2,0	1,8	8,0	8,2	8,3	8,0
OECD	1,5	0,8	1,8	2,7	2,4	2,2	2,0	1,8	8,0	8,3	8,5	8,3
IWF	1,5	0,9	2,3		2,6	2,1	1,6		8,0	8,4	8,2	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, endgültige Fassung, November 2002.

**OECD:** Wirtschaftsausblick, Dezember 2002 (endgültig).

**IWF:** World Economic Outlook, September 2002.

: Keine Angaben.

<sup>1</sup> EU und IWF – Verbraucherpreise (EU-harmonisiert).

OECD Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: 8. Januar 2003.

## 10 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

BiP/Verbraucherpreise/Arbeitslosenquote

	BiP (real)				Verbraucherpreise <sup>1</sup>				Arbeitslosenquote			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
<b>Belgien</b>												
EU	0,8	0,7	2,0	2,8	2,4	1,6	1,4	1,7	6,6	6,8	6,8	6,5
OECD	0,8	0,7	2,1	2,8	2,5	1,9	1,7	1,7	6,6	6,9	6,9	6,8
IWF	1,0	0,6	2,2		2,4	1,6	1,2		6,6	6,9	7,1	
<b>Dänemark</b>												
EU	1,0	1,7	2,1	2,4	2,3	2,4	2,0	2,0	4,3	4,2	4,2	4,1
OECD	1,0	1,5	2,0	2,5	2,1	2,4	2,1	2,2	4,3	4,3	4,2	4,1
IWF	1,0	1,5	2,2		2,2	2,2	2,1		5,0	5,1	5,1	
<b>Finnland</b>												
EU	0,7	1,4	2,8	3,4	2,7	1,9	1,8	2,0	9,1	9,1	9,3	8,9
OECD	0,7	1,6	3,2	3,8	2,9	1,7	2,0	1,8	9,2	9,3	9,5	9,4
IWF	0,7	1,1	3,0		2,7	2,2	1,9		9,1	9,4	9,3	
<b>Griechenland</b>												
EU	4,1	3,5	3,9	3,7	3,7	3,8	3,2	3,3	10,5	9,9	9,4	9,1
OECD	4,1	3,6	3,9	3,8	3,1	3,2	3,1	3,1	10,4	10,1	9,8	9,5
IWF	4,1	3,7	3,2		3,7	3,8	3,3		10,4	10,2	10,3	
<b>Irland</b>												
EU	5,7	3,3	4,2	5,2	4,0	4,8	3,8	3,1	3,8	4,4	4,9	4,8
OECD	6,0	3,6	3,6	4,4	5,9	4,8	4,0	3,5	3,9	4,4	5,1	5,3
IWF	5,9	3,8	5,3		4,0	4,4	3,0		3,9	4,5	4,7	
<b>Luxemburg</b>												
EU	1,0	0,1	2,0	3,4	2,4	1,9	1,8	1,8	2,0	2,3	2,8	2,9
OECD	1,0	0,8	2,5	4,5	2,8	2,1	1,5	1,5	2,6	3,0	3,5	3,4
IWF	3,5	2,7	5,1		2,7	2,0	1,8		2,6	2,9	2,8	
<b>Niederlande</b>												
EU	1,3	0,2	0,9	2,2	5,1	3,9	2,8	2,4	2,4	3,1	4,3	4,6
OECD	1,3	0,1	1,6	2,6	4,6	3,5	2,5	2,0	2,0	2,7	3,5	4,0
IWF	1,2	0,4	2,0		5,1	3,8	2,4		2,0	2,9	3,2	
<b>Österreich</b>												
EU	0,7	0,7	1,8	2,2	2,3	1,9	1,6	1,5	3,6	4,3	4,3	4,1
OECD	1,0	0,7	1,9	2,6	2,3	1,3	1,6	1,7	4,9	5,6	5,7	5,3
IWF	1,0	0,9	2,3		2,3	1,8	1,6		3,6	4,3	3,8	
<b>Portugal</b>												
EU	1,7	0,7	1,2	2,5	4,4	3,5	2,9	2,5	4,1	4,6	5,5	5,5
OECD	1,6	0,4	1,5	2,3	4,2	3,4	2,8	2,4	4,1	4,7	5,1	5,0
IWF	1,7	0,4	1,5		4,4	3,7	2,7		4,1	4,7	5,1	
<b>Schweden</b>												
EU	1,2	1,6	2,2	2,4	2,7	2,1	2,3	2,1	4,9	4,9	5,3	5,3
OECD	1,2	1,7	2,5	2,8	1,6	2,3	2,1	2,2	4,0	4,0	4,1	4,0
IWF	1,2	1,6	2,5		2,6	2,3	2,2		4,0	4,2	4,2	
<b>Spanien</b>												
EU	2,7	1,9	2,6	3,2	2,8	3,6	2,9	2,4	10,6	11,4	10,9	10,2
OECD	2,7	1,8	2,5	3,0	3,3	3,4	3,0	2,8	10,5	11,2	11,2	10,8
IWF	2,7	2,0	2,7		3,2	2,8	2,4		10,5	10,7	9,9	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, endgültige Fassung, November 2002.

**OECD:** Wirtschaftsausblick, Dezember 2002 (endgültig).

**IWF:** World Economic Outlook, September 2002.

: Keine Angaben.

<sup>1</sup> EU und IWF – Verbraucherpreise (EU-harmonisiert).

OECD Deflator des privaten Verbrauchs.

Stand: 8. Januar 2003.

## 11 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

### Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/Leistungsbilanzsaldo

	Öffentlicher Haushaltssaldo <sup>1</sup>				Staatsschuldenquote <sup>2</sup>				Leistungsbilanzsaldo			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
<b>Deutschland</b>												
EU	-2,8	-3,8	-3,1	-2,3	59,5	60,9	61,8	61,1	0,2	1,9	1,7	1,9
OECD	-2,8	-3,7	-3,3	-2,6	60,2	62,4	63,7	64,1	0,1	2,0	2,3	2,8
IWF	-2,8	-2,9	-2,2		59,5	61,2	61,8		0,1	1,9	2,1	
<b>USA</b>												
EU	-0,5	-3,2	-3,6	-3,8	:	:	:	:	-3,8	-4,7	-5,2	-5,8
OECD	-0,5	-3,1	-3,0	-2,7	59,7	60,7	62,0	62,5	-3,9	-4,9	-5,1	-5,3
IWF	-0,2	-2,6	-2,8		56,4	57,0	57,4		-3,9	-4,6	-4,7	
<b>Japan</b>												
EU	-7,2	-8,0	-8,1	-8,2	:	:	:	:	2,1	3,0	3,6	3,9
OECD	-7,2	-7,9	-7,7	-7,8	132,6	142,7	151,0	159,2	2,1	3,2	3,8	4,2
IWF	-7,1	-7,2	-6,1		145,1	155,1	161,2		2,1	3,0	2,9	
<b>Frankreich</b>												
EU	-1,5	-2,7	-2,9	-2,5	57,3	58,6	59,3	59,3	1,2	1,1	1,0	0,9
OECD	-1,4	-2,7	-2,9	-2,5	65,0	66,7	68,4	69,1	1,6	1,8	1,4	1,4
IWF	-1,4	-2,5	-2,1		56,9	57,2	57,0		1,8	1,9	1,4	
<b>Italien</b>												
EU	-2,2	-2,4	-2,2	-2,9	109,9	110,3	108,0	106,9	0,6	0,7	1,0	1,1
OECD	-2,2	-2,3	-2,1	-2,8	109,8	109,6	108,1	106,6	0,0	-0,8	-0,5	-0,2
IWF	-2,2	-2,0	-1,5		109,8	109,8	106,6		0,1	0,2	0,2	
<b>Großbritannien</b>												
EU	0,7	-1,1	-1,3	-1,4	39,1	38,5	38,1	37,6	-2,1	-1,8	-1,8	-1,6
OECD	0,7	-1,4	-1,4	-1,3	50,7	50,8	50,9	50,8	-2,1	-1,7	-2,3	-3,0
IWF	0,2	-0,8	-1,1		37,9	36,3	35,7		-2,1	-2,1	-2,3	
<b>Kanada</b>												
EU	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:	:
OECD	1,8	0,6	0,5	0,6	83,2	81,2	78,9	76,6	2,8	1,9	2,2	2,4
IWF	1,8	1,1	1,2		100,9	95,4	89,0		2,8	1,7	1,9	
<b>EU 15</b>												
EU	-0,8	-1,9	-1,8	-1,6	63,0	63,0	62,5	61,6	-0,2	0,3	0,4	0,5
OECD	-1,0	-2,0	-1,9	-1,6	69,6	69,9	69,8	69,1	-0,2	0,5	0,5	0,5
IWF	-1,0	-1,5	-1,2		:	:	:		:	0,6	0,5	
<b>Eurozone</b>												
EU	-1,6	-2,3	-2,1	-1,8	69,3	69,6	69,1	68,2	0,0	0,6	7,0	0,8
OECD	-1,5	-2,2	-2,1	-1,8	72,2	72,8	72,8	72,1	0,1	0,9	0,9	1,2
IWF	-1,6	-1,9	-1,5		69,2	69,4	68,2		0,4	1,1	1,0	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, endgültige Fassung, November 2002.

**OECD:** Wirtschaftsausblick, Dezember 2002 (endgültig).

**IWF:** World Economic Outlook, September 2002.

: Keine Angaben.

<sup>1</sup> Für 2001 ohne UMTS-Erlöse.

<sup>2</sup> Für alle EU-Mitgliedsstaaten wurden die Kriterien des MAASTRICHT-Vertrages zugrunde gelegt.

<sup>3</sup> IWF – Leistungsbilanzsaldo für Belgien und Luxemburg.

Stand: 8. Januar 2003.



## 11 Vergleich der jüngsten Vorausschätzungen

### Öffentlicher Haushaltssaldo/Staatsschuldenquote/Leistungsbilanzsaldo

	Öffentlicher Haushaltssaldo <sup>1</sup>				Staatsschuldenquote <sup>2</sup>				Leistungsbilanzsaldo			
	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004	2001	2002	2003	2004
<b>Belgien</b>												
EU	0,3	-0,1	0,0	0,3	107,6	105,6	101,7	96,8	4,5	5,0	5,2	5,3
OECD	0,4	0,0	0,0	0,5	108,6	105,4	101,9	97,3	3,8	5,8	5,8	6,0
IWF <sup>3</sup>	0,4	-0,1	-0,3		:	:	:		5,2	4,7	4,5	
<b>Dänemark</b>												
EU	2,8	2,0	2,0	2,5	44,7	44,0	42,4	39,8	2,5	2,1	2,1	2,2
OECD	3,0	2,2	2,4	2,9	46,1	43,2	40,0	36,3	2,5	2,4	2,8	2,9
IWF	2,8	2,0	2,2		:	:	:		2,6	2,8	3,4	
<b>Finnland</b>												
EU	4,9	3,6	3,1	3,5	43,4	42,4	41,9	41,1	6,8	6,9	7,0	7,4
OECD	4,9	3,2	2,9	3,6	51,5	47,6	47,0	46,0	6,4	6,5	6,5	7,6
IWF	4,9	3,1	2,0		:	:	:		6,5	7,3	7,6	
<b>Griechenland</b>												
EU	-1,1	-1,3	-1,1	-1,1	107,0	105,8	102,0	98,5	-4,8	-4,6	-4,7	-4,5
OECD	-1,2	-1,1	-1,0	-0,7	107,0	106,4	103,6	99,7	-6,2	-6,1	-5,9	-5,8
IWF	0,1	0,8	0,7		:	:	:		-6,2	-5,1	-5,4	
<b>Irland</b>												
EU	1,5	-1,0	-1,2	-1,0	36,4	35,3	35,0	34,5	-0,3	-0,9	-1,3	-1,6
OECD	1,7	-0,5	-1,3	-1,8	36,4	34,1	32,9	32,3	-0,3	-0,2	-1,2	-1,3
IWF	1,7	-0,4	-1,0		:	:	:		-1,0	-0,7	-0,8	
<b>Luxemburg</b>												
EU	6,1	0,5	-1,8	-1,9	5,6	4,6	3,9	5,4	:	-6,1	-5,8	-5,0
OECD	6,1	1,8	0,3	0,5	5,6	6,0	6,0	6,0	8,7	8,7	5,6	5,1
IWF	5,2	1,0	0,7		:	:	:		5,2	4,7	4,5	
<b>Niederlande</b>												
EU	0,1	-0,8	-1,2	-0,9	52,8	51,0	50,1	48,8	3,3	3,6	4,3	5,5
OECD	0,1	-0,8	-0,6	-0,3	52,8	51,7	50,6	49,0	0,6	3,1	3,6	4,0
IWF	0,1	-0,8	-0,7		:	:	:		2,8	3,2	3,0	
<b>Österreich</b>												
EU	0,1	-0,1	-1,6	-1,5	63,2	63,2	63,0	62,3	-2,2	-0,7	-1,0	-1,3
OECD	0,0	-1,6	-1,4	-0,8	63,2	63,3	62,2	60,2	-2,2	-0,8	-0,7	-0,6
IWF	-0,1	-0,5	-0,3		:	:	:		-2,2	-2,3	-2,3	
<b>Portugal</b>												
EU	-4,1	-3,4	-2,9	-2,6	55,5	57,4	58,1	58,1	-9,3	-7,8	-6,8	-6,5
OECD	-4,2	-3,4	-3,0	-2,4	55,4	59,8	59,7	58,9	-9,4	-7,8	-6,9	-6,4
IWF	-4,1	-3,6	-3,2		:	:	:		-9,2	-8,0	-7,5	
<b>Schweden</b>												
EU	4,8	1,4	1,2	1,5	56,6	53,8	51,7	50,3	3,3	3,6	3,8	3,7
OECD	4,8	1,7	1,6	1,9	67,0	62,8	61,7	60,5	3,0	3,9	3,5	3,7
IWF	4,8	1,8	1,8		:	:	:		3,2	3,2	3,2	
<b>Spanien</b>												
EU	-0,1	0,0	-0,3	0,1	57,1	55,0	53,2	51,1	-2,8	-2,2	-2,0	-1,9
OECD	-0,1	0,0	-0,1	0,1	68,4	66,4	64,6	62,5	-2,6	-2,4	-2,6	-2,7
IWF	-0,1	:	:		:	:	:		-2,6	-1,7	-1,8	

Quellen: **EU-KOM:** Herbstprognose, endgültige Fassung, November 2002.

**OECD:** Wirtschaftsausblick, Dezember 2002 (endgültig).

**IWF:** World Economic Outlook, September 2002.

: Keine Angaben.

<sup>1</sup> Für 2001 ohne UMTS-Erlöse.

<sup>2</sup> Für alle EU-Mitgliedsstaaten wurden die Kriterien des MAASTRICHT-Vertrages zugrunde gelegt.

<sup>3</sup> IWF – Leistungsbilanzsaldo für Belgien und Luxemburg.

Stand: 8. Januar 2003.



**Herausgeber:**

Bundesministerium der Finanzen

Referat Presse und Information

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

**Redaktion:**

Bundesministerium der Finanzen

Arbeitsgruppe Monatsbericht

[Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de)

Berlin, Februar 2003

**Gestaltung:**

trafodesign, Düsseldorf

**Satz:**

MuK. Medien- und Kommunikations GmbH, Berlin

**Druck:**

Druckhaus Am Treptower Park GmbH, Berlin

**Diese Druckschrift** wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.